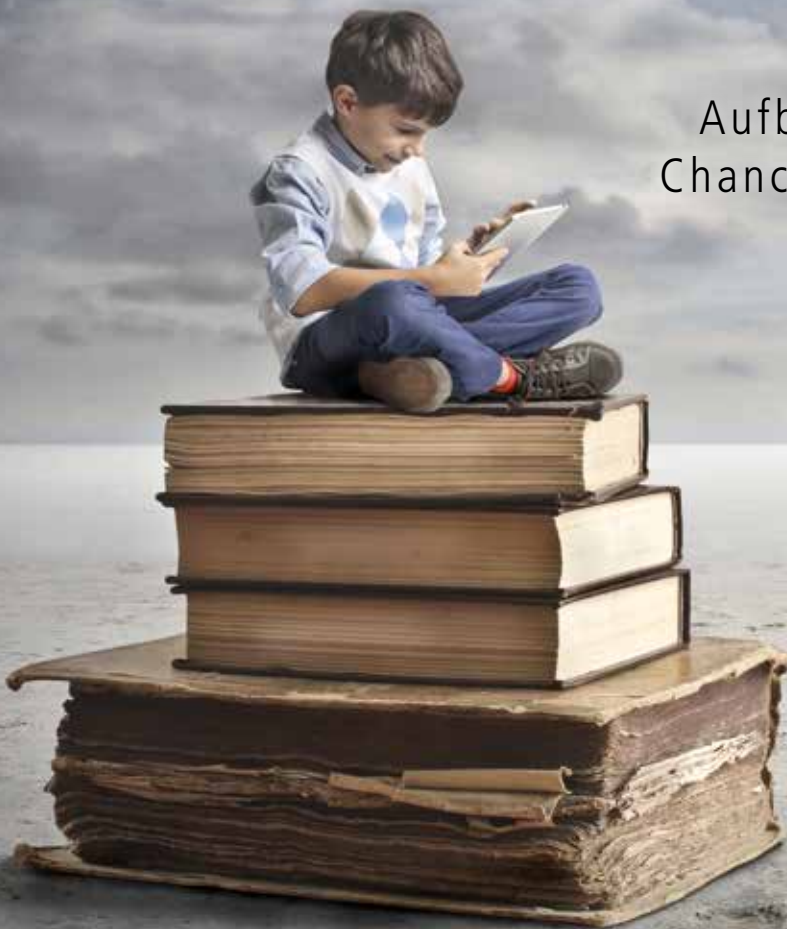


Initiative: Schule der Zukunft

Aufbruch? Marketing-Phrase?
Chance zur Weiterentwicklung?



17. Mai 2022
Fachkongress
in Ingelheim

Infos auf
der Rückseite

Krieg in Europa: Wir sind betroffen
Fachkongress: Social Media als Informationsquelle
Bildungspolitik: Neue Impulse aus Berlin?
Inklusion: Überlast der Schwerpunktschulen
Studienseminare: Ausbildung in Corona-Zeiten
Steuererklärung: Wissenswertes für Lehrkräfte
Wahlen: Neue Vorstände in KO, NW und TR
Klartext: Unterricht wird digitaler

Inhalt

Ausgabe März 2022

► Zum Krieg in der Ukraine	4
Editorial	6
Der Landesvorsitzende hat das Wort	7
Titelthema	
► Initiative: Schule der Zukunft Marketing-Phrase? Aufbruch? Chance zur Weiterentwicklung?	8
Fachkongress 2022	
► „Social Media als Informationsquelle“ Fachvorträge, Workshops und Vorstellung der Referentinnen und Referenten	12
Bildungspolitik	
► 100 Tage Ampelregierung im Bund Neue Impulse für die Bildungspolitik?	16
KMK-Vorsitzende will mehr Studierende für das Lehramt gewinnen	19
Vorausberechnung der Zahl der Schülerinnen und Schüler von 2020 bis 2035	19
VRB-Verbandsarbeit	
Tarifeinigung für die TVL-Beschäftigten der Länder erreicht – Ergebnis wird in RLP auf den Beamtenbereich übertragen	20
Neuwahlen beim Verband der Lehrerinnen und Lehrer an Wirtschaftsschulen (VLW) und Philologenverband (PhV)	20
Landesweite Hilfe für die Realschulen plus im Ahrtal	21
VRB fordert Ausbau der Schulpsychologie und Schulsozialarbeit	21
Modernes Arbeiten im öffentlichen Dienst	22
Jahrestagung mit Fortbildung zum Thema Gesundheitsmanagement	22
Schule in Rheinland-Pfalz	
► Inklusion: Die Überlast der Schwerpunktschulen Kritik am rheinland-pfälzischen Konzept	23
Mehr Grundschulkindern, weniger Gymnasialschülerinnen und -schüler	24
VRB-Sonderpreis an „Halmer Express“ überreicht	25
Einschränkungen und Lockerungen	
Über Prioritäten zwischen Welle und Wand	26
Gesellschaft	
„Die Pflege“ – Herausforderung für Politik und Gesellschaft Teil 1: Pflegereform 2021 – Verbesserungen und künftiger Regelungsbedarf	29
Schule und Recht	
Urteil: Corona-Test-Aufsicht gehört zu den Aufgaben der Lehrkräfte	32
Haiku	32
Lehren ziehen	32



5_SCHULEN HELFEN FLÜCHTENDEN



8_INITIATIVE: SCHULE DER ZUKUNFT



12_10. INGELHEIMER FACHKONGRESS



29_PFLEGEREFORM 2021



37_ZUM TOD VON HORST ECKEL



42_MARCO RINGEL IM INTERVIEW



47_NEUES VON PETRA GERSTER



Beruf Lehrerin – Beruf Lehrer

Fortschreibung bis 2026:
Altersteilzeit für Lehrkräfte 33

Die Steuererklärung:
Wissenswertes für Lehrkräfte 35 ◀

Würdigung Horst Eckel:
Der „Held von Bern“ ist „ein ganz normaler Mensch geblieben“ 37

Glückwunsch VRB – 70 Jahre Engagement für die Lehrerschaft:
Zurückgeblättert: 1988 – Arbeitsbedingungen und Rollenbilder 39

Lehrkräftebildung – Berufseinstieg

Ausbildung an der Universität Trier:
Lehramt und Schulform Realschule plus sind interessant und attraktiv! 40

Im Gespräch

Seminarausbildung in Corona-Zeiten
Im Gespräch mit Marco Ringel 42 ◀

Unterrichten, Pädagogik, Didaktik und Methodik

MINT-Siegerregionen 2021
Region Mayen-Koblenz und Biosphärenreservat Pfälzerwald 44

Schüler-Feedback: Können Schülerbewertungen in die
Unterrichtsevaluation mit einbezogen werden? 46

Jubiläum: 75 Jahre Cornelsen Verlag 46

Was macht eigentlich ... Petra Gerster? 47

VRB-Bezirk Koblenz

Neuwahl: Bengjamin Bajraktari als Bezirksvorsitzender wiedergewählt 49 ◀

Personalrätefortbildung in Treis-Karden: Aufgaben und
Beteiligungsrechte der Personalvertretungen 50

VRB-Bezirk Neustadt

Neuwahl: Christoph Schneider neuer Bezirksvorsitzender 52 ◀

ÖPR-Fortbildung: Schwerpunkte der schulischen Personalratsarbeit 54

VRB-Rundgang in der Mannheimer Kunsthalle: „Mutter!“ 54

Angebote zum Berufseinstieg: VRB besucht das Studienseminar
in Wallertheim 55

Der VRB-Bezirksverband Neustadt lädt ein 55

VRB-Bezirk Trier

Neuwahl: Christoph Krier wiedergewählt 56 ◀

Studienseminar Trier: Start in die Ausbildung 57

Termine, Service und Internes

Geburtstagswünsche 58

Feedback an die Redaktion 60

VRB-Handbuch für Lehrkräfte: Vorschau 60. Ergänzung 60

Mitgliederverwaltung, Vorschau auf das nächste Heft und Impressum 61

KlarText!

Der Unterricht in Rheinland-Pfalz wird digitaler 62 ◀

Beitrittserklärung 63

▶ Unsere Titelbeiträge sind mit einem roten Pfeil versehen.

Betroffenheit und Bestürzung

Katharina fragt, ob wir jetzt sterben müssen

Zum Krieg in der Ukraine

Unsere Aufmerksamkeit richtet sich in diesen Tagen auf die Ukraine. Wir alle sind erschüttert darüber, dass ein Krieg solchen Ausmaßes und solcher Brutalität geführt wird. Wir vergessen nicht die vielen nach 1945 geführten Kriege, aber unsere Betroffenheit ist diesmal eine besondere. Die geografische Nähe zum Kriegsschauplatz und die gravierende Bedrohungslage, die Unberechenbarkeit des russischen Aggressors, die eingeschränkten Interventionsmöglichkeiten – all das macht Angst. Die große Zahl von Menschen, die durch einen skrupellosen Despoten zu Schaden und zu Tode kommen, lösen tiefes Mitgefühl und große Hilfsbereitschaft aus.

Auch und gerade an den Kindern und Jugendlichen gehen diese politischen Entwicklungen nicht vorbei. Sie werden in Nachrichten und sozialen Medien mit Kriegsbildern konfrontiert. Die Eindrücke lassen sie nicht unberührt. Katharina, die achtjährige Tochter meiner Cousine, fragte ihre Mutter, ob wir jetzt alle sterben müssen.

Der Krieg in der Ukraine ist überall das Thema, im Elternhaus, in der Öffentlichkeit und selbstverständlich auch in der Schule. Wie spricht man über die dramatischen Ereignisse mit Kindern und Jugendlichen? Der Gesprächs- und Diskussionsbedarf ist groß. Die Klassengemeinschaft ist ein geeigneter Ort des Austausches. „Gerade in Zeiten der Pandemie, aber auch nach der erschütternden Flutkatastrophe im vergangenen Jahr im Ahrtal ist es sehr wichtig, offen für die akuten Bedürfnisse der Kinder und Jugendlichen zu sein und damit diese darin zu unterstützen, mit der durchaus auch bedrohlichen Situation so gut wie

möglich umzugehen. Unwissenheit kann noch mehr Angst hervorrufen, daher sind Information (Vorsicht vor Fake News) und ein offener Austausch ein wichtiger Ansatz“ (<https://pl.bildung-rp.de/aktuelle-themen/ukraine-im-unterricht/kollegialer-austausch.html>).

Die Ukraine ist lediglich ein Glied in einer sicherheitspolitischen Gemengelage im europäischen Osten, die nur selten im Zusammenhang betrachtet wird. Das macht die Friedensbemühungen so schwierig. Die Völkerverständigung muss unser Ziel sein. Schließlich wollen alle wieder friedlich miteinander leben. Möglicherweise brauchen wir bis dahin aber noch einen langen Atem.

Postskriptum: Mein Schwiegervater geriet mit Siebzehn in Südfrankreich in Gefangenschaft und wurde dort bei einem Bauern arbeitsverpflichtet. Er wurde in dessen Familie „wie ein eigener Sohn aufgenommen“, verblieb in der Familie noch vier Jahre freiwillig über die Zeit der Gefangenschaft hinaus, war später Mitbegründer einer deutsch-französischen Gemeindeparterschaft und über 30 Jahre lang Präsident des Partnerschaftsausschusses. Es gibt Beispiele und Wendungen, die Hoffnung machen.



Bernd Karst
Ehrenvorsitzender

Bernd Karst



Schulen setzen Zeichen Beispiel KARS Landau: Farbe bekennen

Die Schulgemeinschaft der Landauer Konrad-Adenauer-Realschule plus hat Anfang März mit einer „stillen Stellungnahme“ ein Zeichen gegen kriegerische Handlungen gesetzt. Die Teilnahme war für die Schülerinnen und Schüler freiwillig. Farben auf Kleidung und Transparenten hatten Symbolkraft. Die Farbe Weiß bildete dabei das Symbol für Frieden. Die Aktion wurde von den schulischen Gremien getragen. Die SV hat zusammen mit Verbindungslehrer Rainer Bieling die „Friedensaktion“ für einen Spendenaufruf genutzt („Jeder Euro hilft“). Die Mitglieder der Schulgemeinschaft haben sich daran beteiligt. Die Spenden wurden einem kirchlichen Transport an die ukrainische Grenze übergeben.



Wü/Foto: Rolf H. Epple

Schülerinnen und Schüler begleiten: Angebot Unterrichtshilfen

„Auch für unsere Kinder und jungen Menschen ist der Krieg in der Ukraine eine neue und schwierige Erfahrung. Gerade jetzt brauchen Schülerinnen und Schüler Ihre Sensibilität und Ihre Kompetenzen als Lehrkräfte, um sich damit altersangemessen, kritisch und empathisch auseinanderzusetzen. Wir ermutigen Sie, die Schülerinnen und Schüler bei ihren Ängsten, Sorgen und Fragen zu begleiten. Zu Ihrer Unterstützung hat das Pädagogische Landesinstitut eine Fülle von Materialien und Angeboten zusammengestellt, die Sie für eine Aufarbeitung der Themen „Krieg und Flucht“ im Unterricht nutzen können (<https://s.rlp.de/plukraine>). Die Schulpsychologischen Beratungszentren stehen Ihnen beim Umgang mit psychischen Belastungen von Schülerinnen und Schülern in bewährter Weise zur Verfügung (<https://schulpsychologie.bildung-rp.de>).“

Aus: Brief der Schulbehörden
an die Schulleitungen und
Lehrkräfte vom 3.3.22

Hilfen für Geflüchtete: Schulplätze und Sprachförderkurse

„Schon jetzt gibt es erste Anfragen nach Schulplätzen für Kinder und Jugendliche, die aus der Ukraine geflüchtet sind; es ist zu erwarten, dass die Zahl ansteigt. Seit der Flüchtlingskrise des Jahres 2015/2016 haben wir bewährte Instrumente, um Schulplätze anbieten und Sprachförderkurse einrichten zu können. Für Ihre Bereitschaft, den ukrainischen Kindern und Jugendlichen, die zu uns kommen, Schulplätze anzubieten, danken wir Ihnen sehr. Gemeinsam mit der Schulaufsicht und dem Pädagogischen Landesinstitut treffen wir bereits entsprechende Vorkehrungen.“

Aus: Brief der Schulbehörden
an die Schulleitungen und
Lehrkräfte vom 3.3.22

Albina ist erst 14 und lebt in einem kleinen Ort in der Ostukraine. In ihrem Tagebuch schreibt sie:

28. Februar, Tag 5 des Krieges

Gestern Abend habe ich stundenlang mit meinem Bruder in Kiew gesprochen. Er lebt jetzt auf seinem Tiefgaragenplatz. "Der hält ein Gewicht von 63 Tonnen aus", meint er. Er sagt auch jeden Tag, dass es bald vorbei sein wird, dass alles gut wird. Ich bin wirklich erstaunt, wie er es schafft, mich so zu beruhigen. Er selbst klingt auch so optimistisch. Und das, obwohl ich doch alle zehn Minuten irgendwelche Explosionen durchs Telefon höre, bei ihm ganz in der Nähe.

Ich bin es leid, Nachrichten zu hören. Ja, es gibt Unterstützung aus der Welt. Das ist schön, aber ich bin müde. Sehr müde. ...

Quelle: Süddeutsche Zeitung, 5.3.22

Ukrainehilfe: Schulgemeinschaft setzt sich ein

Rockenhausen. Unter dem Eindruck der Geschehnisse in der Ukraine hat sich die Schulgemeinschaft der Realschule plus am Freitagmittag zu einer Solidaritätsaktion entschlossen. Kurzfristig organisiert, formierten sich die Schüler- und Lehrerschaft auf dem Schulhof zu einer ukrainischen Flagge. Neben dieser symbolischen Geste möchte sich die Schulgemeinschaft aber auch praktisch engagieren. Daher werden in den kommenden Tagen Konserven, haltbare Lebensmittel, Verbandsmaterial und Hygieneartikel (keine Kleidung) gesammelt.

Quelle:
DIE RHEINPFALZ, 7.3.21

Wenn ich auf das Weltgeschehen blicke...

„Wenn ich aktuell auf das Weltgeschehen blicke, fühle ich einfach nur großes Unverständnis und Traurigkeit. Als ich noch in der ambulanten Pflege arbeitete, hatte ich oft Kontakt mit Betreuerinnen aus östlichen Ländern. Und so manches Gespräch ergab sich. Auch mit meiner Omi redete ich viel über die Kriegsjahre und das „Danach“. Ich bete und hoffe zutiefst, dass sich die Lage entspannt

und die richtigen Entscheidungen getroffen werden. Nicht leichter werden diese Schritte, wenn man bedenkt, wie sehr die Welt wirtschaftlich miteinander verwoben ist und welche Auswirkungen Sanktionen und Maßnahmen haben.

Claudia aus W., ehemalige Schülerin
an der Realschule Kandel, Abschlussjahrgang 1982



Unser Weltbild hat sich kürzlich mit einem Schlag verändert. Regierung und Parlament ordnen unsere Politikziele neu, richten sie auf Bedrohungen aus. Im Privaten tauchen belastende Erinnerungen auf, die wir miteinander teilen. Unser Kollege und Freund Peter Bung schrieb mir betroffen: „Als 1939 geborenes Kriegskind hätte ich nie gedacht, nach 77 Jahren wieder von einem Krieg in Europa bedroht zu werden.“

Angesichts der Wucht der bedrückenden Ereignisse der letzten Tage und Wochen scheint sich die Bedeutung von Themen wie "Social Media" oder "Schule der Zukunft" zu relativieren. Das stimmt. Aber gleichzeitig wird Schule erneut herausgefordert, Stellung zu beziehen, zu helfen, Gemeinschaft zu stärken und Zukunft zu gestalten.

Die schulischen Rahmenbedingungen dafür zu erreichen, ist und bleibt Aufgabe und Ziel unseres Verbandes. Dabei orientieren wir uns an unseren Leitlinien. Sie spiegeln sich in den Themen und Schwerpunkten dieser Zeitschrift.

Neue bildungspolitische Impulse

In der Titelgeschichte hinterfragt Michael Eich die kürzlich von der Landesregierung gestartete Initiative „Schule der Zukunft“. Er benennt Stolpersteine und fordert Chancen für Profilbildung und Weiterentwicklung im regionalen Umfeld.

In Berlin ist eine Ampelkoalition im Amt. Nach den ersten hundert Tagen zieht Wolfgang Häring eine Zwischenbilanz, stellt die neue Bundesbildungsministerin vor

Herausforderungen

und fragt nach neuen Impulsen für die Bildungspolitik.

Social Media als Informationsquelle

Unser zehnter Fachkongress befasst sich in Fachvorträgen mit dem Nutzungsverhalten von Jugendlichen bei Nachrichten und fragt nach schulischem Handlungsbedarf. Bernd Karst stellt die Referentinnen und Referenten und die Workshops vor. Den Zeitplan und die Anmeldeinfos finden Sie auf der Hefrückseite.

Neuwahlen in den Bezirksverbänden

Alle drei Bezirksverbände haben ihre Vorstände neu gewählt. Wir stellen die neuen Teams vor und informieren über ihre Pläne für die neue Amtszeit. Bereits umgesetzt wurden Konzepte zur Fortbildung von Mitgliedern schulischer Personalvertretungen. Darüber berichtet Monika Antoni.

Ausbildung: Gespräche und Interviews

Das Lehramt für Realschulen plus und die Schulform sind attraktiv! Das ist der Tenor eines Gesprächs, das Christoph Krier und Alexander Sonnen mit Prof. Dr. Sabine Klomfaß und Dr. Simon Gordt von der Universität Trier führten. Die Bildungswissenschaftler berichteten u.a. von einem Mentoring-Projekt „Bildungspartnerschaften“, mit dem sie dem Wunsch der Studierenden nach mehr Praxisbezug innerhalb des Studiengangs gerecht werden wollen.

Über die Seminarbildung in Corona-Zeiten sprachen Katharina Becker und Alexander Sonnen mit Marco Ringel, dem Seminarleiter des Trierer Studienseminars. Dieser berichtete, dass die neue Situation nicht nur für die Lehrkräfte in Ausbildung, sondern für alle Lehrkräfte eine Herausforderung war, auf die das Seminar z.B. mit einem Angebot aus Video-Tutorials reagierte. „Wir haben beispielsweise gezeigt, wie man Lernfilme erstellt und digital unterrichtet.“

Auch das gibt es in dieser Ausgabe zu entdecken:

Corona-Winter. Wolfgang Häring zeichnet den Weg der Schulen zwischen Einschränkungen und Lockerungen, Hoffnungen und Enttäuschungen nach.

Altersteilzeit fortgeschrieben. Die Landesregierung hat die Altersteilzeitregelungen für Lehrkräfte bis 2026 verlängert. Nicole Weiß-Urbach informiert über die Modellvarianten sowie Antrags- und Beibehaltungsforderungen.

Hilfe für die Schulen im Ahrtal. Nach der Hochwasserkatastrophe im Ahrtal haben die von Sachschäden betroffenen vier Realschulen plus Unterstützung durch Spendenaktionen und zugleich Mitgefühl und Solidarität erfahren. Die Lehrkräfte sowie die Schülerinnen und Schüler werden auch weiterhin auf unsere Aufmerksamkeit und Hilfe angewiesen sein.

Was macht eigentlich Petra Gerster?

2013 hat sie beim Ingelheimer Kongress einen Vortrag zum Thema „Erziehung und Gesellschaft“ gehalten. Am Ende ihrer Laufbahn als Moderatorin der heute-Sendung löste sie Emotionen und Widerstände mit ihrer phonetischen Wiedergabe des Gendersternchens aus. Regina Sersch bespricht ihr neues Buch.

Pflegereform. Der Pflegebereich ist seit Jahren ein Sorgenkind der Politik und der Gesellschaft. Wilfried Rausch beschreibt die Verbesserungen durch die „kleine“ Pflege-reform 2021.

Steuererklärung. Aus dem „Team Junge Lehrkräfte“ stammt die Idee, für Lehrkräfte Wissenswertes zur Steuererklärung zusammenzutragen. Im Mittelpunkt stehen die abzugsfähigen Ausgaben.

Handbuch für Lehrkräfte. Die 60. Ergänzung ist kürzlich in Druck gegangen. Beispiele für neu bearbeitete Beiträge sind „Die Fürsorge- und Treuepflicht“, „Längerfristige Beurlaubungen“, „Nebentätigkeit“ und „Die Ganztagschule“.

Liebe Leserinnen und Leser, ich wünsche Ihnen eine anregende Lektüre. Vielleicht finden Sie Zeit, uns zu schreiben.

Ihr Wolfgang Wünschel

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir erleben in diesen Wochen Unfassbares. Einen Krieg in Europa konnten wir uns bislang nicht vorstellen. Er fordert unsere Politik, unsere Gesellschaft und auch unsere Schulen heraus. Wir zeigen Solidarität. Der Krieg hat Corona aus den Schlagzeilen verdrängt. Doch unser Alltag wird noch immer von der Pandemie bestimmt.

Pandemische Lage schwer einschätzbar

Wir haben ein Jahr hinter uns gelassen, welches uns alle eingeschränkt und erneut in besonderem Maße auch belastet hat. Erwartet wird, dass sich die Situation im Frühling und Sommer entspannt. Ob sich im nächsten Herbst eine weitere Welle aufbauen wird, darüber wird spekuliert. Die Bundespolitik wie die Landespolitik stehen vor der Aufgabe, die gesamtgesellschaftlichen Auswirkungen und Belastungen zu minimieren. Die Landesregierung ist gefordert, die schulische Situation zu entschärfen.

Herausforderungen erforderten besondere Kraftanstrengungen

Die schulischen Herausforderungen waren in den letzten Monaten für alle an Schule Beteiligten mit dem Status quo kaum noch zu bewältigen. Präsenzunterricht, auch in Hochinzidenzphasen, in Verbindung mit Konferenzen, Notengebung und Zeugniserstellung, erforderte besondere Kraftanstrengungen. Lehrkräfte sind aufgrund eigener Infektionen oder Quarantäneanordnungen ausgefallen und mussten vertreten werden – eine Mehrbelastung in ohnehin schwierigen Zeiten. Auf Schulleitungen kamen zudem noch eine fast schon verwirrende Vielfalt an Verordnungen und Aufgaben zu – von wechselnden Test- und Hygienebestimmungen ganz zu schweigen!

Nicht bei einer Geste der Wertschätzung belassen

Lehrkräfte und Schulleitungen haben mit großem Engagement die Schulen bereits zum zweiten Mal in Folge durch einen Corona-Winter geführt. Die Ankündigung einer „Corona-Sonderzahlung“ war daher wichtig und richtig. Der VRB erkennt diese Entscheidung der Landesregierung an, warnt aber davor, es bei dieser Geste zu

belassen. Die Kolleginnen und Kollegen haben die größtmögliche Unterstützung und auch Wertschätzung der Landesregierung bei der Gestaltung ihrer Arbeitsbedingungen verdient. Immer wieder blieb die Frage unbeantwortet, weshalb die Landesregierung an Realschulen plus nicht endlich die so genannte Drittelpauschale bei den unterrichtlichen Entlastungen zeitgemäß aufstockt. Des Weiteren beklagen wir die geringen Fortschritte bei der Digitalisierung, die nicht durch bürokratische Hürden ausgebremst werden darf, und die vielfach noch unzureichende Ausstattung der Schulgebäude mit Raumluftfiltern und Klimaanlageanlagen.

Schulen benötigen an der Schulpraxis orientierte wirksame Verbesserungen

Aus unserer Sicht muss die Landesregierung endlich die vielfältigen schulischen Probleme lösen, die das Schulleben belasten und die schulische Qualität einschränken. Die Schulen benötigen an der Praxis orientierte wirksame Verbesserung der Rahmenbedingungen und vor allem eine nachhaltige Lehrerversorgung. Denn nur mit qualifizierten Lehrkräften kann und wird die Schule in Zukunft gelingen.

In unserer Pressemitteilung vom 10.02.2022 haben wir daher wiederholt eine Einstellungsoffensive gefordert. Das Land Rheinland-Pfalz kann sich einen Lehrermangel schlichtweg nicht leisten. Hier braucht es wirksame gegensteuernde Mechanismen, unter anderem durch die Stärkung der Attraktivität des Studiums für das Lehramt an Realschulen plus.

Sicherung der Kontinuität in der Verbandsarbeit

Verbandsintern war und ist es sehr beruhigend, dass die Arbeit im Landesvorstand, in den drei Bezirksvorständen und in den Gremien des Bezirks- und Hauptpersonalrats durch eine starke Kontinuität gesichert ist. Die Wirksamkeit des VRB ist auf allen Ebenen spürbar.

Trotz eines vorherrschenden digitalen Formats sind wir weiterhin im engen Dialog mit den Parteien und mit dem Bildungsministerium. Sie können sich sicher sein, dass wir Ihre Interessen auch in schwierigen Zeiten vertreten.



Erste Schritt zur Normalität wagen

Mit Blick auf den nahenden Frühling und Sommer wollen wir erste Schritte zur Normalität gehen und streben Präsenzveranstaltungen an. Die Bundesversammlung des VDR Ende März in Mannheim bietet eine erste Gelegenheit dazu. Im Mai steht dann der traditionelle Ingelheimer Fachkongress auf der Agenda, und auch der Landeshauptvorstand möchte sich gegen Ende der Sommerferien wieder zu einem analogen Austausch treffen. Weitere Veranstaltungen für Delegierte sind auf Landesebene wie auch in den Bezirken in Planung. Ich freue mich bereits jetzt darauf, Sie bei der einen oder anderen Gelegenheit wiedersehen zu können.

Ich wünsche Ihnen eine informative Lektüre dieser Ausgabe, die ein Spiegelbild unserer ehrenamtlichen Arbeit darstellt.

Mit kollegialen Grüßen
Ihr Timo Lichtenthäler

Timo Lichtenthäler



Foto: AdobeStock

Initiative: Schule der Zukunft

Aufbruch? Marketing-Phrase?
Chance zur Weiterentwicklung?

von **Michael Eich**

Am 12. November 2021 startete das rheinland-pfälzische Bildungsministerium mit einem Zukunftskongress die Initiative „Schule der Zukunft“. Angesichts großer gesellschaftlicher Veränderungen und des rasanten technischen Fortschritts müssen Bildung und Schule weiterentwickelt werden. Die Initiative solle die Schulen dabei unterstützen, „ihren individuellen Weg in die Zukunft erfolgreich zu gehen“ (<https://beteiligung-schule-der-zukunft-rlp.de/schule/de/home/informieren>). Mainz strebt hierbei

einen breit angelegten Beteiligungsprozess an, an dessen Ende Thesen zu vier zentralen Bereichen gebündelt werden sollen: Unterricht, Schulorganisation, Schulkultur und schulisches Personal. Mit einem ambitionierten Zeitplan hat sich die Landesregierung selbst unter Druck gesetzt: Bereits im Sommer 2022 sollen die ersten „Schulen der Zukunft“ in die „Kick-Off“-Phase übergehen. Es wird sich also schnell zeigen, ob dem Bildungsministerium ein echter Aufbruch zu einer „Schule der Zukunft“ gelingen wird.



Führte durch die Veranstaltung:
Moderatorin Dörte Maack

Schulen entwickeln seit Jahren Qualitätsprogramme

Es ist zu begrüßen, dass Mainz anscheinend nicht den Fehler begeht, das bestehende Schulsystem einfach schlecht zu reden: „Es geht nicht darum, alles anders und neu zu machen. Denn die Schule der Zukunft gibt es in ihren Bestandteilen schon heute“ (<https://beteiligung-schule-der-zukunft-rlp.de/schule/de/home/informieren>). Das gilt nicht nur für schulische Prestigeprojekte aus anderen Bundesländern. Auch unsere rheinland-pfälzischen Kolleginnen und Kollegen haben sich vor Jahren mit dem Orientierungsrahmen Schulqualität und der Verpflichtung, schuleigene Qualitätsprogramme zu entwickeln und zu evaluieren, auf den Weg gemacht, Schule und Unterricht neu zu denken und neu zu gestalten. Ein weiterer Aspekt, der in den Ausgangsüberlegungen zur Initiative formuliert wird, ist ebenfalls begrüßenswert: „Dabei wird jede Schule auf ihre lokalen Herausforderungen reagieren, eigene Schwerpunkte setzen und sich in ihrem Tempo weiterentwickeln“.

Die „Eine Schule für alle“ kann und wird es deshalb nicht geben, da die Gegebenheiten im regionalen Umfeld einer Schule mit unterschiedlichen Anforderungen und Erfordernissen einhergehen. Anders formuliert: Eine Realschule plus in einer Stadt wird andere Schwerpunkte setzen (müssen) als eine Realschule plus auf dem Land. Das sieht auch Ministerpräsidentin Malu Dreyer so, die mit einem Grußwort den Zukunftskongress in der „Alten Lokhalle Mainz“ eröffnet hatte.

Zukunftskongress – Nicht nur einige Leuchtturmschulen

Ministerpräsidentin Malu Dreyer machte in ihren Eingangsworten deutlich, dass es bei der Initiative „Schule der Zukunft“ nicht um wenige „Leuchtturmprojekte“ gehen soll: „Alle Kinder sollen an allen Schulen in Rheinland-Pfalz bestens auf die Zukunft vorbereitet werden“. Eigentlich eine Selbstverständlichkeit, nichtsdestotrotz ein großer Anspruch und eine bindende Selbstverpflichtung.

Die Schulart Realschule plus war bei der Auftaktveranstaltung zahlreich vertreten: Schulaufsicht, Studienseminare, Schulleitervereinigung, Verband Reale Bildung sowie der Hauptpersonalrat Realschulen plus waren zugegen. Und alle zeigten damit ihre Bereitschaft, diese Initiative aus ihrer vielfältigen beruflichen Erfahrung und Praxis heraus kritisch und konstruktiv zu begleiten.

Durch die Veranstaltung führte Moderatorin Dörte Maack. Ihr Anspruch laut ihrer Internetseite ist, als „blinde Rednerin und Moderatorin öffne ich meinen Zuhörern die Augen“.

Talente sind der Rohstoff der Zukunft

In ihrem Impulsvortrag stellte Dr. Steffi Burkhart, die sich als „Expertin für die Millennials Generation Y (*1980–1995) und Generation Z (*1995–2010)“ ausweist (<https://steffiburkhart.com/speaking/>), die grundlegende Frage: „Bereiten wir wirklich junge Menschen ausreichend auf all die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts vor?“ Dr. Burkhart sieht die zukünftigen Generationen Y, Z und Alpha (ab 2011) als Schlüsselgenerationen zur Bewältigung der Herausforderungen des 21. Jahrhunderts. Deren „Mindset“ unterscheidet sich maßgeblich von den Denkweisen der Generationen davor. Junge Menschen würden durch die aktuellen Lerninhalte nicht mehr angesprochen, da diese zu theoretisch, zu veraltet und oftmals einfach auch falsch seien. Insgesamt hätten sie wenig Vertrauen in Politik, Parteien, Gewerkschaften und Verbände. Die Generationenexpertin konstatiert, viele der heutigen Berufe werden es in Zukunft nicht mehr geben und fünfzig Prozent der neuen Berufe kennen wir noch nicht. Sie fordert deshalb einen Paradigmenwechsel im Bildungsbereich, mehr Experimentierfreude und mehr Mut, um das aktuelle „Skill-Mismatch“ zwischen schulisch vermittelten Inhalten und wirtschaftlichen Anforderungen zu überwinden.

DAS PHÄNOMEN DER 5 GENERATIONEN



Podiumsdiskussion – Expertinnen und Experten erfüllen ihre Rollenerwartungen

In der anschließenden Podiumsdiskussion blieben die Expertin und die Experten ihrem jeweiligen Mindset bzw. Bildungsnarrativ treu.

Margret Rasfeld, ehemalige Schulleiterin (Evangelische Schule Berlin Zentrum), Gründerin und aktuelle Geschäftsführerin der Initiative „Schule im Aufbruch“ vertrat die These, dass das Mindset „Wettbewerb und Leistungsdruck“ Kinder krank mache. Schulen müssen Resilienzcentren werden. Sie warb zudem für die Berliner Erklärung zur Bildung für nachhaltige Entwicklung (<https://www.unesco.de/bildung/bildung-fuer-nachhaltige-entwicklung/weltkonferenz-berliner-erklaerung>).



Die Referentin und Referenten des Kongresses (v. li.): Margret Rasfeld, Hans Anand Pant, Matthias Busch und Markus Warnke

Prof. Dr. Hans Anand Pant (Humboldt-Universität zu Berlin) war bis vor kurzem noch Geschäftsführer (Programmbereich) der Deutschen Schulakademie, einer Initiative der Robert Bosch Stiftung. Zu seinen Arbeitsschwerpunkten an der Humboldt-Universität zu Berlin gehören u. a. Transfer von Innovationen im Bildungsbereich. Er möchte, dass schulische „Leuchttürme“ die Regel werden und forderte ein Systemmovement. Voraussetzungen wie in Estland oder Finnland müssten geschaffen werden – z. B. die Abschaffung der Noten und die Loslösung von der „absurden“ Fixierung auf Abi-Durchschnitte.

Prof. Dr. Matthias Busch (Universität Trier) ist Preisträger des Lehrpreises für digitale Lehre der Universität Trier 2019. Zu seinen Forschungsschwerpunkten gehören neben „Lernen und Lehren in der digitalen Gesellschaft“ u. a. auch „Demokratische Schul- und Unterrichtsentwicklung“. Er forderte didaktische Konzeptionen, wie sinnvoll mit den digitalen Medien gearbeitet werden kann. Bei dem sich abzeichnenden digitalen Wandel müssen alle Beteiligten einbezogen werden, und die Lehrkräfte benötigen hierbei Unterstützung.

Dr. Markus Warnke ist Geschäftsführer der Wübben Stiftung, die mit Rheinland-Pfalz einen Kooperationsvertrag abgeschlossen hat. Im Rahmen des Projekts „S4 Schule stärken – Starke Schule“ sollen Schulleitungen von Schulen in sozial schwachem Umfeld mit

dem Fortbildungsprogramm „impakt Schulleitung“ ihre Führungs- und Managementfunktionen qualifizieren. Er fordert, verstärkt die Schulen in sozialen Brennpunkten in den Blick zu nehmen, damit auch diese Standorte „Schulen der Zukunft“ sein können. Seiner Ansicht nach wird sich die gesamte schulische Administration – die Zusammenarbeit von Ministerium, Schulaufsicht und Schulleitung – ändern müssen.

Stränge der Beteiligung

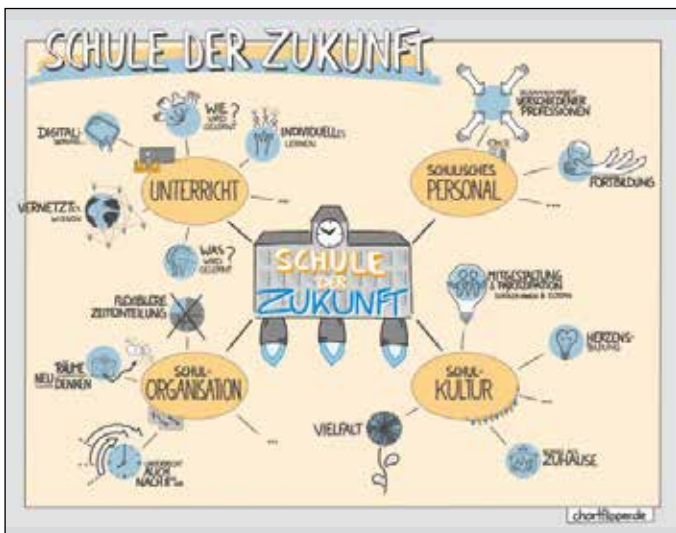
Ministerin Dr. Hubig kündigte zum Abschluss des Bildungskongresses an, dass man sich gemeinsam mit allen Akteuren auf den Weg zur „Schule der Zukunft“ machen werde. Sie benannte hierfür drei Stränge der Beteiligung:

- Alle interessierten Bürgerinnen und Bürger können an einem digitalen Beteiligungsprozess partizipieren (Umfrage).
- Schulen in der Region sollen sich in sogenannten „Town Halls“ treffen, um Formen der Schule der Zukunft zu entwickeln.
- Wissenschaftliche Erkenntnisse werden eingebracht.

Inzwischen ist die Umfrage – also der erste Strang – abgeschlossen. Bei der Erstellung der Fragen waren wir bzw. die Personalvertretungen nicht eingebunden. Eine Beteiligung wäre jedoch sinnvoll gewesen. Denn jetzt sind Zweifel entstanden, wie die Landesregierung die Akteure überhaupt beteiligen will. Die Fragestellungen der Umfrage haben in Teilen zu Irritationen geführt, weil darin pädagogische Themen wie Notengebung aber auch arbeitsrechtliche Fragen wie z. B. flexible Arbeitszeiten und externe Assessments zur Auswahl von Schulleitungen aufgegriffen wurden, die so nicht zu erwarten waren bzw. im Vorfeld nicht transparent diskutiert wurden. Damit stellt sich natürlich die Frage, welche Interessen mit der Umfrage verfolgt werden. Das Bildungsministerium hat versichert, dass das Wort der Bildungsministerin weiterhin gelte: Es gäbe keine fertigen Schablonen oder Muster in einer Schublade. Die Fragestellungen resultierten aus Impulsen des Bildungskongresses und Rückmeldungen aus den Schulen und stellten keine Vorfestlegungen dar.

Stolpersteine können den angestoßenen Entwicklungsprozess hemmen

Der breit angelegte Beteiligungsprozess birgt die Gefahr einer Entprofessionalisierung des Bildungsdiskurses. Längst überkommene



Vorstellungen von vermeintlich guter Bildung und Schule könnten eine unrühmliche „Renaissance“ erfahren: Schulstrukturdebatten, Abschaffung von Klassen – dafür offene Lernarrangements und Unterrichtsbeginn nach individuellen Vorlieben, Abschaffung der Schulfächer – dafür mehr soziale Projekte, Abschaffung von Noten – weniger Leistungsdruck, mehr Finnland – weniger Deutschland. Das sind Ansätze, die uns – absolut gesetzt – in eine bildungspolitische Sackgasse führen würden. Finnland diskutiert zum Beispiel, nachdem es bei PISA nur noch Durchschnitt ist, längst darüber, ob die zurückliegenden Bildungserfolge nicht doch auf das alte Bildungssystem mit traditionelleren Unterrichtsformen zurückzuführen sind (<https://www.swr.de/swr2/wissen/lernen-von-den-finnen-der-pisa-primus-strauchelt-100.html>).

Insgesamt fällt auf, dass bislang wenig von Fachlichkeit, Leistungsorientierung, und Naturwissenschaften/ MINT die Rede war. Solche Leerstellen kann sich eine auf Innovationen und Leistung ausgerichtete Wirtschaftsnation nicht leisten.

Wir dürfen zudem nicht hinter den Stand der Wissenschaft zurückfallen. Es kommt nicht darauf an, was „geföhlt“ der richtige Ansatz ist, sondern was empirisch als erfolgsversprechend belegt bzw. hinreichend abgesichert ist (siehe Kasten).

Chancen des eingeschlagenen Prozesses sehen und nutzen

Der eingeschlagene Prozess bietet die Chance, dass Schulen innerhalb eines verbindlichen und einheitlichen Rahmens mehr Raum für die Profilbildung und Weiterentwicklung an ihrem regionalen Standort eröffnet und ermöglicht wird. Die Botschaft, dass Schulen auf das reale Arbeiten und Leben vorbereiten müssen, ist ungeachtet der modern klingenden Anglizismen (Mindset, Skill-Mismatch) nicht neu.

Größere Investitionen sind notwendig

Der Verband Reale Bildung (VRB) hat unlängst darauf verwiesen (siehe Ausgabe 5 und 6/2021), dass die ehemalige Landesregierung viele Baustellen nicht abgeschlossen hat: „Wer die „beste Bildung“ will, muss selbst investieren und für beste, zumindest gute Arbeits- und Rahmenbedingungen Sorge tragen.“ Aus dem aktuellen Haushaltsentwurf ist nicht ersichtlich, dass Mainz hier etwas verändern will. Die für die „Schule der Zukunft“ als „politischem Schwerpunkt“ im Haushaltsentwurf veranschlagten Mittel sind mit rund 7 Millionen Euro (Ansatz 2022) nicht sonderlich hoch. Stellt man sich eine Verteilung dieser Summe auf alle Schulen in Rheinland-Pfalz vor, dann kann das nur ein Einstieg sein.

Die Landesregierung an ihren Ankündigungen messen

Wohin führt die Reise zur Schule der Zukunft also? Ist es nur eine hohle Marketing-Phrase? Sollen überkommene Bildungsideologien bedient werden? Oder ist es ein tatsächlicher Aufbruch? Unserer Einschätzung nach ist das noch völlig offen. Die Landesregierung wird an ihren Ankündigungen zu messen sein. Der Verband Reale Bildung wird die Initiative „Schule der Zukunft“ weiterhin kritisch und konstruktiv begleiten.

Michael Eich
michael.eich@vrb-rlp.de



JOHN HATTIE: Lernen sichtbar machen

Auf den Lehrer kommt es an: „Diejenigen Lehrpersonen, die bestimmte Unterrichtsmethoden verwenden, die hohe Erwartungen an alle Lernenden stellen und die positive Lehrer-Schüler-Beziehungen aufbauen, haben mit einer hohen Wahrscheinlichkeit überdurchschnittliche Effekte auf die Schülerleistungen“ (Seite 151).

Fachlichkeit: „Allerdings unterrichten Lehrpersonen oft Fächer, in denen sie über wenig Ausbildung in fachlicher Hinsicht verfügen. Dies deutet darauf hin, dass es eine Interaktion zwischen der Lehrkompetenz und der Notwendigkeit eines hohen fachwissenschaftlichen Kenntnisstandes gibt. Man vermutet, dass diejenigen, die ein hohes Maß an Fachwissen haben, besser in der Lage sind, den Stoff und das optimale Voranschreiten des Oberflächen- und tiefen Lernens bezüglich des Stoffs zu verstehen“ (Seite 152).

Leistungserwartungen: „Geringe Erwartungen in Bezug auf den Erfolg der Lernenden zu haben, ist eine sich selbst erfüllende Prophezeiung und es scheint so zu sein“ (Seite 152f.). „Sowohl Lernende als auch die Lehrperson müssen sich anspruchsvolle Ziele setzen (...). Das Setzen anspruchsvoller Ziele ist ein wesentlicher Teil der Gesamtgleichung dessen, was beim Lernen den Unterschied macht“ (Seite 236).

Lehr- und Lernstrategien: „Die Botschaften dieses Buches beziehen sich (...) weniger auf die Befürwortung bestimmter Methoden. (...) Es sind weniger die „Methoden“ an sich, sondern die Prinzipien des effektiven Lehrens und Lernens, auf die es ankommt“ (Seite 288).

Zitiert aus:
John Hattie: Lernen sichtbar machen.
Überarbeitete deutschsprachige Ausgabe von "Visible Learning"
besorgt von Wolfgang Beywl und Klaus Zierer.
Schneider-Verlag 2013

Bildquellen
<https://beteiligung-schule-der-zukunft-rlp.de/schule/de/home>
<https://beteiligung-schule-der-zukunft-rlp.de/schule/de/home/informieren>
E-Book_SteffiBurkhart_2020_v2.pdf; <https://steffiburkhart.com/>
Margret Rasfeld – <https://www.margret-rasfeld.de/ueber-mich/>
Prof. Dr. Hans Anand Pant (Humboldt-Universität zu Berlin) – <https://www.erziehungswissenschaften.hu-berlin.de/de/institut/abteilungen/methodenlehre/personen/mitarbeiter/1684105>
Prof. Dr. Matthias Busch – <https://www.uni-trier.de/universitaet/fachbereiche-faecher/fachbereich-iii/faecher/geschichte/profil/fachgebiete/didaktik-der-gesellschaftswissenschaften/personen/prof-dr-matthias-busch>
Dr. Markus Warnke – <https://www.wuebben-stiftung.de/stiftung/#team>



Fachkongress
2022
INGELHEIM

17. Mai 2022 · Fridtjof-Nansen-Akademie Ingelheim

„Social Media als Informationsquelle“



Die Referentinnen und Referenten, die wir für unseren 10. Fachkongress gewinnen konnten, versprechen wieder spannende Vorträge und lehrreiche Workshops. Auf Seite 14 stellen wir Ihnen die Social Media Expertinnen und Experten vor.

In den sozialen Netzwerken kursieren Nachrichten, auf die alle Merkmale von „Snack News“ zutreffen. Es sind Informationen, die aus nicht mehr als einer Überschrift, einem Einleitungstext und einem eventuell noch beigefügten Bild bestehen. Bedenklich und verwunderlich zugleich ist, dass Personen, die diese

Snack News lesen, ihr Wissen eher überschätzen. Personen hingegen, die vollständige Nachrichtenbeiträge lesen, würden diese Tendenz nicht zeigen. So das Ergebnis einer wissenschaftlichen Studie von Dr. Svenja Schäfer, Referentin des 10. Ingelheimer Fachkongresses am 17. Mai 2022.

Die Wissensillusion ist ein Hinweis auf fehlende Medienkompetenz. Mit der Digitalisierung erhält die Verbreitung ideologischer und menschenverachtender Inhalte auf Internetplattformen eine gefährliche Dimension. "Um die Chancen des Internets für sich nutzbar zu machen und mögliche schädliche Folgen abzuwenden, muss man eben wissen, aus welchen Informationsangeboten man am besten lernt, wie man vertrauenswürdige Quellen erkennt und wie man im Internet recherchiert, um ein fundiertes Verständnis für Themen entwickeln zu können", erklärt Dr. Svenja Schäfer.

Fachvorträge

1. Grundlagen zum Nachrichtennutzungsverhalten Jugendlicher
2. Effekte veränderter Informationsnutzung. Wo ist schulischer Handlungsbedarf? (Referentin: Dr. Svenja Schäfer)

Workshops

Themenblock 1

Wissensillusion durch Social Media als Nachrichtenquelle

Referentin: Dr. Svenja Schäfer

Kinder und Jugendliche haben eine ganz andere Herangehensweise, wenn es darum geht, sich mit tagesaktuellen Informationen auseinanderzusetzen. Ihr Interesse an Nachrichten ist geringer und klassische Informationsangebote in Zeitungen oder zu festen Terminen im Fernsehen spielen kaum eine Rolle. Stattdessen verlassen sie sich sehr stark auf Nachrichten im Netz. Social Media spielt hier eine zentrale Rolle. Der Informationsgehalt dieser Informationen ist geringer, trotzdem geben einem sog. Snack News in diesen Informationsumgebungen das Gefühl informiert zu sein. In diesem Part werden zunächst das Phänomen der Wissensillusion erläutert und aktuelle Befunde dazu vorgestellt. Im Speziellen wird behandelt, welche Eigenschaften von Nachrichten eine Überschätzung des eigenen Wissens vergrößert und welche zu einer angemessenen Wissenswahrnehmung beitragen kann.

Interaktiver Part: Hier wird erarbeitet, wie und wo man Informationen über „richtige“ Nachrichtennutzung in der Schule vermitteln kann. Was müssen Schülerinnen und Schüler lernen, um eine Wissensillusion zu vermeiden? Wie und wann wird das am besten vermittelt?

Themenblock 2

Fake News, Verschwörungstheorien und Co.: Falschmeldungen in sozialen Medien

Referentin: Nora Denner, M.A.

Soziale Medien haben gegenüber anderen Informationskanälen die charakteristische Eigenschaft, dass theoretisch jede Person die

Möglichkeit hat, Informationen an ein (potentiell) großes Publikum zu verbreiten. Jeder kann selbst etwas posten, aber auch Beiträge von anderen können geteilt, kommentiert oder „geliked“ werden. Gerade in sozialen Netzwerken wie Facebook, Twitter, Instagram oder TikTok können deshalb falsche, ungenaue, einseitige und/oder vage Informationen große Reichweiten erzielen. Häufig ist es schwierig, diese Art der Information zu erkennen. Zum einen ähnelt das Layout dieser Informationen häufig klassischen, etablierten Nachrichtenseiten. Zum anderen werden die Quellen solcher Informationen häufig nicht hinterfragt. Fake News als eine Form der Desinformation hat sich mittlerweile in der kommunikationswissenschaftlichen Forschung als Feld etabliert. In diesem Block wird zunächst eingeordnet, was genau unter Fake News und Desinformation verstanden werden kann. Anschließend wird erläutert, was die Forschung über die Verbreitung und Nutzung von Fake News insbesondere bei Jugendlichen weiß und welche Kompetenzen schulisch vermittelt werden sollten, um Fake News und Desinformationen zu erkennen und einordnen zu können.

Interaktiver Part: Erarbeitung eines Leitfadens

Themenblock 3

Inzivilität im Netz: Hatespeech und Cybermobbing

Referentin: Dr. Christine Meltzer

Von Hate Speech spricht man, wenn Menschen abgewertet, angegriffen werden oder wenn gegen sie zu Hass oder Gewalt aufgerufen wird. Oft sind diese Kommentare an bestimmte soziale Gruppen gebunden und äußern sich rassistisch, antisemitisch, homophob oder sexistisch. Sowohl Einzelpersonen als auch Personengruppen können davon betroffen sein. Hate Speech bildet den Nährboden für reale Übergriffe gegen Personengruppen und schafft ein Klima, in dem Diskriminierung bestimmter sozialer Gruppen gesellschaftlich legitim erscheint. In diesem Block wird erklärt, was genau unter dem (nicht fest definierten) Begriff verstanden wird. Anschließend werden die in der Forschung bekannten Muster von Erscheinungsformen diskutiert und ihre Wirkung für Betroffene und nicht Betroffene erörtert. Gemeinsam erarbeiten wir, wie Schülerinnen und Schüler für verschiedene Erscheinungsformen von Hate Speech sensibilisiert werden können, welche aktiven Maßnahmen (z.B. Counter Speech im Netz, Kampagnen, Meldestrategien) aktiv zur Bekämpfung von Hate Speech beitragen und wie Schülerinnen und Schülern diese Maßnahmen vermittelt werden können.

Interaktiver Part: Entwicklung von Programmbausteinen zu einer Projektwoche/Themenwoche „No Hate“ an der Schule

Themenblock 4:

Digital Campaigning

Referent: Dr. Pablo Jost

Aus Sicht politischer Akteure bieten digitale Kommunikationskanäle die Möglichkeit, eine große Zahl an Wählerinnen und Wählern und Unterstützerinnen und Unterstützern zu erreichen, ohne dabei die massenmedialen Selektionsfilter passieren zu müssen. Dabei

Die Referentinnen und Referenten



Dr. Svenja Schäfer ist Oberassistentin (Post-Doc) an der Universität Wien. Zuvor studierte sie in Hannover und Mainz Medienmanagement und Kommunikationswissenschaft. 2020 promovierte sie zu Mediennutzung und metakognitiver Urteilsbildung. Dabei untersuchte sie, ob und auf welche Weise Nachrichten in digitalen Informationsumgebungen eine Überschätzung des eigenen Wissens begünstigen können. Ihre aktuellen

Forschungsinteressen liegen im Bereich Nachrichtennutzung und -vermeidung, sowie Effekte von Nachrichtennutzung auf Wissen(-swahrnehmung), Realitätsvorstellungen und Einstellungen. Ihr Fokus liegt dabei auf Nachrichten in digitalen Informationsumgebungen, darunter sog. Snack News, vollständige Online-Artikel auf Nachrichtenwebsites und Nutzerkommentare.



Nora Denner, M.A., ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Publizistik der Johannes Gutenberg-Universität Mainz. Sie hat Kommunikationswissenschaft in Erfurt, München, Austin und Madrid studiert und promoviert aktuell zum Thema Personalisierung in der Unternehmensberichterstattung. Zu ihren Forschungsschwerpunkten gehören neben der Wahrnehmung und Verarbeitung von Fake News und Desinformation die Darstellung von Unternehmen in den Medien und Krisenkommunikation.

sehen sie sich mit neuen Herausforderungen der digitalen Medien konfrontiert: um möglichst viele Menschen zu erreichen, müssen die Kommunikatoren ihre Botschaften der Aufmerksamkeitslogik sozialer Netzwerke anpassen: Inhalte, die geteilt, gelikt oder kommentiert werden, wird von den Algorithmen der Plattformen Relevanz zugeschrieben. Besonders erfolgreich scheinen (rechts-)populistische Parteien die veränderten Kommunikationsbedingungen zu nutzen, deren Botschaften am besten den Anforderungen dieser „Logik der Viralität“ zu entsprechen scheinen. In diesem Block werden die grundlegenden Funktionsweisen sozialer Medien im Kontext politischer Kommunikation vermittelt. Anschließend werden „erfolgreiche“ Kommunikationsstrategien vorgestellt, wobei hier ein besonderes Augenmerk auf die Kommunikation (rechts-)populistischer Parteien gelegt wird. Dabei werden Besonderheiten der Nutzerstruktur sozialer Medien berücksichtigt. Anschließend wird gemeinsam erarbeitet, wie Schülerinnen und Schüler für die Funktionsweise sozialer Netzwerke und deren Bedeutung im Rahmen politischer Kommunikation sensibilisiert werden können.

Interaktiver Part: Herausarbeiten der Funktionsweisen sozialer Medien und deren Erfolgsbedingungen im Kontext politischer Kommunikation sowie deren problematischen Implikationen für den gesellschaftlichen Diskurs

Themenblock 5

Nachrichtennutzung von Jugendlichen

Referent: Dr. Michael Sülflow

Kinder und Jugendliche beziehen die Nachrichten nicht primär über klassische Verbreitungsmedien wie Fernsehen und Zeitungen, sondern zunehmend über Online-Angebote, wie Nachrichtenseiten oder Social Media-Plattformen. Auch die Zugangswege haben sich geändert, bspw. werden Nachrichten häufig und „nebenbei“ auf dem Smartphone rezipiert. Daraus ergeben sich nicht nur Fragen danach, welche Arten von Nachrichten Kinder und Jugendliche konsumieren oder inwiefern diese zum Wissenserwerb beitragen,



Dr. Christine E. Meltzer ist wissenschaftliche Mitarbeiterin (Post-Doc) am Institut für Publizistik der Johannes Gutenberg-Universität Mainz. Zuvor studierte und promovierte sie ebenfalls an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz. In ihrer Doktorarbeit befasste sie sich mit der Frage, ob auch Medienwirkungen auftreten, wenn Personen selbst Realitätserfahrungen mit einem Thema aufweisen. Aktuell liegen ihre Forschungsschwerpunkte im Bereich der politischen Kommunikation, insbesondere Medien und Migration, sowie Medien und Gewalt.



Dr. Pablo Jost ist wissenschaftlicher Mitarbeiter (Post-Doc) am Institut für Publizistik der Johannes Gutenberg-Universität Mainz. Zuvor studierte er an der Friedrich-Schiller-Universität Jena. In seiner Promotion untersuchte er die Rolle von Popularitätsindikatoren in der digitalen politischen Kommunikation. Zu seinen Forschungsschwerpunkten gehören die journalistische Selektion- und Aufbereitung gesellschaftlicher Streitfragen sowie die digitale Anschlusskommunikation der Mediennutzenden. Aktuell forscht er zur Kommunikation demokratiefeindlicher Akteurinnen und Akteure in digitalen Kommunikationsumgebungen.



Dr. Michael Sülflow ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Publizistik der Johannes Gutenberg-Universität Mainz. Er hat Kommunikationswissenschaft in Greifswald, Berlin und Zürich studiert und zur Wirkung nonverbaler Kommunikation von Politikerinnen und Politikern promoviert. Er beschäftigt sich in seiner Forschung mit Medieneffekten auf soziale Dynamiken, Polarisierung und Einstellungsbildung.

sondern auch welchen Nachrichtenbegriff Jugendliche haben und welche Bedürfnisse dahingehend unterschiedliche Angebote erfüllen. Daher soll es in dieser Session zum einen darum gehen, Nachrichtennutzungsmuster von Kindern und Jugendlichen zu charakterisieren und zum anderen Implikationen aus dem Nachrichtenverständnis und spezifischen Formen der Nachrichtennutzung für den Wissenserwerb herauszuarbeiten und zu diskutieren.

Interaktiver Part: *Wir wollen im Workshop zusammetragen, welche unterschiedlichen (Nachrichten-)Angebote online von Jugendlichen genutzt werden und welche Arten von Nachrichten diese vermitteln. Dies soll zu einer Diskussion darüber führen, über welche Nachrichten und in welchem Umfang Kinder und Jugendliche heutzutage informiert sein sollten.*



Verwenden Sie für Ihre Anmeldung bitte den beiliegenden Anmeldevordruck.

10. Fachkongress Ingelheim

„Social Media als Informationsquelle“

17. Mai 2022 Fridtjof-Nansen-Akademie Ingelheim

100 TAGE AMPELREGIERUNG IM BUND

Neue Impulse für die Bildungspolitik?

An den Regierungswechsel in Berlin wurden große Erwartungen geknüpft. Die Politik sollte wieder bürgernäher und transparenter werden. Nach hundert Tagen im Amt ist die erste Aufbruchstimmung verpufft. In der rauen Wirklichkeit des Alltags sieht manches anders aus als in den bunten Reden und Plakaten des Wahlkampfes.

Der Streit um die richtigen Rezepte offenbart nicht nur bei Regierung und Opposition Unterschiede, sondern auch die Koalitionäre zeigen kein einheitliches Meinungsbild. Da wird über die einrichtungsbezogene bzw. generelle Impfpflicht gestritten. Statt von der Regierung sollen Gesetzentwürfe aus der Mitte des Parlaments kommen. Zur Bekämpfung der Corona-Pandemie fordern die Einen die Verschärfung der Regeln und die Anderen den sofortigen „Freedom-Day“. Darüber hinaus überschattet der kaum für möglich gehaltene brutale Ukraine-Krieg den Start der Regierung, bindet enorme Kräfte und erfordert finanzielle Mittel in nie dagewesenem Umfang.

„Beste Bildung ein Leben lang“

Und wie sieht es mit den bildungspolitischen Zielen der „Ampel“ aus? Im Koalitionsvertrag, der den ambitionierten Titel „Mehr Fortschritt wagen – Bündnis für Freiheit, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit“ trägt, gibt dazu das Kapitel V Auskunft. Es

ist überschrieben mit „Chancen für Kinder, starke Familien und beste Bildung ein Leben lang“ und beschreibt u.a. folgende Ziele:

- Deutliche Steigerung der Bildungsausgaben gemeinsam mit den Ländern
- Stärkung der frühkindlichen Bildung
- Verbesserung der Startchancen in sozial benachteiligten Schulen
- Ausbau der Ganztagsangebote
- Digitalpakt Schule (Austausch veralteter Technik, Gerätewartung und Administration)
- Förderung der beruflichen (Weiter-)Bildung
- Stärkung der Qualität und Leistungsfähigkeit sowie Weiterentwicklung des Bildungswesens
- Investitionsprogramm für moderne Schulen mit zeitgemäßer Lernumgebung
- Ausbau der Schulsozialarbeit

- Koordinierung der Lehrerbildung und Qualitätsoffensive
- Schaffung von Auslandserfahrungen für Lehramtsstudenten
- Qualifikation von Schulleitungen

Projekte realer Bildung

Die neue Bundesbildungsministerin ist Bettina Stark-Watzinger (FDP). In einem Interview mit dem Handelsblatt hat sie am 29.12.21 darüber berichtet, welche Projekte ihr vordringlich wichtig sind. Da ist zunächst die Einrichtung einer Deutschen Agentur für Transfer und Innovation (DATI), in der Beratung und Kompetenz gebündelt sind. „Wir haben so viele kluge Köpfe, mit denen wir Zukunftstechnologie Made in Germany schaffen können“, so Bettina Stark-Watzinger. Auch ein Forschungsdatennetz soll ausgebaut werden. „Wir wollen in ein Innovationsjahrzehnt aufbrechen“, so die Zielsetzung der Ministerin. Im Bereich Studium und Ausbildung hat man



Bettina Stark-Watzinger **Bundesministerin für Bildung und Forschung**

„Der mündige Bürger, der ein selbstbestimmtes Leben führen möchte, steht im Mittelpunkt liberaler Politik. Sein Vorankommen möchten wir unterstützen. Mit unserem Ziel der weltbesten Bildung wollen wir Chancen für alle schaffen. Investitionen in Bildung, Ausbildung und Qualifizierung wollen wir daher deutlich erhöhen. Jeder der sich anstrengt, verdient Respekt vor seiner Leistung – unabhängig von seiner Herkunft oder seines Schulabschlusses.“ www.stark-watzinger.de

Lebenslauf

1968 geboren in Frankfurt am Main

1989 Abitur an der St. Angela-Schule Königstein

1989 bis 1993 Studium der Volkswirtschaftslehre an der Johannes-Gutenberg-Universität Mainz und der Goethe-Universität, Frankfurt am Main

1994 bis 2001 BHF Bank AG, Frankfurt am Main (inklusive Elternzeit)

1997 bis 2006 Familienpause inklusive Weiterbildung und Auslandsaufenthalt in London

2006 bis 2008 Academic Manager, Finance, Accounting, Controlling und Taxation Department, European Business School, Oestrich-Winkel

2008 bis 2013 Geschäftsführerin House of Finance an der Goethe-Universität

seit 2011 Mitglied des Landesvorstandes der FDP Hessen

2013 bis 2017 Geschäftsführerin Forschungszentrum SAFE – Sustainable Architecture for Finance in Europe

2014 bis 2015 sowie 2019 bis 2021 Stellvertretende Vorsitzende der FDP Hessen

seit 2017 Mitglied der FDP-Fraktion des Deutschen Bundestages

2018 bis 2020 Vorsitzende des Finanzausschusses

seit 2020 Parlamentarische Geschäftsführerin der Bundestagsfraktion der FDP

2015 bis 2019 Generalsekretärin der FDP Hessen

seit 2021 Bundesministerin für Bildung und Forschung

„Aus voller Überzeugung Politikerin, mit ganzem Herzen Mutter“, so stellt sich Bettina Stark-Watzinger (FDP) auf ihrer Homepage vor.

sich große Projekte vorgenommen. Hier nennt Stark-Watzinger die Förderung sozial benachteiligter Schülerinnen und Schüler, die BAföG-Reform und den Start der Exzellenzinitiative für berufliche Bildung. Um auf den Fachkräftemangel zu reagieren, will die Ministerin die Fachkräftezuwanderung durch ein Punktesystem erleichtern und die Duale Ausbildung sowie Weiterbildungen fördern. „Die berufliche Bildung ist ein Erfolgsfaktor für den Wirtschaftsstandort Deutschland. Die Kombination von betrieblicher Praxis und Berufsschule in der Ausbildung und vielfältige Wege der Fortbildung bieten ausgezeichnete Karrierechancen.“ (BMBF am 31.01.22)

Mit der Förderung von mehreren Forschungsvorhaben gegen Fake News will das BMBF den Kampf gegen Desinformation im Internet und in den sozialen Netzwerken verstärken. Die Devise laute „verstehen, erkennen, bekämpfen“, sagte Ministerin Bettina Stark-Watzinger am 07.02.22 gegenüber der FAZ. Verstärkte Forschung gegen Fake News sei nicht zuletzt deswegen nötig, weil Falschinformationen auch im Gewand der Wissenschaft verbreitet würden.

Viele Projekte des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) lassen sich durchaus unter „Reale Bildung“ verorten und finden sich auch in den Forderungen unseres Verbandes (VRB) wieder.

Kooperationsgebot

Zur Verwirklichung der großen aber auch sehr kostspieligen Ziele ist die Zusammenarbeit mit allen bildungspolitisch zuständigen Ebenen erforderlich. Der Föderalismus sieht kein Konkurrenzverhältnis vor zwischen Bund und Ländern, sondern eine Ergänzung der Ebenen und gesunden Wettbewerb. Ministerin Stark-Watzinger möchte das aus der föderalistischen Struktur abgeleitete Kooperationsverbot durch ein Kooperationsgebot ersetzen und schreckt auch vor einer möglichen Grundgesetzänderung nicht zurück. In einem Interview mit dem Redaktionsnetzwerk Deutschland (RND) vom 16.02.22 sagt sie dazu: „Bildung ist eine Aufgabe, die uns alle betrifft. Deshalb müssen Kommunen, Länder und Bund gut zusammenarbeiten. Dabei wäre eine klare Aufgabenteilung sinnvoll, um mehr und bessere Bildung zu erreichen. Deswegen das Gesprächsangebot an die Länder. Die Pandemie hat gezeigt, dass unser Bildungssystem nicht so gut ist, wie es sein müsste

und könnte. Das betrifft vor allem die Digitalisierung. Hier würde es sicher helfen, wenn der Bund mehr Verantwortung übernimmt. Es muss doch nicht jedes Land oder gar jede Schulleiterin und jeder Schulleiter eigene Plattformen und Standardkonzepte entwickeln. Das könnte der Bund für alle leisten.“

Während die Mehrheit der Deutschen (57,8 Prozent) sich ein stärkeres Bundesbildungsministerium wünscht, will fast jeder Dritte (28,3 Prozent) es abschaffen. Die übrigen

knapp 14 Prozent sind unentschieden. Rund 5.000 Bürger und Bürgerinnen wurden dafür befragt. (www.forschung-und-lehre.de, 19.07.21)

So leicht werden die Länder ihre angestammten Kompetenzen nicht an den Bund abgeben, denn der Wettbewerb kann die Qualität steigern und Angleichung erfolgt nicht selten auf dem kleinsten gemeinsamen Nenner. Die ambitionierten Ziele des BMBF brauchen auch eine gesicherte Finanzierung. Hier muss die Ministerin darauf

hoffen, dass ihr Parteifreund und Finanzminister Christian Lindner die notwendigen Mittel locker machen wird.

Wolfgang Häring
wolfgang.haering@vrb-rlp.de



Thomas Sattelberger (*1948)
Staatsekretär im Bundesbildungsministerium

Abitur am Eberhard-Ludwigs-Gymnasium Stuttgart
Zivildienst in Reutlingen
Lehramtsstudium an der Pädagogischen Hochschule Ludwigsburg
Duale Ausbildung bei Daimler-Benz
Diplom-Betriebswirt (Duale Hochschule).
Leiter Education & Management Development der Daimler-Benz Aerospace AG
Deutsche Lufthansa in Frankfurt am Main
Arbeitsdirektor bei Continental in Hannover
Deutsche Telekom in Bonn



Jens Brandenburg (*1986)
Staatsekretär im Bundesbildungsministerium

Abitur in Monschau
Auslandsschuljahr an der High School Little Rock (USA)
Studium der Politikwissenschaft und Volkswirtschaftslehre an der Universität Mannheim
Promotion an der Graduate School of Economics and Social Science der Universität Mannheim
Internationale Unternehmensberatung

KMK-Vorsitzende will mehr Studierende für das Lehramt gewinnen

Schleswig-Holsteins Bildungsministerin Karin Prien (CDU) hat zum Jahresbeginn den Vorsitz der Kultusministerkonferenz (KMK) übernommen.

Pandemie als erste Herausforderung

Bei ihrer Amtsübernahme hat sich die 56-jährige Juristin gegen Schulschließungen zur Bekämpfung der Omikron-Variante ausgesprochen. Es gebe keinen Hinweis, dass diese für Schulkinder gefährlicher sei, als es die Delta-Variante war. „Insofern, glaube ich, müssen wir jetzt verantwortlich, unter strengen Hygienemaßnahmen, aber trotzdem im Regelbetrieb die Schulen wieder öffnen.“ Schulschließungen seien erst eine Lösung, „wenn wirklich gar nichts anderes mehr geht“. Zur Untermuerung ihrer These twitterte sie Anfang Februar: „Bitte differenzieren: Kinder sterben. Das ist extrem tragisch. Aber sie sterben mit COVID-19 und nur extrem selten wegen COVID-19.“ Der Shitstorm folgte prompt: Vorgeworfen wurde ihr fehlende Empathie. Rücktrittsforderungen machten rasch die Runde ...

Noch viel Potenzial bei digitalem Lernen

Frischen Wind aus dem hohen Norden für die KMK verspricht die schleswig-holsteinische Bildungsministerin und möchte die Zusammenarbeit der Länder weiter vorantreiben. Gemeinsam mit ihren Länderkolleginnen und -kollegen möchte Prien, die ihr Abitur übrigens in Neuwied ablegte, unter anderem darüber beraten, wie zum Beispiel Präsenz-

und digitale Unterrichtsteile gut miteinander verbunden werden können. „Wir befinden uns in einer Transformation des Bildungssystems, die von jeder Schule einen Schulentwicklungsprozess erfordert. Und es geht darum, die Bereiche Schule, Kultur und Wissenschaft enger zusammenzuführen.“

Lehrkräftenachwuchs sichern

„Wir müssen große Anstrengungen unternehmen, um in den nächsten Jahren mehr Lehrkräfte auszubilden, für nahezu alle Schularten“, sagte Prien. Nur das Gymnasium habe eine gewisse Sonderstellung. „Das machen immer ganz viele.“ Es fehle aber an Lehrernachwuchs für Grundschulen, Gemeinschaftsschulen, die Sonderpädagogik und die beruflichen Schulen. Insbesondere für die Naturwissenschaften fehlten Lehrer. „Das ist die zentrale Herausforderung.“ Es seien neue Zugänge zum Lehrerberuf und neue Wege in der Lehrerausbildung erforderlich. „Wenn z.B. Seiteneinsteiger gut ausgebildet werden, dann sind sie tendenziell eine Bereicherung für ein Kollegium.“ An den Qualitätsansprüchen an den Lehrerberuf dürfe jedoch nicht gerüttelt werden.

Wolfgang Häring

Quellen: faz.net 04.01.22; rnd.de, 29.12.21; NDR 02.01.22; kmk.org 02.01.22; welt.de 20.02.22



Foto: KMK (Frank Peter)

„Wir müssen große Anstrengungen unternehmen, um in den nächsten Jahren mehr Lehrkräfte auszubilden, für nahezu alle Schularten“

Vorausberechnung der Zahl der Schülerinnen und Schüler von 2020 bis 2035

Die Modellrechnung zur Entwicklung der Zahl der Schülerinnen, Schüler und Absolvierenden bis 2035 stellt eine „Status-Quo-Prognose“ dar. Dies bedeutet, dass das aktuelle Wahl- und Übergangsverhalten der Schülerinnen und Schüler festgeschrieben wird und somit die im Basisjahr erkennbaren Trendänderungen in die Prognose eingegangen sind.

Ab dem ersten Prognosejahr wurden keine weiteren, den Trend ändernde Annahmen mehr eingeführt. Die Dynamik entfaltet sich durch den „Nachhall“ der Trendänderungen im Ist-Zeitraum auf den Prognosezeitraum und durch die demografischen Veränderungen.

Eine Million Schülerinnen und Schüler mehr bis 2035

Die Zahl aller Schülerinnen und Schüler wird von knapp 10,8 Mio. im Jahr 2020 bis 2035 um 1.001.600 (9,3 %) auf rund 11,8 Mio. steigen.

Unterschiede zwischen Ost und West sowie Stadt und Land

In den westdeutschen Flächenländern steigt die Schülerzahl von etwa 8,5 Mio. im Jahr 2020 um 914.500 (10,8 %) kontinuierlich auf gut 9,4 Mio. im Jahr 2035 an.

In den ostdeutschen Flächenländern betrug die Schülerzahl im Jahr 2020 1,46 Mio. Bis zum Jahr 2026 wird sie auf 1,54 Mio. stetig ansteigen, um dann bis zum Jahr 2035 wieder auf 1,43 Mio. zurückzugehen.

Die prognostizierte Zahl der Schülerinnen und Schüler in den Stadtstaaten steigt im Jahr 2035 gegenüber 2020 (805.000) erheblich an (15,3 %) und ist durch ein kontinuierliches Wachstum gekennzeichnet. Im Jahr 2035 erreicht sie 927.500.

Hr/Quelle: KMK-Veröffentlichung vom 11.11.2021



Tarifeinigung für die TV-L-Beschäftigten der Länder erreicht – Ergebnis wird in RLP auf den Beamtenbereich übertragen – Gesetzentwurf ist auf dem Weg



Foto: Wilfried Rausch

Auch VRB-Mitglieder beteiligten sich an Solidaritätsaktionen während der Tarifverhandlungen. Das Foto zeigt Katharina Becker (li.) und Monika Antoni beim „Prozentlauf“ in Mainz.

Betroffen sind 3,5 Millionen Beschäftigte bundesweit. So wundert es nicht, dass während der Verhandlungsrunden mit der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) zahlreiche landesweite und auch bundesweite Demonstrationen und Protestaktionen stattfanden. In unserer letzten Ausgabe (5 und 6/2021) berichteten wir über die Teilnahme des VRB an der großen dbb-Demonstration in Wiesbaden und an der Protestaktion der Prozentläuferinnen und Prozentläufer in Mainz.

Eine Paketlösung für die Beschäftigten des Landes

Ende November einigten sich die Tarifvertragsparteien auf eine Paketlösung für den Tarifvertrag der Länder TV-L. Sie sieht eine Erhöhung der Tabellenentgelte des TV-L zum 01. Dezember 2022 um 2,8 Prozent und eine einmalige Corona-Sonderzahlung von 1.300 Euro für Beschäftigte im öffentlichen Dienst, die mit dem Entgelt für März ausgezahlt werden soll, vor.

Der vorliegende Gesetzesentwurf sieht eine Übertragung dieser Tarifiergebnisse auf den Beamtenbereich vor. Die Bezüge sollen um 2,8 Prozent zum 1. Dezember steigen. Aktive Empfängerinnen und Empfänger von Dienstbezügen sollen als Honorie-

rung pandemiebedingter Mehrbelastungen eine steuerfreie Corona-Sonderzahlung erhalten.

Offene Fragen zur Corona-Sonderzahlung, deren Beantwortung VRB und dbb eingefordert hatten, hat das Landesamt für Finanzen auf seiner Homepage noch kurz vor Redaktionsschluss beantwortet. Informiert wird über folgenden Link, an wen und in welcher Höhe Corona-Sonderzahlungen ausgezahlt werden:

<https://www.lff-rlp.de/fachliche-themen/corona-sonderzahlung>

Nicole Weiß-Urbach
nicole.weiss-urbach@vrb-rlp.de



Verband der Lehrerinnen und Lehrer an Wirtschaftsschulen (VLW)

Dirk Mettler zum neuen Landesvorsitzenden gewählt

Die VLW-Landesversammlung hat einen neuen Landesvorstand. Zum Vorsitzenden wurde Dirk Mettler, BBS Ludwig-Erhard-Schule Neuwied, gewählt. Sein Vorgänger Karl-Heinz Fuß stand nach 18jähriger Amtszeit nicht mehr für den Vorsitz zur Verfügung. Er übernimmt künftig die Funktion des Referenten für Öffentlichkeitsarbeit. Als Stellvertreter des Vorsitzenden wurden Emöke Anderlik, BBS Wirtschaft Worms, und Andreas Seehaus, BBS Landau, gewählt. In einer Resolution forderte der VLW eine deutliche Aufstockung der personellen Ressourcen für die Transformation ins digitale Zeitalter.



Philologenverband (PhV)

Cornelia Schwartz erneut zur Vorsitzenden gewählt

Die Vertreterversammlung des PhV hat die Landesvorsitzende Cornelia Schwartz in ihrem Amt bestätigt. Alle Stimmberechtigten votierten für die bisherige und neue Vorsitzende.

Ebenfalls gewählt bzw. wiedergewählt wurden von den Delegierten: Sigrid Janotta-Fischer (Cochem) und Robert Tophofen (Kaiserslautern) als stellvertretende Vorsitzende, Wolfgang Arneht (Lahnstein) und Dr. Thomas Knoblauch (Mainz) als Rechtsreferenten, Jochen Ring (Linz) als Referent für Öffentlich-

keitsarbeit, Ralf Hoffmann (Bendorf) als Bildungsreferent, Kristina Friebe-Kau (Bad Sobernheim) als Referentin für Frauenfragen und Gleichstellung und Markus Perabo (Mainz) als Schatzmeister.

Cornelia Schwartz forderte im öffentlichen Teil der Veranstaltung u. a. mehr Ressourcen für kleinere Lerngruppen, Ressourcen für eine verstärkte begabungsgerechte Förderung, Ressourcen für ein größeres Zeitpensum zur Vor- und Nachbereitung des Unterrichts.



Landesweite Hilfe für die Realschulen plus im Ahrtal



Es war der 14. Juli, zwei Tage vor Ende eines wegen Corona schon außergewöhnlichen Schuljahres. Ein Tag, der die Welt im Norden des Landes komplett veränderte und unermessliches menschliches Leid verursachte. Unter der Vielzahl der durch Sachschäden betroffenen Schulen befanden sich vier Realschulen plus.

Der VRB hatte zeitnahe alle Realschulen plus in RLP gebeten, diese vier Schulen zu unterstützen, die Realschule plus Altenahr (Ahrtschule), die Realschule plus Bad Neuenahr-Ahrweiler (Erich Kästner), die Realschule plus Ahrweiler (Philipp Freiherr von Boeselager) und die Realschule plus Sinzig (Barbarossaschule).

Landesweit haben sich daraufhin eine Vielzahl von Schulen in einer Spendenaktion in Bewegung gesetzt – durch Wandern, Fahrradfahren oder Schwimmen. Die erwirtschafteten Spendengelder mit oft fünfstelligen Beträgen flossen diesen vier Schulen aus dem Krisengebiet zu gleichen Anteilen zu. Einige Schulen haben uns ausdrücklich darum gebeten, auf detaillierte Angaben zur Herkunft und zur Höhe der geleisteten Spenden zu verzichten.

Dafür haben wir großes Verständnis und deshalb respektieren wir diesen Wunsch.

Auch Monate nach der Flutkatastrophe sind die betroffenen Schulen von einem geregelten Schulalltag noch weit entfernt. Der Wiederaufbau ist in vollem Gang. Bei aller Verzweiflung und dem großen menschlichen Leid ist die Hoffnung entstanden, dass im Ahrtal baldmöglichst wieder Normalität einzieht. Wir danken allen, die mit der Unterstützung der Spendenaktion zugleich ihr tiefes Mitgefühl und ihre Solidarität zum Ausdruck brachten.

Die Lehrkräfte sowie die Schülerinnen und Schüler der Ahrregion werden auch weiterhin auf unsere Unterstützung und auf unsere Aufmerksamkeit angewiesen sein.

Bernd Karst

Verband Reale Bildung fordert Ausbau der Schulpsychologie und Schulsozialarbeit

Der Verband Reale Bildung (VRB) fordert einen Ausbau der schulpsychologischen Unterstützung und Versorgung der Schulen in Rheinland-Pfalz. Gehäufte und einschneidende Ereignisse wie Pandemien, Naturkatastrophen und Kriegssituationen bedeuten für Kinder und Jugendliche eine enorme seelische Belastung.

Sie entwickeln vor dem Hintergrund der jüngsten Kriegshandlungen Ängste, sie benötigen Orientierung und Hilfe. „Schulpsychologinnen und Schulpsychologen verfügen über die umfangreiche Expertise in Bereichen wie psychologischer Beratung, Konfliktbearbeitung und Krisenintervention“, erklärt Landesvorsitzender Timo Lichtenthäler. Der Verbandschef fordert, die seelischen Belastungen und Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen stärker in den Blick zu nehmen. „Wir brauchen einen Ausbau der Versorgung mit Schulpsychologinnen und Schulpsychologen sowie eine bessere Ausstattung schulpsychologischer Dienste, eine Weiterentwicklung der außerschulischen Beratungsangebote und der Ju-

gendhilfe“, so Lichtenthäler. Der Ukraine-Konflikt und die Flucht von tausenden Menschen in die Bundesrepublik stellten auch die Schulen vor neue und zusätzliche Herausforderungen. „In die Kinder, die Schreckliches erlebt haben und tief in ihrem Inneren von den Erfahrungen der letzten Wochen und Monaten traumatisiert sind, hineinzuschauen, fällt sehr schwer. Lehrkräfte allein können die Aufgaben ohne professionelle Begleitung und Unterstützung nicht bewältigen“, so Lichtenthäler, der in diesem Zusammenhang wiederholt und nachdrücklich auch auf den erheblichen Bedarf an Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeitern hinweist.

Pressemitteilung vom 11. März 2022

Modernes Arbeiten im öffentlichen Dienst



Herbstsitzung des dbb-Landesvorstandes

Nach rund einem Jahr konnte sich der Landesvorstand des dbb unter der Leitung von Lilli Lenz wieder in einer Präsenzveranstaltung in Bad Kreuznach treffen. Für den VRB nahm Landesvorsitzender Lichtenthäler (7.v.re.) teil. Schwerpunkt der Beratungen waren u.a. die Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst des Landes. Auch die Auswirkungen der Corona-Pandemie und der Flutkatastrophe waren Thema.

Höhere Wegstreckenentschädigung

Der Landesvorstand verabschiedete zudem wichtige Entscheidungen. Auch hier stehen die Tarifverhandlungen im Fokus. Der dbb rlp forderte von der Landesregierung und dem Besoldungsgesetzgeber die zeitgleiche und systemgerechte Übertragung des TdL-Verhandlungsergebnisses auf die Beamten sowie die Versorgungsempfänger des Landes. Vor dem Hintergrund stark gestiegener Kfz-Kosten forderte der dbb eine Anhebung der Wegstreckenentschädigung. Konkret schlägt unser Dachverband vor, dass der aktuell gültige Kilometersatz an einen Preisindex gekoppelt sein müsse, mindestens aber eine Erhöhung von 35 auf 50 Cent.

Dauerhaft flexible und familienfreundliche Arbeitszeitmodelle

Abgerundet wurde die Sitzung durch die Entschließung eines Positionspapiers mit dem Thema „Modernes Arbeiten im öffentlichen Dienst: stark und attraktiv in die Zukunft“:

Arbeit im öffentlichen Dienst müsse neu gedacht werden. Den Dienstherrn und das Personal eint dabei das Ziel, möglichst effektiv und produktiv zum Wohle der Gesellschaft zu wirken. Dies erfordere dauerhaft flexible und familienfreundliche Arbeitszeitmodelle, ein modernes Arbeitsumfeld sowie Mitwirkung bei Entscheidungsprozessen.

Timo Lichtenthäler
timo.lichtenthaeler@vrb-rlp.de
Foto: Malte Hestermann



Jahrestagung mit Fortbildung zum Thema Gesundheitsmanagement

Die Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten der dbb Fachgewerkschaften trafen sich Anfang November zu ihrer zweitägigen Jahrestagung in Kaub am Rhein. Der Fokus dieser Sitzung lag auf dem gewerkschaftlichen Austausch mittels Berichten aus den einzelnen Fachgewerkschaften. Die meisten Berichte kreisten um die Frage nach der digitalen Entwicklung am Arbeitsplatz, um die Umsetzung von Telearbeit, Homeoffice-Möglichkeiten und der Verschärfung des Ausbildungsmarktes durch die Corona-Pandemie. Die dbb frauenvertretung legte auch die Schwerpunkte für ihre Arbeit im kommenden Jahr fest. Die Winter- und Frühjahrs-Seminarangebote sind als Online-Seminare rund um die Themen Beihilfe, Pflege und Beamtenversorgung geplant.

Ein Vortrag mit praktischen Übungen zum individuellen Gesundheitsmanagement der Sportpädagogin und Heilpraktikerin Patricia Braun bildete das Rahmenprogramm der Tagung. Frau Braun gab mit einem ganzheitlichen Blick auf die Gesundheit den Teilnehmerinnen Tipps rund um das Thema Ernährung. Ihr Konzept umfasste alltagstaugliche Hinweise zur Entspannung basierend auf einer bewussten und aktiven Lebensweise.

Nicole Weiß-Urbach
nicole.weiss-urbach@vrb-rlp.de
Foto: Claudia Rüdell



Für den VRB nahm Nicole Weiß-Urbach (links) an der Jahrestagung der dbb frauenvertretung rheinland-pfalz teil.

Inklusion: Die Überlast der Schwerpunktschulen

Forscher üben Kritik am
rheinland-pfälzischen Konzept

Die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention im Schulsystem wird seit der Unterzeichnung durch Deutschland im Jahr 2008 heftig und kontrovers diskutiert. Die eine Seite hält eine gezielte individuelle Förderung von Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf an speziellen Förderschulen für die geeignete Vorbereitung auf ein erfülltes (Berufs-) Leben. Die andere Seite sieht bereits die Existenz der Förderschulen als diskriminierend und menschenrechtswidrig an und fordert grundsätzlich gemeinsamen Unterricht.

Studie: Schwerpunktschulen hemmen soziale Integration

Rheinland-Pfalz setzt bei der Inklusion als einziges Bundesland fast ausschließlich auf Schwerpunktschulen. Diese erhalten zusätzliche Lehrkräfte (Förderschullehrkräfte und pädagogische Fachkräfte), die gemeinsam mit den Regelschullehrkräften inklu-

siven Unterricht organisieren. Die Schülerinnen und Schüler arbeiten am gleichen Thema; der Unterrichtsstoff wird dabei auf die Fähigkeiten und den individuellen Förderbedarf der Schülerinnen und Schüler mit Behinderungen abgestimmt.¹

Die Mehrheit der übrigen Bundesländer hat sich dagegen für eine flächendeckende

Inklusion entschieden. In einigen Ländern wie zum Beispiel Berlin, Hamburg oder Brandenburg gibt es Mischsysteme. Das rheinland-pfälzische Modell wird jedoch von Forschern am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) und am Leibniz-Institut für Bildungsverläufe (LfBi) in Bamberg heftig kritisiert. Der Unterricht in Schwerpunktschulen gehe zulasten des sozialen Miteinanders, wie Analysen in den Studien von Marcel Helbig und Sebastian Steinmetz zeigten.²

Als Schwerpunktschulen seien weitgehend Schulen mit einer sozial schwächeren Schülerklientel ausgewählt worden, also Schulen, die bereits vor ihrer Umwand-

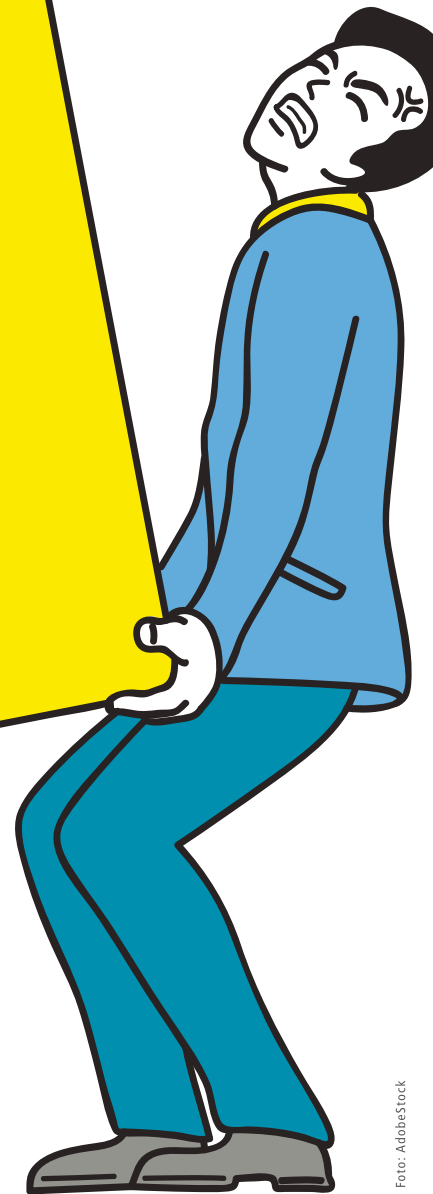


Foto: AdobeStock

lung einen hohen Anteil von Kindern aus einkommensschwachen Familien hatten. So lag der Anteil von Kindern mit Lernmittelbefreiung an Schwerpunktschulen sechs Prozentpunkte höher als an Nicht-Schwerpunktschulen. Seit 2012 hat sich die „Armutquote“ an den Schwerpunktschulen zum Teil überdurchschnittlich erhöht.³ Dies gilt vor allem für die städtischen Räume, wo es weitere Grundschulen in erreichbarer Nähe gibt. Dort hat sich der Unterschied beim Anteil armer Kinder zwischen Schwerpunktschulen und Nicht-Schwerpunktschulen auf zwölf Prozentpunkte verdoppelt. „Wir vermuten, dass vor allem Eltern aus der Mittelschicht die Schwerpunktschulen meiden und ihre Kinder auf andere Grundschulen in Wohnortnähe schicken“, sagt Marcel Helbig.

Schwerpunktschulen tragen Überlast

Schwerpunktschulen in Rheinland-Pfalz müssten daher doppelte Integrationsarbeit leisten, eine pädagogische und eine soziale. „Das geht zulasten der Chancengerechtigkeit, verstärkt soziale Segregation und zeigt, dass halbherzige Inklusion nicht intendierte soziale Folgen haben kann“, so Mitautor Helbig.

Schwerpunktschulen verhinderten einen systematischen Wandel hin zu einem inklusiven Schulsystem, da nur bestimmte Standorte diesen pädagogischen Auftrag übernehmen. Rheinland-Pfalz ist neben Bayern und Baden-Württemberg Schlusslicht bei der Umsetzung schulischer Inklusion, wie eine im September 2021 veröffentlichte Erhebung⁴ gezeigt hat.

Schwachpunkt der Studie ist allerdings, dass sie sich vor allem auf Grundschulen konzentriert, im Text aber allgemein von „Schwerpunktschulen“ gesprochen wird. Die Bildungsforscher dazu: „Im Sekundarbereich erscheint unsere Analyse nicht zielführend, weil sich die Schwerpunktschulen auf bestimmte Schulformen beschränken. So sind im Schuljahr 2019/20 rund achtzig Prozent aller Gesamtschulen Schwerpunktschule, erwartungsgemäß aber kein einziges Gymnasium.“⁵


An vielen Schwerpunktschulen ist eine bedarfsgerechte Personalisierung nicht möglich, weil es zu wenig Förderschullehrkräfte gibt. Es fehlt auch an Investitionen in spezielle Differenzierungsräume und Barrierefreiheit. Die vorliegende Analyse untermauert die grundsätzliche Berechtigung des Anspruchs der Schwerpunktschulen nach stärkerer Unterstützung durch die rheinland-pfälzische Landesregierung. Auch unser Verband Reale Bildung (VRB) fordert hier seit Jahren konsequent Nachbesserungen.⁶

Das Wohl der Kinder und Jugendlichen muss Richtschnur bleiben

Für ein flächendeckendes Lernen von behinderten und nichtbehinderten Kindern an Regelschulen fehlen nach Einschätzung zahlreicher Experten⁷ noch viele Voraussetzungen. Die Messlatte für Inklusion muss die hohe Qualität der Förderschulen sein.

Damit Inklusion gelingen könnte, sind mehr Personal, systematische Fortbildung, kleinere Klassen und finanzielle Unterstützung nötig. Die Klassengröße von 20 bis 24 Kindern sollte für ein inklusives Lernen – bei gleichzeitiger Pädagogen-Doppelbesetzung – nicht überschritten werden. Es gibt auch einzelne Schüler mit speziellem sonderpädagogischem Förderbedarf, die an Regelschulen nicht richtig aufgehoben sind.

Der VRB hat schon frühzeitig daran erinnert, „dass bei der Frage nach dem richtigen Weg der Förderung stets das Wohl aller Schülerinnen und Schüler und nicht Wunschdenken im Vordergrund stehen kann. Daher darf die Politik bei der Umsetzung der Inklusion nicht den zweiten vor dem ersten Schritt machen. Inklusion muss finanzierbar sein, wenn sie gelingen soll.“⁸

Wolfgang Häring
wolfgang.haering@vrb-rlp.de 

¹Bildungsserver Rheinland-Pfalz, Inklusion in der Schule

²Pressemitteilung des Wirtschaftszentrums Berlin für Sozialforschung vom 29.11.21

³RHEINPFALZ AM SONNTAG, 05.12.21

⁴WBZ-Brief Bildung Nr. 44, September 2021

⁵M. Helbig und H. Steinmetz: „Gemeinsamer Unterricht auf Kosten der sozialen Integration?“, in: Zeitschrift für Erziehungswissenschaft, Heft 24, 2021

⁶Vgl. VRB-Pressmitteilung vom 19.02.15

⁷Aus einer Anhörung im NRW-Landtag am 08.06.13

⁸VRB-Pressmitteilung vom 19.05.14

Mehr Grundschulkindern, weniger Gymnasialschülerinnen und -schüler

Nach vorläufigen Berechnungen des Statistischen Landesamtes besuchten zu Beginn des aktuellen Schuljahres 2021/22 rund 412.500 Kinder und Jugendliche eine der knapp 1.500 allgemeinbildenden Schulen in Rheinland-Pfalz. Damit stieg ihre Zahl gegenüber dem Vorjahr um etwa 3.100 Schülerinnen und Schüler bzw. um 0,8 Prozent.

Der Zuwachs ist im Wesentlichen auf den Anstieg der Einschulungszahlen und die damit einhergehend wachsende Zahl an Grundschulkindern zurückzuführen. Gegenüber dem Schuljahr 2020/21 nahm die Schülerzahl an Grundschulen um 2.700 zu; das war ein Anstieg von knapp zwei Prozent. Demgegenüber verzeichneten die Gymnasien einen geringen Rückgang von 0,5 Prozent.

Zehnjahresvergleich: Weniger Schülerinnen und Schüler an Realschulen plus und Gymnasien

Langfristig sank die Gesamtschülerzahl an den allgemeinbildenden Schulen in Rheinland-Pfalz. Zwischen 2011/12 und 2021/22 reduzierte sie sich um 29.400 Schülerinnen

und Schüler. Dieser Rückgang ist im Wesentlichen an den Realschulen plus (einschließlich Haupt- und Realschulen; minus 27.200) und Gymnasien (minus 17.000) zu beobachten. An Integrierten Gesamtschulen stieg die Schülerzahl um knapp 10.000 Kinder und Jugendliche. Während die Verringerung an Gymnasien und Realschulen plus unter anderem auf demografische Effekte zurückzuführen ist, begründet sich der Zuwachs an Integrierten Gesamtschulen im Ausbau der gymnasialen Oberstufe und dem damit einhergehenden Attraktivitätsgewinn.

Hr/Quelle: PM des StaLA vom 17.02.22

VRB-Sonderpreis an „Halmer Express“ überreicht



Preisübergabe an die Redaktion des Halmer Express. Das Foto zeigt eine Delegation des Redaktionsteams, die betreuende Lehrerin Sara Lang (vorne links), Schulleiter Gerhard Schmidt (hinten rechts) und Saskia Tittgen (vorne rechts), die für den Verband Reale Bildung den Preis und eine Urkunde übergab.

Der Schülerzeitungswettbewerb wird jährlich vom Bildungsministerium in Kooperation mit Allgemeiner Zeitung, Rheinpfalz, Rhein-Zeitung und Trierischem Volksfreund ausgerichtet. Der Verband Reale Bildung beteiligt sich traditionell mit einem Sonderpreis von 100 Euro. Der erste Platz in der Kategorie Realschulen plus/IGS ohne Oberstufe und so auch der damit verbundene Sonderpreis ging an die Realschule plus – Auf Halmen in Kirn.

Fest im Schulleben etabliert

Seit vier Jahren gibt es nun den „Halmer Express“ – die Schülerzeitung der Realschule plus – Auf Halmen in Kirn. Der Halmer Express wird von einer Arbeitsgemeinschaft unter der Leitung von Realschullehrerin Sara Lang herausgegeben. Die Arbeitsgemeinschaft, ihr gehören in der Regel Schülerinnen und Schüler ab Klassenstufe 7 an, hat die Schülerzeitung mit zwei Ausgaben pro Schuljahr schon fest im Schulleben etabliert. Auch während der Pandemie ließ es sich die Arbeitsgemeinschaft nicht nehmen, sich zu Redaktionssitzungen zu treffen, auch wenn diese digital stattfinden mussten.

Festhalten an der Printfassung

Die Schülerzeitung erscheint nicht digital, sondern als Printmedium. „So haben die Schülerinnen und Schüler, aber auch die Kolleginnen und Kollegen etwas Haptisches in der Hand. Alle freuen sich immer auf den Tag der Herausgabe und man sieht in den Pausen viele Kinder und Jugendliche mit der Zeitung in der Hand. Diese Gefühle könnte man mit einer Onlineausgabe nicht erleben“, erläuterte Sara Lang. Die rege Nachfrage machte eine Erhöhung der Auflage von 170 auf 200 Exemplare erforderlich. Das bestärkte

das Schülerzeitungsteam in seinem Entschluss, an einer Printausgabe festzuhalten.

Themenvielfalt

Die Zeitschrift im DIN-A5-Format hält mit ihren Beiträgen eine Balance zwischen ernsten Themen und Unterhaltung. Man kann über schulische Inhalte von der Abschlussfeier über Praktika bis hin zu einem Malwettbewerb der Schülervertretung lesen, aber auch Beiträge zu gesellschaftlich relevanten Themen wie „Black lives matter“, „e-Sport“ und „Rettung des Regenwaldes“ finden. In einer nachfolgenden Ausgabe ist darüber hinaus ein Beitrag eines 12-jährigen Schülers unter dem Titel „Ich (er)lebe Demokratie“ erschienen.

Anzeigen sind wichtig

Ein wesentlicher Bestandteil der Schülerzeitung sind die Anzeigen der ortsnahen Firmen, die unter anderem mit Fotos von ihren Auszubildenden, häufig ehemalige Schülerinnen und Schüler, für eine Ausbildung werben. Mit dem Geld dieser Sponsoren werden die Druckkosten getragen, und mit den Bildern gleichzeitig ein Beitrag zur Berufsorientierung geleistet. Und auch sonst möchte das Redaktionsteam Gutes tun, daher wird der Erlös an wohltätige Zwecke gespendet, für die sich das Team jedes Mal neu entscheidet.

Stolz hob Schulleiter Gerhard Schmidt hervor, dass der „Halmer Express“ schon mehrfach ausgezeichnet worden sei und dass die Arbeitsgemeinschaft von der Mitarbeit vieler Jugendlicher lebe.

Saskia Tittgen
saskia.tittgen@vrb-rlp.de



► SCHULE IM CORONA-WINTER 2021/22

Einschränkungen und Lockerungen

Über Prioritäten zwischen Welle und Wand

Im Frühjahr 2021 haben wir unsere Serie „Corona-Splitter“ mit der vierten Folge beendet. Die Infektionszahlen gingen zurück und der bevorstehende Start der Impfung auch für Jugendliche ab 12 Jahren machte Hoffnung auf ein baldiges Abflauen der Pandemie. Das Leben entspannte sich im Sommer etwas. Ein Jahr später haben die Infektionszahlen ein damals unvorstellbares Ausmaß angenommen.

Welcher Weg führt aus der Pandemie?

Ab dem 2. November 2020 mussten deutschlandweit Restaurants, Kneipen und Bars schließen. Nur die Mitnahme oder Lieferung von Essen war erlaubt. Geschlossen hatten außerdem Fitnessstudios, Schwimmbäder und Saunen. Auch waren keine Besuche im Theater, im Kino oder in Freizeitparks möglich. Massage- und Kosmetikstudios waren ebenfalls geschlossen. Nur Supermärkte und die Geschäfte des täglichen Bedarfs hatten – teilweise unter Auflagen – geöffnet. Auch Kindertagesstätten

und Schulen waren geöffnet, Schulen teilweise im Wechselunterricht. Die 7-Tage Inzidenz in Rheinland-Pfalz betrug 98,8!

Bei fast gleichen Infektionszahlen (95,3) wurden am 8. November 2021 die Kontaktbeschränkungen im öffentlichen Raum aufgehoben. Da 67 Prozent der Menschen in Rheinland-Pfalz vollständig geimpft seien, sei das nicht mehr notwendig, erläuterte die Landesregierung damals. Außerdem entfielen seit diesem Zeitpunkt die Regelungen für Veranstaltungen im Freien ohne feste Plätze und ohne Ticketverkauf oder Zugangskontrolle, zum

Beispiel bei Weihnachtsmärkten und Martinsumzügen. Abstandsregeln, Maskenpflicht und 2G- oder 3G-Regeln galten in diesen Fällen nicht mehr.

Doch nach den Herbstferien stiegen die Corona-Fallzahlen bei Kindern und Jugendlichen deutlich an. Der Deutsche Lehrerverband warnte vor einem Kontrollverlust über das Pandemiegeschehen an den Schulen. „Es gibt erschreckende Inzidenzen in der Gruppe der Kinder und Jugendlichen. Die Vielzahl der Corona-Ausbrüche an den Schulen muss uns große Sorgen bereiten“, so Verbandspräsident Heinz-Peter Meidinger. In den rheinland-pfälzischen Schulen wurde ab 29. November 2021 nur noch einmal pro Woche regulär getestet. Das stieß auf Protest in der Schülerschaft und bei den Lehrkräften. „Infektionszahlen auf Rekordhöhe und trotzdem weniger Testungen? Hier stimmt was nicht!“, erklärte VRB-Landesvorsitzender Timo Lichtenthäler in einer Pressemitteilung vom 5. November 2021.

Schulschließungen und Wechselunterricht offenbar tabu

Die Ministerpräsidentenkonferenz hat am 19. November 2021 beschlossen, dass weitere Belastungen für Kinder und Jugendliche zu vermeiden und sie gleichzeitig bestmöglich zu schützen seien. Konkrete Schutzmaßnahmen wurden jedoch nicht genannt. Das Robert-Koch-Institut meldete unterdessen bundesweite Inzidenzen von 780 für 10- bis 14-Jährige.

Obwohl das Bundesverfassungsgericht Wechselunterricht und Schulschließungen über die sogenannte Corona-Notbremse „in der äußersten Gefah-



renlage der Pandemie" sehr wohl mit dem Grundgesetz für vereinbar erklärt hat, wollten die Bildungspolitiker die Schulen in jedem Fall offen halten. Die Bildungsministerin von Mecklenburg-Vorpommern behauptete sogar, in der Pandemie sei kein Ort „so sicher wie die Schulen“ (WELT.de, 12.12.21).

Die Kultusministerkonferenz (KMK) beschloss am 5. Januar 2022: „Das Präsenzlernen hat auch unter dem Eindruck der Omikron-Variante höchste Priorität, damit Bildungschancen weitestgehend sichergestellt und psychosoziale Folgeschäden bei Kindern und Jugendlichen verhindert bzw. erkannt werden können.“ Derweil stieg die Zahl der Corona-Fälle bei den Jugendlichen weiter dramatisch an. In Thüringen lagen die Sieben-Tage-Inzidenzen bei den 6- bis 17-Jährigen Anfang Dezember deutlich über 1.500 und stiegen auf die 2.000 zu. Anfang Februar meldete der Landkreis Starnberg unter den 5- bis 14-Jährigen eine Inzidenz von 5.613.

Inzwischen wird über den Aussagewert der Zahl der Neuinfektionen diskutiert. Sie hängt stark von der Häufigkeit der Testungen ab und durch geringere Symptome bei der Omikron-Variante werden zahlreiche Ansteckungen nicht erkannt. So ist mit einer hohen Dunkelziffer zu rechnen.

Impfquote zu niedrig

Noch immer lassen sich zahlreiche Menschen nicht impfen. Obwohl es ausreichend „niederschwellige“ Impfangebote gibt, obwohl auch Kinder ab 5 Jahren geimpft werden können und obwohl ein neuer „Totimpfstoff“ Novavax zur Verfügung steht, kommt die Immunisierung der Bevölkerung nicht voran.

Eine Kontroverse über die Einführung einer Impfpflicht wird in den Medien, in den sozialen Netzwerken und auf den Straßen ausgetragen. Für Ärztepräsident Frank Ulrich Montgomery ist die Impfpflicht eine mögliche Lösung der aktuellen Lage. Das sagte er in der Talkshow Anne Will am 7. November 2021 und Markus Söder, bayerischer Ministerpräsident, ergänzte: „Wir könnten mit allem durch sein, wir könnten so viele Freiheiten haben,



Die Erkrankung mit der Omikron-Variante verläuft in der Mehrheit der Fälle bei Kindern und Jugendlichen bisher milder – Präsenzunterricht hat höchste Priorität.

hätten wir alle oder möglichst viele geimpft.“

Die neue Bundesregierung hat zwar die Debatte über eine Impfpflicht angestoßen, aber die Ampelkoalition hat selbst keinen Vorschlag für eine Regelung vorgelegt. Die Gesetzentwürfe werden von verschiedenen Abgeordnetengruppen erwartet, wobei die praktische Durchsetzung einer allgemeinen Impfpflicht viele Probleme aufwirft. Eine einrichtungsbezogene Corona-Impfpflicht für Gesundheitspersonal in Pflegeheimen, Arztpraxen und Krankenhäusern trat am 16. März 2022 in Deutschland in Kraft. Wer keine Impfung nachweisen kann, soll in den entsprechenden Einrichtungen nicht mehr arbeiten dürfen. Weil das zu Personalengpässen führen könnte und die Kontrolle ungeklärt ist, wollen Bayern und weitere Bundesländer den gemeinsamen Beschluss zunächst nicht umsetzen.

Derweil hat sich die Landesschülervertretung am 11. Februar 2022 für eine Impfpflicht für alle Schülerinnen und Schüler ab 12 Jahren ausgesprochen.

Kontaktverfolgung eingestellt

Die steigenden Fallzahlen (insbesondere unter Schülerinnen und Schülern) werden inzwischen nicht mehr als Welle, sondern als Wand bezeichnet. „Das Mantra von den Schulen als sicheren Orten, die nicht zur Ver-

breitung der Pandemie beitragen, hat endgültig ausgedient. Von den Testverfahren, den Zutrittsregeln bis zu den Impfungen wurden alle Maßnahmen inkonsequent und ohne Nachdruck umgesetzt. Wir könnten schon längst der Normalität näher sein, wenn man sich nicht in wahltaktischen und politischen Spielchen verheddert hätte“, stellte der VDR-Bundesvorsitzende Jürgen Böhm in einer Pressemitteilung am 25. Januar 2022 fest.

Die rasche Ausbreitung der Infektionen hat dazu geführt, dass die Gesundheitsämter die Nachverfolgung der Kontakte nicht mehr bewältigen können. So fiel diese Aufgabe kurzfristig den Schulsekretariaten zu. Inzwischen sollen positiv Getestete selbst ihre Kontaktpersonen warnen. Das Land hat den Vertrag für die Luca-App, die die Registrierung von Besuchern von Gaststätten und anderen Einrichtungen erleichtern sollte, zum 31. März 2022 gekündigt.

Neue Hoffnungen

Die Kultusministerkonferenz hat am 5. Januar 2022 in einem Beschluss festgestellt: „Die sich ausbreitende Omikron-Variante des SARS-CoV-2-Virus stellt eine neue Herausforderung für die gesamte Gesellschaft dar. Da die Variante der aktuellen Datenlage zufolge deutlich infektiöser als die Delta-Variante zu sein scheint, könnte in den

kommenden Wochen unter Umständen ein sehr dynamisches Infektionsgeschehen eintreten. Allerdings gibt es deutliche Hinweise, dass eine mögliche Erkrankung milder verläuft.“

Erste Stimmen gehen davon aus, dass von Omikron mittelfristig etwas Entspannung ausgehen könnte. Durch diese Virus-Variante könnte eine „endemische Situation“ näher rücken. Die hohe Übertragbarkeit könnte dazu führen, dass die Bevölkerung als Ganzes vergleichsweise schnell eine höhere Immunität erreicht. Im Idealfall könnten die milderen Verläufe Druck vom Gesundheitssystem nehmen.

Lockerungen trotz hoher Inzidenzen

Der Bund-Länder-Gipfel hat im Januar für Schüler und Kindergarten-Kinder Sonderregelungen vereinbart. Sie dürfen bereits nach fünf Tagen aus der Quarantäne entlassen werden. Für den Nachweis reicht ein einfacher Schnelltest. Für die Mitschüler positiv Getesteter ist eine Quarantäne nicht mehr zwangsläufig erforderlich. Kontaktpersonen von Corona-Infizierten können künftig ganz von der Quarantäne befreit werden, wenn sie geboostert sind. Dies gilt auch für frisch doppelt Geimpfte und frisch Genesene.

Nach zwei Jahren Regulierung und Einschränkung wächst die Sehnsucht nach Freiheiten. Die Politik spürte den wachsenden Frust und beschloss trotz nur minimal rückläufiger, inzwischen aber wieder steigender Inzidenzen, schrittweise Lockerungen. So können seit Mitte Februar auch Ungeimpfte in allen Geschäften ohne Zugangskontrollen einkaufen. In einer zweiten Stufe wurde auch der Zugang zu Hotels, Restaurants und Clubs erleichtert.

In den rheinland-pfälzischen Schulen blieb es bis Mitte März bei der bisherigen Teststrategie: drei Pflichttests pro Woche; danach sollte die Zahl der Tests reduziert werden. Ab 20. März „sollen alle tiefgreifenderen Schutzmaßnahmen entfallen, wenn die Situation in den Krankenhäusern dies zulässt“. Auch Zuschauerhöchstgrenzen oder Obergrenzen für private Treffen fallen dann weg. Die Pflicht für Arbeit-

geber, Homeoffice anzubieten, entfällt ebenfalls.

Die Aufhebung der Maßnahmen löst auch Kritik aus. „Bei allen Lockerungen müsse man stets in Verantwortung für die Schülerinnen und Schüler denken und handeln. Überstürzte Abschaffungen aller Schutzmaßnahmen sind ebenso fehl am Platz wie deren unnötiges Verlängern oder Verschärfen. Es müsse darum gehen, bewährte Teststrategien und die Maskenpflicht so lange wie nötig aufrechtzuerhalten. Die Testungen müssten jedoch sukzessive aus den Schulen in den persönlichen Bereich verlegt werden. Es kann nicht sein, dass wir Präsenzunterricht fordern und gleichzeitig wertvolle Unterrichtszeit opfern, um die Schülerinnen und Schüler zu testen. Schulen sind keine Testzentren. Die Verantwortung muss schrittweise in die Hände der Eltern gelegt werden“ (VDR-Bundesvorsitzender Jürgen Böhm in einer Pressemitteilung vom 16. Februar 2022).

Die Pressemitteilung des Bildungsministeriums vom 18. Februar 2022 klingt schon fast so, als ob das Ende der Pandemie verkündet wird: „Die Corona-Pandemie hat unsere Schulen, die Schulleitungen und die Kollegien vor enorme Herausforderungen gestellt und tut das immer noch. Deshalb ist es verständlich, dass viele Lehrkräfte und Schulleitungen nach zwei Jahren Pandemie immer wieder an ihre Grenzen stoßen. Sie haben – nicht nur in dieser Zeit – unglaublich viel geleistet, damit unsere Schülerinnen und Schüler Bildung, aber auch das soziale Miteinander und den gegenseitigen Austausch erleben konnten und es weiter tun können. Dafür gebührt ihnen unser aller Dank und Anerkennung.“

Dieses Lob für die Schulen war längst überfällig. Die Lehrerverbände vermisen jedoch geeignete Maßnahmen zur Entlastung und zum Schutz der Lehrkräfte und Schulleitungen. Aufgrund der hohen Infektionszahlen unter der Schüler- und Lehrerschaft werden zusätzliche Vertretungskräfte gefordert. Außerdem sollte den Schulen die Möglichkeit eröffnet werden, notfalls auf Fernunterricht umzustellen.

Der VRB-Landesvorsitzende Timo Lichtenthäler fordert in einer Pressemitteilung vom 15. Februar 2022 spezielle Schulgesundheitskräfte, wie sie z. B. in Frankreich seit Jahren üblich sind.

„Die Schulen sind seit nunmehr 23 Monaten im Ausnahmezustand und erleben derzeit wieder eine Phase der absoluten Überlastung. Die Auswirkungen dieser Umstände auf die kommenden Schuljahre sind schon sehr lange bekannt“, so der VRB-Landesvorsitzende Timo Lichtenthäler. Corona hat enorme Lerndefizite bei den Schülerinnen und Schülern verursacht. Die entstandenen Lücken dürfen nicht vernachlässigt werden, sondern müssen im Nachhinein wieder geschlossen werden. Dies funktioniert aus Sicht des Verbandes ausschließlich mit einer breitaufgestellten Einstellungsoffensive. „Die Schulen müssen endlich so personalisiert werden, dass die Kinder und Jugendlichen eine reelle Chance haben, die Wissenslücken der beiden letzten Jahre aufzuarbeiten“, so der Verbandschef. Besonders vor dem Hintergrund der aktuellen Haushaltsberatungen im rheinland-pfälzischen Landtag fordert der VRB, dass den angekündigten Ansprüchen im Koalitionsvertrag und in der Präambel des Haushaltsentwurfs endlich spürbare Taten folgen. „Die Landesregierung kann politisch nicht gebetsmühlenartig eine chancengerechte Schule und eine Schule der Zukunft propagieren, zugleich aber zu wenig Stellen im Haushalt ausweisen“, so Lichtenthäler (Pressemitteilung des VRB vom 9. Februar 2022).

Man darf gespannt sein, ob es eine Fortsetzung der Corona-Berichte geben muss, oder ob im nächsten Heft von der vorsichtigen Rückkehr zur Normalität berichtet werden kann.

Wolfgang Häring
wolfgang.haering@vrb-rlp.de



„Die Pflege“ – Herausforderung für Politik und Gesellschaft

Teil 1: Pflegereform 2021 – Verbesserungen und künftiger Regelungsbedarf

von **Wilfried Rausch**



Der Pflegebereich ist seit Jahren ein Sorgenkind der Politik und der Gesellschaft. Die Herausforderungen sind vor dem Hintergrund der Altersstruktur in Deutschland und der Finanzierungsproblematik enorm. Seit Jahren werden unterschiedliche Lösungsansätze definiert und diskutiert. Ein Durchbruch bei der Problemlösung ist allerdings noch nicht gelungen, da in Politik und Gesellschaft ein breiter Konsens (noch) nicht zu erreichen ist. Teillösungen werden somit aus der Not heraus geboren und umgesetzt, bringen aber auf Dauer keinen echten Fortschritt.



„Kleine“ Pflegereform 2021

Die große Koalition hatte im Juni 2021 kurz vor Toresschluss eine „kleine“ Pflegereform auf den Weg gebracht. Im Rahmen des Gesetzes zur Weiterentwicklung der Gesundheitsversorgung (GVWG) verabschiedete der Bundestag im Schnellverfahren eine Reihe von Änderungen zur Pflege, die zum großen Teil zum 1. Januar 2022 in Kraft getreten sind. Weitere Reformen werden erst zum 1. September 2022 bzw. zum 1. Juli 2023 umgesetzt werden müssen.

Verbesserungen und Erleichterungen der Pflegereform 2021

Die Pflegereform 2021 bringt einige Verbesserungen, die in erster Linie die stationäre und die häusliche Pflege betreffen. Neu aufgenommen wurde u.a. die Möglichkeit einer Übergangspflege in einem Krankenhaus. Die gesetzlichen Regelungen bieten zudem Erleichterungen bei Verordnungen von Pflegehilfsmitteln, ermöglichen Vereinfachungen bei der Umwandlung des Entlastungsbetrages und gewähren einen

Zuschuss für die Nutzung von digitalen Pflegeanwendung (DiPa), die mittels Apps Pflegekräfte und Pflegebedürftige bei der Pflege unterstützen können. Ein wesentlicher Bestandteil und möglicherweise auch die Triebfeder für die Pflegereform sind die Regelungen zur Entlohnung des Pflegepersonals bzw. der Betreuungskräfte.

» **Pflegereform 2021**

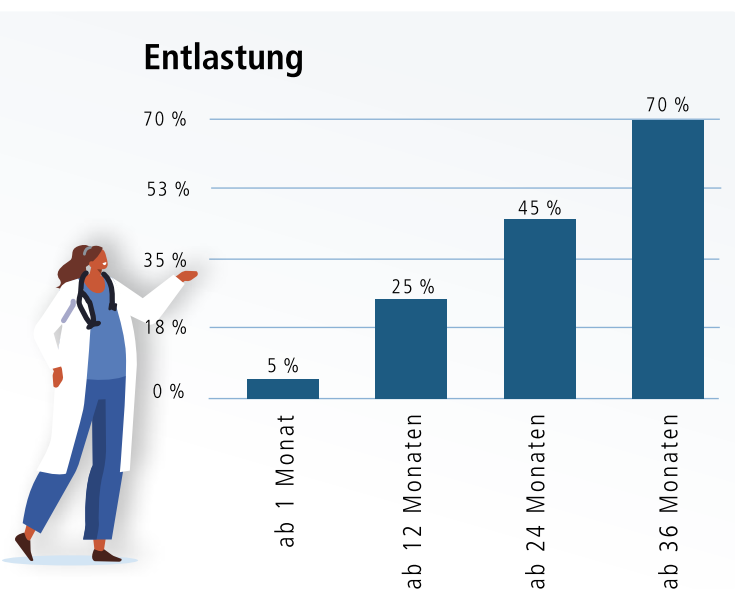
Das sind die wichtigsten Änderungen im Überblick:

- Verringerung der Eigenanteile bei stationärer Pflege
- Entlohnung nach Tarif und einheitlicher Personalschlüssel
- Erhöhung der Pflegesachleistungen
- Anhebung der Pflegesachleistungen bei häuslicher Pflege
- Erleichterung bei der Verordnung von Pflegehilfsmitteln
- Möglichkeit der Übergangspflege im Krankenhaus
- Anhebung der Leistungen für die Kurzzeitpflege
- Vereinfachungen bei der Umwandlung des Entlastungsbetrages
- Budget für digitale Pflegeanwendungen (DiPa)
- Beitragserhöhung in der Pflegeversicherung

Neuer Ansatz zur Verringerung der Eigenanteile bei stationärer Pflege

Die Pflegeheimkosten berechnen sich aus dem Pflegegrad und weiteren Positionen. Zuschüsse der Pflegeversicherung gibt es lediglich zu den Kosten für Pflege und Betreuung. Bei diesen Kosten wird es nach der Reform einen weiteren Zuschuss geben, das ist der sogenannte Leistungszuschlag, mit dem zum Eigenanteil bei den Kosten für Pflege und Betreuung ein Zuschuss in Abhängigkeit von der Verweildauer gewährt wird. Ab dem vierten Jahr beträgt die Entlastung dann 70 % vom Eigenanteil bei den Kosten für Pflege und Betreuung.

Zuschüsse zu den anderen Pflegeheimkosten werden nicht gegeben.



» **Zusammensetzung der Pflegeheimkosten**

Übersicht

- Kosten für Pflege und Betreuung
- Kosten für Verpflegung und Unterkunft
- Investitionskosten
- Ausbildungskosten
- gegebenenfalls Kosten für Zusatzleistungen

Einen Zuschuss der Pflegeversicherung gibt es lediglich für die Kosten für Pflege und Betreuung. Alle übrigen Kosten sind vom Pflegebedürftigen allein zu tragen.

Kaum spürbare Entlastungen bei der häuslichen Pflege

Das Grundproblem, die finanziellen Belastungen von Pflegebedürftigen und Angehörigen bei der häuslichen Pflege spürbar zu reduzieren, ist nicht bzw. nur unzureichend gelöst worden. Den Leistungszuschlag für das Pflegegeld wird es bei der Pflege durch Angehörige nicht geben. Eine Erleichterung gibt es nur bei den Sachleistungen. Allerdings kann die Anhebung von Pflegesachleistungen nur dann genutzt werden, wenn ambulante Pflegedienste bei der häuslichen Pflege eingebunden werden. Eine Entlastung kann unter Umständen das Budget zur Nutzung von digitalen Pflegeanwendungen (DiPa) in Höhe von maximal 50 Euro bieten. DiPa ist eine App, die Pflegenden und Pflegebedürftige bei der täglichen Pflege Unterstützung gewähren sollen.

» **Digitale Pflegeanwendungen (DiPa)**

Die Regelungen im Überblick:

- Digitale Pflegeanwendungen (DiPAs) auf mobilen Endgeräten oder als browserbasierte Webanwendung können von Pflegebedürftigen genutzt werden, um den eigenen Gesundheitszustand durch Übungen zu stabilisieren oder zu verbessern (z.B. Sturzrisikoprävention, personalisierte Gedächtnisspiele für Menschen mit Demenz, Versorgung von Menschen mit Dekubitus). Sie können auch die Kommunikation mit Angehörigen und Pflegefachkräften verbessern.
- Es wird ein neues Verfahren zur Prüfung der Erstattungsfähigkeit digitaler Pflegeanwendungen und zur Aufnahme in ein entsprechendes Verzeichnis beim BfArM geschaffen.
- Auch die Pflegeberatung wird um digitale Elemente erweitert.

Quelle: <https://www.bundesgesundheitsministerium.de/presse/pressemitteilungen/2021/2-quartal/dvpmg-beschluss-bundestag.html>

Gehaltsaufbesserungen bei Pflegekräften

Die Corona-Pandemie hat deutlich aufgezeigt, wie wichtig qualifiziertes Pflegepersonal in der medizinischen Versorgung und wie belastend deren Arbeit ist. Dies gilt auch bei der Altenpflege und der Betreuung von Pflegebedürftigen. Ohne qualifiziertes Personal ist eine optimale Pflege nicht zu gewährleisten. Die Forderung der Pflegekräfte, dass die Wertschätzung ihrer Arbeit auch durch eine entsprechende Entlohnung erfolgen müsse, wurde in den letzten Jahren immer wieder artikuliert, aber eine Reaktion seitens der Po-



litik erfolgte erst jetzt in der Pandemie, wohl vor allem aus Angst, dass die Pflegekräfte verstärkt ihren Beruf aufgeben und folglich die erforderliche Zahl an Pflegekräften nicht mehr zur Verfügung steht.

Die kleine Pflegereform macht nun folgende Vorgaben:

Ab dem 1. September 2022 müssen Pflegeeinrichtungen Betreuungs- und Pflegekräfte nach aktuellem Tarif oder in entsprechender Höhe entlohnen. Andernfalls werden Pflegeeinrichtungen, die sich nicht daran halten, von den Kassen nicht mehr zugelassen bzw. können ihre Leistungen nicht mehr vollständig mit den Kassen abrechnen.

Ab dem 1. Juli 2023 ist ein gleichförmiger Personenschlüssel für Pflegeeinrichtungen vorgesehen. Dadurch sollen Einstellungen zusätzlicher Betreuungs- und Pflegekräfte ermöglicht werden.

Kleine Fortschritte – Probleme bleiben!

Die Pflegereform 2021 ist kurz vor den Bundestagswahlen als Kompromisspapier auf den Weg gebracht worden. Anerkennung verdient, dass sich die gesetzgebenden Organe trotz der zeitlichen und psychischen Anspannungen in der Pandemie-Bekämpfung unter Mitwirkung der Bundesregierung bzw. des Bundesgesundheitsministeriums gemeinsam zu einer Reform durchringen konnten. Kleine Fortschritte sind erkennbar. Der große Wurf ist es nicht geworden. Vielleicht konnte in der gegenwärtigen Lage nicht mehr erwartet werden.

Als größtes Problem bleibt nach wie vor die Finanzierungsfrage für die Reformschritte wie auch für die Pflege allgemein.

Die Pflegereform 2021 sieht vor, dass die Finanzierung ab dem Jahr 2022 durch jährliche Bundeszuschüsse in Höhe von einer Milliarde Euro gesichert wird. Weiter wird der Beitragszuschlag für kinderlose Arbeitnehmer ab dem 23. Lebensjahr um 0,1 Prozent auf 0,35 Prozent erhöht. Experten gehen von einem weit höheren Finanzbedarf aus.

Die finanziellen Eigenleistungen werden durch die Reform auf Dauer nicht verringert werden können. Da es bei der stationären

Pflege keine Zuschüsse zu Verpflegung und Unterkunft sowie zu den Investitionskosten gibt, ist ein Anstieg der Pflegekosten auf Grund der Inflation und der Pläne der Ampelkoalition, bei Gebäuden eine wirtschaftlich effiziente Umsetzung der Klimaziele zu forcieren, nicht vermeidbar. Ein hoher energetischer Sanierungsbedarf bei den Pflegeheimen ist vorhersehbar und dürfte die Pflegeheimkosten zusätzlich in die Höhe treiben.

Wirksame Entlastungen in der häuslichen Pflege sind ebenfalls nicht zu erkennen. Vor allem der Einsatz von Familienangehörigen wird weiterhin nicht genügend wertgeschätzt.

Die neu entstandenen finanziellen Belastungen durch ein Urteil des Bundesarbeitsgerichts im Juni 2021 zu ausländischen Pflegekräften finden (noch) keine Berücksichtigung. Das Urteil des Bundesarbeitsgerichts, auch ausländischen Pflegekräften den deutschen Mindestlohn auszuzahlen, ist richtig. Allerdings müssten dann im Gegenzug rasch finanzielle Entlastungen gewährt werden. Sonst besteht die Gefahr, dass die häusliche Pflege nicht mehr finanzierbar sein wird und damit die gesamte Pflege schwer belastet.

Die neue Bundesregierung ist gefordert, zügig weitere Reformschritte einzuleiten.

Im zweiten Teil des Beitrags, der in der nächsten Ausgabe erscheint, werden wir über die Pläne der Ampelkoalition und die ersten Reaktionen darauf berichten.

» Hintergrundwissen

Unabhängiger Beirat für die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf

Der Beirat für die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf wurde 2015 durch das Bundesfamilienministerium eingesetzt. Er befasst sich als nicht öffentliches Gremium mit allgemeinen und spezifischen Fragen zur Vereinbarkeit von Pflege und Beruf. Als weitere Hauptaufgabe begleitet er die Umsetzung der einschlägigen gesetzlichen Regelungen - insbesondere des Pflegezeitgesetzes und des Familienpflegezeitgesetzes - und berät über deren Auswirkungen. Die Auswahl und Bearbeitung von Themenstellungen erfolgt selbstständig durch den Beirat, es können aber auch Themen zur Beratung durch das Bundesfamilienministerium vorgegeben werden.

Der Beirat besteht aus 21 Mitgliedern, die vom Bundesfamilienministerium berufen werden.

In den Beirat berufen wurde auch der Bundesvorsitzende unseres Dachverbandes dbb beamtenbund und tarifunion Ulrich Silberbach.

Quelle: <https://www.wege-zur-pflege.de/beirat/>

Wilfried Rausch
wilfried.rausch@vrb-rlp.de



Tipp!

Das ist der Weg zu den VRB-Senioren-Infos auf unserer Website:
<https://www.vrb-rlp.de/service/senioren-infos>

Urteil: Corona-Test-Aufsicht gehört zu den Aufgaben der Lehrkraft

Vor dem Verwaltungsgericht Trier ist ein Gymnasiallehrer mit seiner Klage gegen die Beaufsichtigung und Anleitung von Corona-Selbsttests gescheitert.



Das Testkonzept des rheinland-pfälzischen Bildungsministeriums und die damit verbundene Verpflichtung für Pädagogen, die Testungen zu beaufsichtigen ist nach Auffassung des Gerichts rechtmäßig. Zu den Aufgaben einer Lehrkraft zähle es auch, den allgemeinen Schulbetrieb organisatorisch zu unterstützen.

Der Lehrer hatte mit seiner Klage nicht die Sinnhaftigkeit der Tests in Frage gestellt, sondern datenschutzrechtliche Bedenken geäußert, weil die Beaufsichtigung und Anleitung der Selbsttests seinen Aufgabenbereich überschreiten würde. Zudem bestehe ein erhöhtes Infektionsrisiko, das für ihn als Risikopatienten besonders zum Tragen komme. Eine Risikoerkrankung habe der Lehrer aber nicht hinreichend nachweisen können, so das Gericht. Da eine Ansteckung mit dem Coronavirus nicht ausgeschlossen werden könne, sei der Lehrer zwar potenziell in seinem Grundrecht auf körperliche Unversehrtheit betroffen, allerdings stelle die Beaufsichtigung eine amtsangemessene Aufgabe dar. Außerdem werde nicht von dem Lehrer verlangt, seine Schüler selbst zu testen. Eine Grenze wäre zu ziehen, wenn der Lehrer körperlich mit den Schülern interagieren müsste. Das Testkonzept reduziere das Ansteckungsrisiko jedoch auf ein zumutbares Maß. Es gehe nicht über das durch den Unterricht schon gegebene Maß hinaus.

Hr/Quelle: Urteil des VG Trier vom 8. Februar 2022 – 7 K 3107/21.TR –

„Aufgespießt“ von Dr. Peter Bung



Wunschlehrer?

Multipler
lernbegleitender
IT-Fan

► Fundsache

Lehren ziehen

„... In Zukunft wird die Nutzung digitaler Medien im schulischen Alltag eine weit größere Rolle einnehmen. Es geht nun darum, Präsenzunterricht und digitale Module intelligent zu verbinden, damit Schülerinnen und Schüler leichter lernen und Gelerntes anwenden können. Der Mix aus analogem und digitalem Lernen bietet zum Beispiel ganz andere Chancen für eine verbesserte individuelle Förderung. Wir wollen Lehrkräfte dabei unterstützen,

dies im Unterricht auszuschöpfen. Das beginnt im Studium und Referendariat und mündet in einer kontinuierlichen Fort- und Weiterbildung ...“

Karin Prien, Präsidentin der KMK und Bildungsministerin in SH

Wü / Quelle: +3MAGAZIN Nr.84 (Beilage Süddeutsche Zeitung v. 25.2.2022)



Fortschreibung bis 2026:

Die Altersteilzeit für Lehrkräfte

Die Altersteilzeitregelungen für verbeamtete Lehrkräfte nach den Paragraphen 75 a und 75 b des Landesbeamtengesetzes (LBG), die zum 31. Dezember 2021 ausgelaufen waren, wurden von der Landesregierung um fünf Jahre bis zum 31. Dezember 2026 verlängert. Somit wird den Lehrkräften weiterhin ermöglicht, entweder ihre Arbeitsverpflichtung vor ihrer Pensionierung zu reduzieren oder den aktiven Dienst vorzeitig zu beenden.

Altersteilzeitregelungen: Kurz- oder Langform

Man unterscheidet bei Altersteilzeitregelungen zwei Formen. Bei der Kurzform tritt die Pensionierung mit Erreichen der gesetzlichen Altersgrenze ein, also zum Ende des Schuljahres, in dem man das 65. Lebensjahr erreicht.

Bei der Langform verschiebt sich das Ende der Altersteilzeit und somit der Zeitpunkt der Pensionierung um drei Jahre über die gesetzliche Regelaltersgrenze hinaus. Das ist derzeit das Ende des Schuljahres, in dem das 68. Lebensjahr vollendet worden ist.

Zwei Modelle: Teilzeit- oder Blockmodell

Altersteilzeit kann im Teilzeitmodell oder im Blockmodell beantragt werden.

Beim Teilzeitmodell, es wird auch als konventionelles Modell bezeichnet, arbeitet die Lehrkraft bis zum gewählten Pensionszeitpunkt

mit der Hälfte ihrer bisherigen Arbeitszeit. Der Zeitraum der Altersteilzeit muss mindestens ein Schuljahr umfassen. Dieses Modell kann nur von Lehrkräften in Anspruch genommen werden, die bisher mit voller Stundenzahl tätig waren.

Beim Blockmodell unterscheidet man zwei Phasen: Eine „Arbeitsphase“ und eine sich anschließende „Freistellungsphase“. In der ersten Phase muss mit der Wochenstundenzahl der bisherigen Arbeitszeit weitergearbeitet werden. Man definiert die „bisherige Arbeitszeit“ als die Arbeitszeit, die sich auf das letzte Schuljahr vor Beginn der Altersteilzeit bezieht. Wenn sich in den letzten Jahren die Arbeitszeit verändert hat, kann das berücksichtigt werden. Dabei kann aber höchstens der Durchschnitt der geleisteten Arbeitszeit der letzten beiden Jahre vor Beginn der Altersteilzeit Berücksichtigung finden. In der zweiten Hälfte des Blockmodells, der Freistellungsphase, ist die Lehrkraft vollständig freigestellt. Der Zeitraum des Blockmodells muss mindestens zwei Schuljahre betragen. Für teilzeitbeschäftigte Lehrkräfte ist nur dieses Modell möglich.

Beantragung

Die Voraussetzung für eine Beantragung von Altersteilzeit ist, dass die verbeamtete Lehrkraft bei Antritt der Altersteilzeit (also nicht bei Beantragung) das 56. Lebensjahr vollendet hat. Des Weiteren muss in den letzten fünf Jahren vor Antritt der Altersteilzeit eine mindestens dreijährige Beschäftigung, in der Regel mindestens mit einer halben Stelle, nachgewiesen werden.

Die Altersteilzeit muss bis jeweils zum 1. Februar eines Jahres auf dem Dienstweg für den Beginn des folgenden Schuljahres beantragt

werden. Lehrkräfte können Altersteilzeit also nur zu Beginn eines Schuljahres antreten.

Besoldung und Pensionsanspruch

Während der gesamten Altersteilzeit erhält die Lehrkraft eine Besoldung von fünfzig Prozent der Bruttodienstbezüge, bei einer Teilzeitbeschäftigung entsprechend dem Umfang der Beschäftigung. Zuzüglich wird ein Altersteilzeitzuschlag gewährt. Bei der Kurzform der Altersteilzeitregelung beträgt dieser Zuschlag zwanzig Prozent der halben Bruttobezüge, bei der Langform vierzig Prozent. Der Zuschlag ist bei der Auszahlung steuerfrei, unterliegt jedoch einem sogenannten Progressionsvorbehalt, das heißt, der Betrag wird bei der Einkommensteuererklärung nachversteuert.

Die Altersteilzeit ist wie eine normale Teilzeitbeschäftigung ruhegehaltstfähig. Sie wird also anteilig gemäß dem Verhältnis des ermäßigten Stundendeputats zum Regelstundenmaß berücksichtigt.

Altersteilzeit auch für tarifbeschäftigte Lehrkräfte?

Tarifbeschäftigte Lehrkräfte und Pädagogische Fachkräfte können Altersteilzeitvereinbarungen auf der Grundlage des Altersteilzeitgesetzes (AltTZG) in Anspruch nehmen. Die Vereinbarungen erfolgen in einer vor der Antragstellung festgelegten Abstimmung mit der ADD.

Nicole Weiß-Urbach
nicole.weiss-urbach@vrb-rlp.de



Ergänzender Hinweis der Redaktion

Die Hinweise in unserem Beitrag bieten einen ersten Überblick und erfolgen ohne Gewähr. Im „VRB-Handbuch für Lehrkräfte“ findet sich ein ausführlicher Beitrag „Altersteilzeit für beamtete Lehrkräfte in Rheinland-Pfalz“ (Kap. 4.36). Er enthält unter anderem auch Berechnungsbeispiele.

Die Steuererklärung

Wissenswertes für Lehrkräfte



Mit jedem neuen Jahr kommt die Sache mit der jährlichen Steuererklärung auf uns zu und mit ihr die Frage nach dem Was? Wann? Wie? Hierzu berichten wir nachfolgend Wissenswertes zur Steuererklärung.

Unsere Autorin Maren Sassenroth gibt in Zusammenarbeit mit ihrem Steuerberater im folgenden Beitrag einen Überblick, der nach bestem Wissen erstellt wurde. Es besteht kein Anspruch auf Vollständigkeit, und es wird keine Haftung übernommen. In Zweifelsfragen wenden Sie sich an einen fachkundigen Steuerberater.

Pflicht zur Abgabe der Steuererklärung

Für Lehrkräfte, die ihre Besoldung erhalten, besteht grundsätzlich keine Pflicht zur Abgabe einer jährlichen Steuererklärung. Dennoch ist es sinnvoll, eine Steuererklärung einzureichen, um so, durch den Abzug steuermindernder Kosten, eine Steuererstattung von der Finanzverwaltung erhalten zu können.

Eine Verpflichtung zur Abgabe einer Steuererklärung besteht unter anderem:

- wenn Freibeträge auf der elektronischen Lohnsteuerkarte eingetragen sind,
- bei Lohnsteuerklasse III/IV von Eheleuten/Lebenspartnern,
- bei Erhalt von Lohnersatzleistungen wie bspw. Elterngeld, Mutterschaftsgeld, Kurzarbeitergeld, Krankengeld etc.,

- bei anderen Einkünften, die keinem Steuerabzug unterliegen wie bspw. Vermietung, selbstständige/gewerbliche Tätigkeiten (auch eine eigene Photovoltaikanlage) und
- **Neu:** wenn im Kalenderjahr Erstattungsinsen der Finanzverwaltung vereinnahmt worden sind.

Hinweis: Die Finanzverwaltung empfiehlt, die Steuererklärung elektronisch zu erstellen, z. B. über „Mein Elster“.

Fristen zur Abgabe der Steuererklärung

Die jährliche Einkommensteuererklärung ist seit dem Jahr 2018 bis spätestens zum 31. Juli des Folgejahres bei der Finanzverwaltung einzureichen. Bei Mitwirkung eines Steuerberaters oder Lohnsteuerhilfevereins verlängert sich die Frist bis Ende Februar des darauffolgenden Jahres. Wird die Erklärung später eingereicht, entstehen Verspätungszuschläge von mindestens 25 Euro je Monat. Ohne eine Abgabepflicht ist auch die spätere Einreichung möglich, hier ist jedoch eine Verjährungsfrist zu beachten.

Coronabedingte Erleichterungen: Es sind allgemeine Fristverlängerungen für einige Monate geplant.

Abzugsfähige Ausgaben

Neben Sonderausgaben, Spenden, außergewöhnlichen Belastungen (Krankheitskosten) sowie dem Lohn von Handwerkerleistungen und Haushaltshilfen sind die sogenannten Werbungskosten interessant. Darunter sind alle Aufwendungen zur Erwerbung, Sicherung und Erhaltung der Einnahmen als Lehrkraft zu verstehen.

Dazu zählen:

Fahrtkosten/Pendlerpauschale

- Wege zwischen Wohnung und der ersten Tätigkeitsstätte sowie Familienheimfahrten mit 0,30 Euro je einfachen Entfernungskilometer
- **Neu** für die Jahre 2021 bis 2023: Erhöhung auf 0,35 Euro ab dem 21. Kilometer
- Für Tage, an welchen die Homeoffice-Pauschale (s.u.) in Anspruch genommen wird, können keine Fahrtkosten erklärt werden. Die Arbeitstage zur Berechnung der Fahrtkosten sind daher entsprechend zu kürzen.

Aufwendungen für Arbeitsmittel

- Hierzu zählt alles, was für den Unterricht oder das Lehrerdasein benötigt wird, z. B. Unterrichtsmaterial, Stifte, Schulunterlagen, Druckerpatronen etc. Größere Anschaffungen über 800 Euro (in 2020) bzw. 1.000 Euro (in 2021) sind über die Nutzungsdauer abzuschreiben und zu erklären. Beispielsweise hat ein Regal eine typisierte Nutzungsdauer von acht Jahren, ein Laptop grundsätzlich drei Jahre.

Tipp: Im Jahr 2021 berufsbedingt angeschaffte Computerhardware und software führt im Jahr des Kaufs in voller Höhe zu steuerlichen Aufwendungen.

- Kosten für Internet- und Telefonanschluss können (anteilig) angerechnet werden, soweit diese auch beruflich genutzt werden; dies ggf. zusätzlich zur Homeoffice-Pauschale. In der Regel sind die Kosten nur anteilig zur erklären, da eine private Nutzung anzunehmen ist, bspw. 70 % der Kosten.

Fortbildungskosten

- Aufwendungen für Fortbildungen, soweit diese nicht durch den Dienstherrn bezahlt werden. Hierzu zählen auch die Reisekosten für Dienstreisen und bspw. Klassenfahrten.

Beiträge zu Berufsverbänden

- Auch der Mitgliedsbeitrag des Verbandes Reale Bildung ist als Werbungskosten abzugsfähig.

Behinderten-Pauschbetrag

- Schon ab einem Grad der Behinderung (GdB) von 25 % kann ein Pauschalbetrag geltend gemacht werden.

Kontoführungsgebühren

- Gebühren für das Gehaltskonto sind ebenfalls abzugsfähig. Statt der tatsächlichen Kosten wird hier ohne Nachweis eine Pauschale in Höhe von 16 Euro anerkannt.

Umzugskosten

- Berufsbedingte Umzugskosten sind steuerlich ansetzbar. Neben den Fahrtkosten können auch Kosten für Umzugsunternehmen/Spedition erklärt werden. Es können Pauschalen nach Bundesumzugskostenrecht erklärt werden (2020 z. B. 820 Euro für Ledige/1.639 Euro für Verheiratete).

Arbeitszimmer

- Das steuerliche Arbeitszimmer ist ein räumlich abgetrenntes und (fast) ausschließlich beruflich genutztes Büro in den eigenen vier Wänden. Unter den weiteren Voraussetzungen (s. u.) ist ein Abzug der anteiligen auf das Arbeitszimmer entfallenden Kosten des Hauses/der Wohnung möglich. Anteilige Kosten sind bspw. Miete, Baukosten, Kaufpreis und alle Nebenkosten (Heizung, Strom, Wasser, Müllbeseitigung, Versicherungen, Grundsteuer, etc.).

Beispiel: Wohnungsgröße 100 m², Arbeitszimmer 10 m². In diesem Beispiel können 10 % aller Kosten angesetzt werden.

- Die Ausstattung des Arbeitszimmers kann in voller Höhe geltend gemacht werden.
- Größere Einrichtungen sind wie Arbeitsmittel über die Nutzungsdauer abzuschreiben.
- **Neu** ist die für die Jahre 2020 und 2021 eingeführte Homeoffice-Pauschale. Hierdurch können auch Kosten berücksichtigt werden, wenn kein eigentliches Arbeitszimmer vorhanden ist (Arbeitsecke im Wohnzimmer, Wohnzimmertisch). Die Pauschale beträgt 5 Euro pro Tag Home-Schooling bis maximal 600 Euro im Jahr.

Maren Sassenroth
maren.sassenroth@vrb-rlp.de



Ergänzender Literaturhinweis der Redaktion

Im „VRB-Handbuch für Lehrkräfte“ findet sich ein ausführlicher Beitrag „Steuerfragen“ (Kap. 5.40). Dort werden die „Grundsätze der Werbungskosten“ erörtert. In der alphabetisch geordneten Stichwortsammlung „ABC der Werbungskosten“ wird der Frage nachgegangen, ob und wie weit berufstypische Aufwendungen im Rahmen der Einkommenssteuererklärung als Werbungskosten angesetzt werden können.



Der „Held von Bern“ ist „ein ganz normaler Mensch geblieben“

Horst Eckel sah seine Zeit als Sportlehrer an der Realschule Kusel als „Glücksfall seines Lebens“

Eine Würdigung anlässlich seines Todes



Er war 1954 der jüngste Spieler der WM-Helden von Bern. 67 Jahre später ist mit Horst Eckel auch der letzte Weltmeister von damals im Alter von 89 Jahren verstorben. Unvergessen bleiben die sportlichen Leistungen des 32-fachen Fußball-Nationalspielers auf nationaler und internationaler Ebene. Der rechte Außenspieler, der jener Mannschaft angehörte, die im Dauerregen gegen den großen Favoriten Ungarn das „Wunder von Bern“ schaffte, erwarb nach seiner Spielerlaufbahn auf dem zweiten Bildungsweg die Unterrichtserlaubnis für Werken und Sport an Realschulen. Der einst gelernte Werkzeugmacher unterrichtete dann an den rheinland-pfälzischen Realschulen Morbach ab 1970 und Kusel ab 1974. Seine sportlich größten Erfolge: 1954 Weltmeister in Bern, 1958 Vierter bei der Weltmeisterschaft in Schweden, 1951 und 1953 Deutscher Meister mit dem 1. FC Kaiserslautern.

Horst Eckel (rechts), der Weltmeister von 1954, unterrichtete ab 1970 an den Realschulen Morbach und Kusel die Fächer Sport und Werken.

Horst Eckel zum Thema Schule 1988 und 2018

Horst Eckel war zweimal unser Gesprächspartner: 1988 und 2018. Für unsere Landeszeitschrift („Realschulblätter“, Ausgabe 2/1988) befragte ich den Sportlehrer Horst Eckel, wie sich sein Bekanntheitsgrad auf seine Unterrichtstätigkeit auswirke, wie er seine Schülermannschaft der Realschule Kusel 1987 zum Gewinn der rheinland-pfälzischen Landesmeisterschaft motiviert habe und was die Schulart Realschule in Rheinland-Pfalz seiner Meinung nach auszeichne. 30 Jahre später nahm ich mit Horst Eckel über dessen Tochter Dagmar erneut Kontakt auf und stellte ihm Fragen zur Bedeutung des Schulsports und wie er sich die Zusammenarbeit zwischen Schulen und Vereinen vorstelle (veröffentlicht in der VDR-Bundeszeitschrift Bildung Real, Ausgabe 2/2018, S. 18ff.). Aus beiden Publikationen nachfolgend einige Auszüge:



Die Horst-Eckel-Stiftung fördert Bildungsangebote für Kinder und Jugendliche.

Nur Fleiß und Ehrgeiz führen zum Erfolg

1988: „Schon früh ist mir bewusst geworden, dass nur entsprechender Fleiß und gesunder Ehrgeiz zum Erfolg führen können. Dies hat mich veranlasst, meine Erkenntnisse auch an Jugendliche weiterzugeben; pädagogisch am wirkungsvollsten kann das in der Schule geschehen.“ – „Zum Erreichen einer solchen Leistung (Anm.: Gewinn der Landesmeisterschaft der Realschule Kusel 1987) gehören außer der guten psychologischen und pädagogischen Betreuung leistungswillige und leistungsfähige Schüler ...“ – „Die Realschule ist eine offene Schulart, die die Schüler ganzheitlich fordert und fördert. Gleichberechtigt neben den theoretischen Fähigkeiten erhalten die Schüler die Möglichkeit, ihr Wissen praktisch anzuwenden. Sie haben die Chance, nach ihrem erfolgreichen Abschluss berufliche Qualifikationen wie auch Hochschulabschlüsse ohne Umwege zu erreichen.“

Defizite im Bereich der Gesundheitsförderung

2018: „In der Schule müsste es viel mehr sportliche Angebote geben. Ein guter Unterricht zeichnet sich dadurch aus, dass die Lehrkräfte auf die Bedürfnisse der heutigen Kinder und Jugendlichen eingehen. Auffällig ist, dass junge Menschen im Vergleich zu früher viel größere Probleme haben, ein soziales Miteinander zu entwickeln. Das spiegelt sich auch im Mannschaftssport wider. Viele können sich nicht mehr in das Konzept des Mannschaftssports einfügen. Im Bereich der Gesundheitsförderung sehe ich ebenso zunehmende Defizite. Den meisten Jugendlichen fehlt einfach die Bewegung im Freien. Die Entwicklung des Gleichgewichtssinns, der Kletterfähigkeiten und des Muskelaufbaus bleibt dadurch auf der Strecke. Kinder und Jugendliche müssen wieder häufiger aus dem Haus gehen, statt sich hinter dem Computer zu verschanzen.“ – „Mittlerweile gibt es allerdings auch gute Kooperationen

zwischen Schulen und Vereinen, die den Sport verstärkt im Ganztagsbetrieb integrieren. Grundsätzlich halte ich die Zusammenarbeit von Schulen und Vereinen für unverzichtbar.“

Ich habe meinen Beruf als Sportlehrer mit Leidenschaft ausgeübt

„Ich habe meinen Beruf als Sportlehrer mit Leidenschaft ausgeübt und bin jeden Tag gerne in die Schule nach Morbach und später nach Kusel gefahren. Meine Schüler haben gerne Sport betrieben. Insofern musste ich sie nicht besonders motivieren. Ich habe den Sport vorgelebt und die Übungen auch vorgemacht. Wichtig war mir, dass die Guten und Schwächeren gleichermaßen, aber jeweils nach ihren individuellen Voraussetzungen, gefördert wurden. Besonders streng wurde ich, falls ich feststellen musste, dass gerade die Leistungsträger nicht an ihre möglichen Grenzen gingen.“

„Horst-Eckel-Stiftung“ fördert Bildungsangebote

„Neben den Schulen und Vereinen sollten sich auch andere Institutionen für den Sport engagieren. Ich habe ... die „Horst-Eckel-Stiftung“ gegründet. (Anm.: Oktober 2017) Stifterin und Stiftungsratsvorsitzende ist meine Tochter Dagmar Eckel. Die Stiftung setzt sich insbesondere für die Förderung von Bildungsangeboten für Kinder und Jugendliche ein, beispielsweise durch Ferienangebote.“

1954 wird gerne als Gründungsdatum der Bundesrepublik Deutschland bezeichnet

„Nach dem Gewinn der Fußballweltmeisterschaft in Bern gegen Ungarn fuhren wir mit dem Zug von der Schweiz zurück in unsere Heimat. Die Zugfahrt von Bern nach Deutschland und der Empfang der jubelnden Menschen haben die gesamte Mannschaft innerlich sehr berührt. Erst dabei wurde uns so richtig klar, dass wir Weltmeister geworden sind. Den Stellenwert dieses Sieges, den Historiker gerne als Gründungsdatum der Bundesrepublik Deutschland bezeichnen, erkannten wir erst im Laufe der späteren Jahre.“

Menschlichkeit, Bescheidenheit und Teamgeist

„Ich bin doch ein ganz normaler Mensch geblieben.“ Das sagte Horst Eckel sehr oft. Die Werte, die er zeitlebens verkörpert hat, wie Menschlichkeit, Bescheidenheit und Teamgeist, haben nicht nur für seinen 1. FC Kaiserslautern auch heute noch eine große Bedeutung. Seine Berufsjahre an der Kuseler Realschule sieht er als „riesige Glücksfälle meines Lebens“.

Bernd Karst
bernd.karst@vrb-rlp.de
Fotos: Eckel privat



Zurückgeblättert: 1988 – Arbeitsbedingungen und Rollenbilder

Zu einer Redaktionsbesprechung brachte Wolfgang Häring kürzlich eine Ausgabe der „realschulblätter“, ein Redemanuskript und weiteres Archivmaterial aus dem Jahr 1988 mit. Das war Anlass für lebhaftere Erinnerungen und engagierte Ausblicke. An zwei Beispielen wollen wir aufzeigen, dass sich „historische“ Problemanzeigen verstetigen, aber auch auflösen können.

Fundsache: Unterrichtliche und außerunterrichtliche Belastungen

Der VDR Bezirksverband Rheinhessen Pfalz feierte 1988 sein 30-jähriges Bestehen. Vor diesem Hintergrund erhob er gegenüber der Landesregierung die Forderung:



„Nach 30 Jahren wird es Zeit:
24 Wochenstunden für Realschullehrer!“

„Die Landesregierung versuchte, uns mit dem Argument zu beschwichtigen, kleinere Klassen würden automatisch eine Verringerung der Arbeitszeit mit sich bringen. Wir Realschullehrer aber wissen, dass zusätzliche Belastungen in der unterrichtlichen und außerunterrichtlichen Arbeit diese Entlastungen mehr als kompensieren:

- Ausweitung der Mitbestimmung von Eltern und Schülern,
- Zunahme von Verwaltungsarbeit,
- Erprobung neuer Unterrichtsangebote (z. B. ITG) und Medien,
- Hilfestellung der Schulen in Problembereichen wie Drogenberatung, Aids-Aufklärung, Medienerziehung, Verkehrserziehung, Umwelterziehung, u.a.,
- Einführung in neue Technologien,
- Zunahme von Erziehungsschwierigkeiten,
- ...

Fundsache: Alte Rollenbilder überwinden

Der VDR-Landesvorstand führte 1988 ein Gespräch mit der Landesbeauftragten für Frauenfragen Dr. Maria Böhmer. In den „realschulblättern“ wurde darüber berichtet.



Dr. Böhmer bezeichnete die Heranführung der Mädchen an das Fach Informatik bzw. Informationstechnische Grundbildung als Hauptanliegen der Frauenpolitik. Sie wünschte sich vom Bildungsbereich, Vorurteile gegenüber den neuen Technologien insbesondere bei Mädchen abzubauen.

Es war ihr darüber hinaus ein Anliegen, dass in Lehrbüchern, bei Unterrichtszielen und -methoden unterschwellig kein „altes Rollenverhalten“ vermittelt wird. „Daher müssten besonders die Ziele des neuen Wahlpflichtfachs Sozialpädagogik sehr genau verfolgt werden, da sie leicht tradierten Verhaltensweisen huldigen könnten.“

Die WPF-Entscheidung zwischen Hauswirtschaft und Sozialwesen, Technik und Naturwissenschaft und Wirtschaft und Verwaltung der heutigen Schülerinnen und Schüler lässt diese Gefahr gebannt erscheinen. Immer mehr Schüler wählen das Fach Hauswirtschaft und Sozialwesen.

Die Forderung und auch die Begründung dafür muten einem 2022 wie ein déjà-vu an ...

Regina Sersch
regina.sersch@vrb-rlp.de



Ausbildung an der Universität Trier

Das Lehramt für
Realschulen plus und die Schulform sind attraktiv!



Foto: Christoph Krier

Das Lehramt Realschule plus stärken, ist gemeinsames Ziel: Professorin Dr. Sabine Klomfaß, Christoph Krier (VRB), Alexander Sonnen (VRB) und Dr. Simon Gordt (im Uhrzeigersinn).

„Mit dem Defizitdenken muss Schluss sein – Das Lehramt für Realschulen plus und die Schulform sind interessant und attraktiv!“ – Das ist eine der Positionen, über die sich die VRB-Vertreter Christoph Krier und Alexander Sonnen in einer gemeinsamen Videoschalte mit Professorin Dr. Sabine Klomfaß und dem wissenschaftlichen Mitarbeiter Dr. Simon Gordt austauschten. Beide sind in der Abteilung Bildungswissenschaften I im Fachbereich Schulpädagogik mit den Schwerpunkten Erziehung und Bildung tätig.

Professorin Dr. Sabine Klomfaß schilderte ihr Interesse und ihre Ideen für das Lehramt an Realschulen plus und für die Schulform. „Studierende und Lehrkräfte sollen sich nicht dafür rechtfertigen müssen, warum sie sich für die Realschule plus entschieden haben.“ Die Annahme, dass schwierige Schülerinnen und Schüler überwiegend an den Realschulen plus zu finden seien, müsse überwunden werden.

Fokus auf Chancen der Schulform legen

Einen Grund für dieses noch immer vorherrschende Denken sieht die Professorin in der Schulstrukturreform. Zwar habe man die ehemaligen Realschulen und Hauptschulen unter ein Dach gebracht und konzeptionell als Realschulen plus aufgestellt, doch innerhalb der Gesellschaft würden immer noch die beiden Schulformen gesehen.

Nach Ansicht der Bildungswissenschaftlerin müsse der Fokus auf die Chancen der Schulform gelegt werden, z.B. Schülerinnen und Schülern die Möglichkeit zu bieten, Fachwissen und praktisches Arbeiten miteinander zu verbinden. Alexander Sonnen konkretisierte: „Diese Verknüpfung erleben die Schülerinnen und Schüler des Berufsreifezweigs z.B. durch den Praxistag und finden hierüber oftmals eine Perspektive für sich selbst.“

Selbstverortung bestimmt Wahl des Lehramtsstudiengangs

Dass sich Studierende eher für das Lehramt an Grundschulen und an Gymnasien entscheiden, knüpft Klomfaß u.a. an die Selbstverortung der Studierenden. „Die

Grundschule und das Gymnasium kennen die meisten Studierenden aus ihrer eigenen Schulbiografie.“ So lässt sich vermuten, dass ehemalige Realschülerinnen und Realschüler sich eher für das Lehramt an Realschulen plus ausbilden ließen und Gymnasiastinnen und Gymnasiasten für die Sekundarstufe II. „Und eben hier müsse im Laufe des Studiums die Wahrnehmung für die Schulform und die Chancen, die die Realschulen plus böten, gestärkt werden“, so Klomfaß.

Bildungsministerium muss attraktive Rahmenbedingungen schaffen

Die Attraktivität des Lehramts für Realschulen plus könne nicht nur im pädagogischen Arbeiten mit den Schülerinnen und Schülern liegen, sondern müsse sich auch in den Rahmenbedingungen widerspiegeln, bekräftigt Christoph Krier. „Studierende vergleichen die Lehrämter und sehen vermeintlich die Vorzüge im Gymnasium in drei Punkten: die geringere wöchentliche Unterrichtsverpflichtung, die Vermittlung des Fachwissens und die weniger herausfordernde Schülerschaft.“ Insbesondere der Ungleichheit in der Unterrichtsverpflichtung müsse das Bildungsministerium entgegenwirken, um eine Stärkung des Lehramts für Realschulen plus zu erreichen, so Christoph Krier.

Mentoring-Projekt „Bildungs-Partnerschaften (BiPart)“ als Brückenbauer zum Lehramt für Realschulen plus

Die Bildungswissenschaften haben in Folge der Corona-Pandemie und den damit verbundenen Herausforderungen für Schülerinnen und Schülern das Mentoring-Projekt „BiPart (Bildungs-Partnerschaften)“ ins Leben gerufen. Innerhalb der nächsten zehn Monate werden Schülerinnen und Schüler an Realschulen plus im Großraum Trier von Studierenden pädagogisch begleitet und in ihrer persönlichen sowie sozialen Entwicklung gestärkt. Zeitgleich bahnt die Gestaltung des Mentorings-Projekts an, die pädagogische Professionalisierung der Studierenden zu fördern und das theoretisch erworbene Wissen in Zusammenhänge mit dem praktischen Arbeiten zu übertragen. Hierbei arbeiten wöchentlich Studierende und Schülerinnen bzw. Schüler im Verhältnis 1:2 zusammen, erledigen Hausaufgaben, bereiten Klassenarbeiten in den Hauptfächern Deutsch, Mathematik und Englisch

vor und entwickeln gemeinsam Lernstrategien. Diese Art des Zusammenkommens schaffe eine Möglichkeit, dem Wunsch der Studierenden nach mehr Praxisbezug innerhalb des Studiengangs gerecht zu werden, und schaffe es, die Professionalisierung im Lehrberuf anzubahnen.

Individuelle Professionalisierung und Praxiserfahrung

Prof. Klomfaß und Dr. Gordt berichteten über einen vom Fachbereich organisierten Realschule-plus-Nachmittag zum Thema „Pädagogische Beziehungen gestalten“,

Universität Trier. Bildungswissenschaften I. Fachbereich Schulpädagogik mit den Schwerpunkten Erziehung und Bildung:

Dr. Sabine Klomfaß ist seit 2021 Professorin für Schulpädagogik mit den Schwerpunkten Erziehung und Bildung. Sie studierte Deutsch und Philosophie in Marburg, absolvierte ihren Vorbereitungsdienst in Kassel und unterrichtete am Gymnasium Tiergarten Berlin-Moabit die Fächer Deutsch, Ethik und Philosophie. Von 2004 bis 2020 hatte sie mehrere Lehraufträge im Bereich der Erziehungswissenschaften an den Universitäten Berlin, Hildesheim und Gießen inne.

Dr. Simon Gordt studierte Sozialwissenschaften in Mannheim sowie am Institut d'Etudes Politiques de Lille. Er promovierte im Fachbereich Erziehungswissenschaften (Bildungssoziologie) der Universität Bern, war wissenschaftlicher Mitarbeiter an den Universitäten Hildesheim und Chemnitz und ist seit 2021 in Trier wissenschaftlicher Mitarbeiter im Fachbereich Schulpädagogik mit den Schwerpunkten Erziehung und Bildung tätig.

der Anfang Dezember stattfand. Dabei habe eine Vertreterin der Fachschaft eben diese individuelle Professionalisierung und eine Erhöhung des Praxisbezugs innerhalb der ersten Phase der universitären Ausbildungsphase eingefordert. Die bisherigen Praktika böten zu wenig Raum, um die Schulform kennenzulernen. Im Verlauf des Studiengangs sei eine zielführendere Vorbereitung auf das Lehramt an Realschulen plus wünschenswert.

VRB bietet Unterstützung an

Am Ende des Gesprächs war man sich einig: die Stärkung des Lehramts für Realschulen plus sei notwendig. Das könne man nur gemeinsam und mit gegenseitiger Unterstützung erreichen. Diesbezüglich blicke man optimistisch in die Zukunft. Seitens des VRB bot Christoph Krier die nötige Unterstützung an.

Christoph Krier
christoph-krier@vrb-rlp.de



Seminarausbildung in Corona-Zeiten

Im Gespräch mit Marco Ringel

Corona hat nicht nur die Arbeit der Lehrkräfte und Schulen, sondern auch die der Studienseminare, der Fachleiterinnen und Fachleiter und insbesondere der Lehrkräfte in Ausbildung vor größte Herausforderungen gestellt. Katharina Becker und Alexander Sonnen trafen sich im November mit Marco Ringel, dem Leiter des Studienseminars Trier, zu einem Gespräch über die Seminausbildung unter Corona-Bedingungen.

Marco Ringel ist Lehrer für Musik und Biologie. Seit 2014 leitet er das Staatliche Studienseminar für das Lehramt an Realschulen plus in Trier. Als YouTuber produziert er unter dem Titel „Schule im Gespräch“ einen wöchentlich erscheinenden Lernkanal für Lehrerinnen und Lehrer. Marco Ringel ist Autor mehrerer schulpraktischer Werke. Zuletzt ist von ihm ein Handbuch für angehende Lehrkräfte im Verlag Klett-Kallmeyer erschienen. Titel: „Erfolgreich unterrichten. Kompakt. Ein Handbuch für angehende Lehrkräfte“. Wir haben es für eine Besprechung in einer unserer nächsten Ausgaben vorgemerkt.

RBiRP: Wann und wie hat Corona Ihr Seminar erstmals herausgefordert?

Marco Ringel: Das war zum Zeitpunkt der ersten Schulschließung, Mitte März 2020. Die Ausbildung der damaligen Gruppe war schon so weit abgeschlossen, dass hier nur die Prüfungen angepasst werden mussten. Sie erfolgten im Studienseminar und nicht als Unterrichtsereignisse in den Schulen. Wir führten Prüfungsgespräche auf der Grundlage von Unterrichtsentwürfen. Beim Start der folgenden Ausbildungsgruppe war es dann wieder möglich, sowohl im Studienseminar als auch in der Schule die reguläre Ausbildung zu beginnen.

Maßgabe: Nicht zu Lasten der Anwärterinnen und Anwärter

Was musste in der Ausbildung verändert werden? Gab es Homeschooling im Studienseminar?

Die Anwärterinnen und Anwärter sollten trotz der Corona-Situation so praxis- und alltagsnah wie möglich ausgebildet werden. Die Ausbildungsveranstaltungen des Studienseminars konnten zum Großteil per Videokonferenz über BigBlueButton stattfinden. Für viele Anwärterinnen und Anwärter hatte das den kleinen Vorteil, dass die Fahrten zum Seminar entfielen.

Bei vielen Themen, wie z. B. Kommunikation, ist es allerdings wichtig, dass man praktische Übungsphasen hat

und miteinander interagiert. Diesen Teil der Ausbildung führten wir baldmöglichst im Studienseminar durch. Das alles war vom Tagesgeschehen, aktuellen Entwicklungen sowie schulbehördlichen und schulischen Vorgaben abhängig. Wir mussten wöchentlich neu entscheiden. Unsere Maßgabe war, dass Corona nicht zu Lasten der Anwärterinnen und Anwärter gehen sollte.

Tutorials zur Erstellung von Lernfilmen und zu digitalem Unterricht

Wo war Ihre Unterstützung besonders gefragt?

Insbesondere im Hinblick auf den Online-Unterricht entstand Handlungsbedarf. Die neue Situation war nicht nur für die Lehrkräfte in Ausbildung, sondern für alle Lehrkräfte eine Herausforderung, auf die wir mit einem Angebot aus Video-Tutorials über unseren Kanal „Schule im Gespräch“ reagierten. Wir haben beispielsweise gezeigt, wie man Lernfilme erstellt und digital unterrichtet. Diese Tutorials konnten dann öffentlich zugänglich über YouTube aufgerufen werden. Darüber hinaus unterstützten die Fachleitungen die Auszubildenden mit ihren eigenen langjährigen digitalen Erfahrungen. Da wir da recht gut aufgestellt sind, war das kein Schritt ins komplett Ungewisse.



Foto: Michaela Niesel

Alexander Sonnen (li.) und Katharina Becker sprachen mit dem Trierer Seminarleiter Marco Ringel über den Umgang mit den pandemiebedingten Herausforderungen in der Lehrkräfte-Ausbildung. Eine Ausbildungsverlängerung war keine Option.

Handlungsfähig durch Rückgriff auf bereits entwickelte Projekte

Sie haben Lehrkräften sowie den Anwärterinnen und Anwärtern Unterstützung gegeben. Uns interessiert auch, welche Unterstützung Sie als Studienseminar in dieser Zeit erwarten konnten.

Die verbindlichen Vorgaben des Landesprüfungsamtes, die besonders den Arbeitsschutz fokussierten, hielten wir als Studienseminar natürlich ein. Diese Handlungsklarheit war für uns wichtig. Im digitalen Bereich haben wir fundierte Erfahrungen, weshalb wir nicht auf Hilfe angewiesen waren, sondern lediglich unser Konzept durch den Austausch mit anderen Seminarleitungen und Seminaren optimieren mussten. Die Studienseminare des Landes sind auch schulartübergreifend gut vernetzt. Das war sehr hilfreich. Darüber hinaus koordinierten wir schon vor der Pandemie das Leuchtturmprojekt

„Digitalisierung in der Lehrkräfteausbildung“ des Landes, weshalb wir auf bereits entwickelte Konzepte zurückgreifen konnten und umgehend handlungsfähig waren.

Stichwort Digitalisierung – Wurde durch Corona der „Digitalboom“ beschleunigt?

Im Studienseminar hatten wir den Vorteil, dass wir technisch keinen Nachholbedarf hatten, da wir vor einigen Jahren die Themen Datenvolumen und Bandbreite angegangen sind. Im schon erwähnten Leuchtturmprojekt „Digitalisierung“ waren wir bereits mit professioneller Hardware ausgestattet worden. Zudem gab es digitale Unterrichtskonzepte.

Bei den Ausbildungsschulen dagegen sah es teils anders aus, besonders was die Bandbreite betrifft. In vielen Schulen fand sicherlich eine intensive digitale Entwicklung statt. Hier fehlen uns jedoch Informationen.

Unsere Anwärterinnen und Anwärter, die in ganz Rheinland-Pfalz verteilt wohnen, hatten zumindest mit der

Erreichbarkeit keine Probleme. Die Nutzung digitaler Kommunikationswege funktionierte von unserer Seite aus problemlos und ich bin sehr sicher, dass wir auch nach Corona Videokonferenzen regelmäßig nutzen werden.

Ausbildungsverlängerung war keine Option

Lassen sich die Prüfungen während der Corona-Pandemie mit den vorherigen vergleichen?

Wir haben uns landesweit zusammengeschlossen und ein Konzept entwickelt, welches das Ziel hatte, dass die betroffenen Anwärterinnen und Anwärter nicht benachteiligt werden. Kreativität war gefragt. So haben zum Beispiel die praktischen Prüfungen als eine Art mündliche Prüfung stattgefunden. Das war damals die einzige Möglichkeit, denn die Verlängerung der Ausbildung bzw. das Verschieben der Prüfung war für uns keine Option. Ich persönlich bin zudem der Meinung, dass die Prüfung für die Lehramtsqualifikation weniger bedeutsam ist als die tatsächliche Ausbildung. Daher glaube ich auch nicht, dass es zu Benachteiligungen gekommen ist. Betrachtet man die Prüfungsergebnisse im Vergleich zu den Prüfungen der letzten Jahre, so waren die im Schnitt nicht schlechter.

Wir danken Ihnen für das Gespräch. Zum Schluss möchten wir Ihnen zwei Satzanfänge mit der Bitte vorgeben, sie weiterzuführen:

Wer LAA in Corona-Zeiten war, der...

... ist gut auf die Schule vorbereitet und im Besonderen auf die Digitalisierung.

Wenn Corona für etwas gut war, dann...

... Corona war für nichts gut!

Das Gespräch führten Katharina Becker und Alexander Sonnen





Als Mint-Region ausgezeichnet: das Biosphärenreservat Pfälzerwald. Es sieht sich als Modellregion für Nachhaltigkeit und plant zusammen mit regionalen Kooperationspartnern MINT-Materialien zu Themen wie beispielsweise „Wald“ oder „Abfall“ zu erarbeiten, diese dann mit Schülerinnen und Schülern zu erproben und in einer dritten Arbeitsphase öffentlich zur Verfügung zu stellen. Die Auszeichnungen wurden von Wirtschaftsministerin Daniela Schmidt, Bildungsministerin Dr. Stefanie Hubig und von Dr. Denis Alt, Staatssekretär im Ministerium für Wissenschaft und Gesundheit, überreicht. Anne Laux von der Biosphärenreservat-Geschäftsstelle Pfälzerwald nahm sie entgegen. (Link: <https://www.pfaelzerwald.de/blog/mint-region-biosphaerenreservat-pfaelzerwald/>)

MINT-Siegerregionen 2021

Region Mayen-Koblenz und Biosphärenreservat Pfälzerwald

Am 15. November 2021 fand die diesjährige MINT-Siegerehrung und Fachtagung in der IHK Rheinhessen in Mainz statt, bei der die Sieger des Förderwettbewerbs „MINT-Regionen Rheinland-Pfalz“ ausgezeichnet wurden.

Ehrung und finanzielle Förderung

Seit 2018 werden in Rheinland-Pfalz jährlich MINT-Regionen für ihre innovativen Konzepte durch ein Expertenteam aus Mitgliedern, u. a. des Bildungs-, Wirtschafts- und Wissenschaftsministeriums und des Pädagogischen Landesinstituts ausgezeichnet. Bei der Siegerehrung Mitte November in der Industrie- und Handelskammer Rheinhessen in Mainz wurden die Region Mayen-Koblenz und das Biosphärenreservat Pfälzerwald als neue MINT-Regionen

gekürt. Die Auszeichnungen wurden von der Bildungsministerin Dr. Stefanie Hubig, der Wirtschaftsministerin Daniela Schmidt und dem Staatssekretär im Ministerium für Wissenschaft und Gesundheit, Dr. Denis Alt, überreicht. Mit dieser Ehrung erhalten beide Regionen eine finanzielle Förderung von je 30.000 Euro für die Umsetzung ihrer Konzepte in den kommenden beiden Jahren.

Junge Menschen für MINT-Fächer begeistern

Dr. Stefanie Hubig hob zu Beginn der Veranstaltung die Bedeutung der MINT-Fächer Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik für die gesamte Ausbildungslaufbahn der Kinder und Jugendlichen vom Kindergarten bis zur Hochschule hervor und unterstrich den bedeutsamen

Charakter der Fächer vor dem Hintergrund der voranschreitenden Digitalisierung im Alltag und in der Arbeitswelt. Die Auszeichnungen der MINT-Regionen seien ein wichtiger Baustein der rheinland-pfälzischen MINT-Strategie, um sich zu einem starken MINT-Land zu entwickeln, das sich zum Ziel gesetzt habe, junge Menschen für MINT-Fächer zu begeistern. Ebenso wichtig sei auch die Vernetzung mit regionalen Partnern aus Wirtschaft, Bildung und Kommunen, und darüber hinaus die Kooperation der einzelnen MINT-Regionen untereinander.

Projekte der Siegerregionen

Im Rahmen der Veranstaltung stellten die Akteure der beiden Sieger-Regionen ihre Projekte vor. Sie berichteten über Herausforderungen, denen sie in ihren Regionen gegenüberstanden, und präsentierten die

konkreten Projektziele und -perspektiven sowie bereits geplante MINT-Maßnahmen.

Fachtagung: Aufbau und Finanzierung von MINT-Programmen

Die Fachtagung am Nachmittag gliederte sich in vier parallel stattfindende Fachforen, in denen sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer unter anderem zu Themen wie Koordinierung, Aufbau und Finanzierung von MINT-Programmen, über interkommunale Kooperationsmöglichkeiten und die unterschiedlichen regionalen Formate der vier MINT-Regionen Eifel, Neuwied und Koblenz, Neustadt an der Weinstraße und Rhein-Neckar informieren konnten.



Nicole Weiß-Urbach
nicole.weiss-urbach@vrb-rlp.de
Fotos: MINT-Geschäftsstelle
(Peter Pulkowski)



Henning Schröder, Leiter der Abteilung Wirtschaft und Kreisentwicklung in der Kreisverwaltung Mayen-Koblenz und Geschäftsführer der Wirtschaftsförderungsgesellschaft Mittelrhein, stellte das Projekt der MINT-Region Mayen-Koblenz vor. Es plant u.a. einen jährlich stattfindenden MINT-Tag, einen „Tag der offenen Tür“ mit speziellen, außerschulischen MINT-Angeboten der Kooperationspartner dieser Region. (Link: <https://www.wfg-myk.de/mehr/Ansprechpartner/>)



MINT-Region Rheinland-Pfalz: Newsletter-Abo

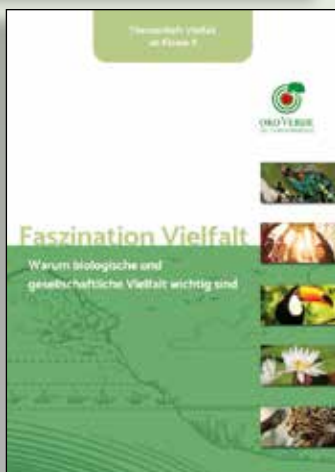
Die MINT-Region Rheinland-Pfalz veröffentlicht regelmäßig einen Newsletter, in dem MINT-interessierte Lehrkräfte über Fortbildungen im MINT-Bereich oder über Wettbewerbe, wie beispielsweise die World Robot Olympiad 2022 informiert werden. Daneben erhält man Tipps in Form von digitalen Angeboten für verschiedene Schulformen oder Unterrichtsmaterial.

Als Beispiel sei das Bildungsprojekt Faszination Vielfalt genannt. Dazu wird ein Materialpaket zum Thema „Faszination Vielfalt“ angeboten, das für die Sekundarstufe I, Klassen 8 bis 10 entwickelt wurde. Am Beispiel des tropischen Regenwaldes werden die Bedeutung und die Bedeutsamkeit des Artenreichtums und die Dramatik des Artensterbens anschaulich vermittelt. Umfangreiche Hintergrundinformationen für Lehrkräfte, Arbeitsblätter, Schaubilder und multimedial aufbereitetes Arbeitsmaterial sind in dem Themenheft enthalten. Es kann (entweder für 8 Euro Bearbeitungspauschale bestellt oder) unter folgendem Link kostenlos heruntergeladen werden:

<https://www.regenwald-schuetzen.org/unsere-projekte/bildungs-projekte/faszination-vielfalt/unterrichtsmaterial-faszination-vielfalt>

Den Newsletter der MINT-Regionen kann man bei der MINT-Geschäftsstelle anfordern.

<https://mint.rlp.de/de/angebote/mediathek/mint-regionen-newsletter/>



Nicole Weiß-Urbach
nicole.weiss-urbach@vrb-rlp.de



► Schüler-Feedback

Können Schülerbewertungen in die Unterrichtsevaluation einbezogen werden?

Immer häufiger bewerten Schülerinnen und Schüler die Qualität ihres Schulunterrichts. Dies wird in der Lehreraus- und -fortbildung kontinuierlich empfohlen. So entstehe eine vertiefte Beziehung zur Lehrperson. Schülerinnen und Schüler hätten das Gefühl, in ihrer Meinung ernst genommen zu werden und wirksam zu sein. Die Lehrkräfte könnten dadurch einschätzen, wie sie „ankommen“.

In das sog. Schüler-Feedback fließen allerdings viele Faktoren ein. Deshalb heißt es künftig genauer hinzuschauen. Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler des Hector-Instituts für Empirische Bildungsforschung der Universität Tübingen fanden in einer Studie* Hinweise darauf, dass die selbst erzielten Noten nicht nur die Beurteilung des jeweiligen Fachunterrichts beeinflussen, sondern sich auch auf das Feedback für andere Fächer auswirken können.

Das Team um Ann-Kathrin Jaekel untersuchte, wie die Noten von rund 6.500 Schülerinnen und Schülern der Klassen 5 bis 10 in den Fächern Mathematik und Deutsch mit ihrer Bewertung der Unterrichtsqualität zusammenhängen. Dabei wurde deutlich: Je besser die Note der Schülerinnen und Schüler in einem Fach, desto besser bewerteten sie dort den Unterricht.

Vergeben also Lehrkräfte überdurchschnittlich gute Noten, führt das in der Regel dazu, dass ihr eigener Unterricht besser bewertet wird. Gleichzeitig bringt es aber ihren Kolleginnen und Kollegen eines anderen Fachs schlechtere Unterrichtsbewertungen ein. Dieses vergleichende Bewertungsmuster konnten die Forscherinnen und Forscher nicht nur bei einzelnen Schülerinnen und Schülern feststellen, sondern es galt für ganze Klassen.

Wie Schülerinnen und Schüler die Unterrichtsqualität in einem Fach bewerten, wird auch von den Noten beeinflusst, die sie in einem anderen Fach erhalten. Dieses Phänomen muss besonders berücksichtigt werden, wenn Schülerbewertungen für die Beurteilung von Lehrkräften im Rahmen der Unterrichtsevaluation herangezogen werden. Mit ihren Ergebnissen liefert die Studie ein wichtiges Puzzlestück, um die Frage zu beantworten, welchen Nutzen Schülerurteile für die Schulpraxis haben und welche Einschränkungen dabei zu berücksichtigen sind.“

Wolfgang Häring
wolfgang.haering@vrb-rlp.de



Quelle: Pressemitteilung der Universität Tübingen vom 22.11.21

*Jaekel, A.-K., Göllner, R., & Trautwein, U. (2021). How students' perceptions of teaching quality in one subject are impacted by the grades they receive in another subject: Dimensional comparisons in student evaluations of teaching quality. *Journal of Educational Psychology*, 113(4), 770–783.



Das Gründer-Ehepaar Hildegard und Franz Cornelsen, 1946

► Fundsache

Jubiläum: 75 Jahre Cornelsen Verlag

„Aus dem Schulbuch ein hybrides Bildungsmedium“ zu schaffen, das ist die Philosophie des Cornelsen Verlages, der im vergangenen Jahr sein 75jähriges Verlagsjubiläum feiern konnte.

1946 gründeten Franz und Hildegard Cornelsen das Unternehmen in Berlin. Mit „Peter Pim and Billy Ball“ brachten sie schon 1948 ein von Muttersprachlern entwickeltes Englischbuch auf den Markt, um bei Kindern die Begeisterung für die englische Sprache zu wecken. Die Gründer wollten so dazu beitragen, Grenzen zu überwinden und eine internationale Verständigung fördern.

Bereits in den 50er Jahren wurden Ideen zum fächerübergreifenden Unterricht in den Lehrwerken umgesetzt. Außerdem wurden Lehrerinnen und Lehrer als Schreibende gewonnen, damit deren Praxiserfahrung sich in den Schulbüchern wiederfindet.

Mit digitalen Angeboten für Lehrende und Lernende, Diagnostiktools und weiteren Lösungen manifestiert der Verlag auch nach 75 Jahre, dass es Cornelsen um mehr als den Verkauf von Schulbüchern geht. Die Begeisterung für das Lernen steht im Fokus.

Impressionen zum Jubiläum zeigt der Verlag auf seiner Website unter „75 Jahre Cornelsen. Potentiale entfalten - Zukunft gestalten“. Neben der Darstellung der Firmenhistorie werden unter der Rubrik „Entfaltungsgeschichten“ in kurzen Videosequenzen Menschen vorgestellt, deren Biographie durch die Begegnung und den Einfluss von Vorbildern geprägt wurde.

Für das Firmenjubiläum hat der Bookstagram-Künstler James Trevino aus den Lehrwerken des Verlags Skulpturen erstellt. Deren Entstehung wurde in Videoclips festgehalten. Ein Blick auf www.Cornelsen.de/75-Jahre/Buchkunst lohnt sich.

Monika Antoni
monika.antoni@vrb-rlp.de
Quelle: Cornelsen-Website





Was macht eigentlich ... Petra Gerster?

Die heute-Moderatorin Petra Gerster war 2013 Referentin beim Ingelheimer Fachkongress. Sie sprach über „Erziehung und Gesellschaft“. Ihr Thema war und ist nach wie vor, für die Gleichberechtigung von Mann und Frau zu sensibilisieren, Gewohntes zu hinterfragen und vorwärtsgewandt zu denken...



... Das greift sie auch in ihrem jüngst erschienenen Buch „Vermintes Gelände“ auf, das sie mit ihrem Ehemann, dem Journalisten Christian Nürnberger, geschrieben hat. Es ist ein Plädoyer für eine Sprache, die respektvoll und behutsam mit allen Menschen umgeht und sie in ihrer Vielfalt wahrnimmt. Lesenswert!

Im März 2013 hielt die Fernsehmoderatorin Petra Gerster auf dem Ingelheimer Fachkongress einen Vortrag zum Thema „Erziehung und Gesellschaft“. Als „ganz subjektiv interessierter bildungspolitischer Laie“ trug sie ihre Analyse und ihre daraus resultierenden Forderungen und Wünsche an unser Bildungssystem vor. In der anschließenden Talkrunde stellte sie sich den Fragen von Lehrkräften und Elternvertretern. Obwohl das Thema genügend kontroverse Sichtweisen zuließ, gelang es Petra Gerster stets, die Diskussion sachorientiert und konstruktiv im Sinne aller Beteiligten zu führen. Und ohne dabei ihr Ziel aus den Augen zu verlieren.

Ihr Hauptthema: Gleichberechtigung

Deshalb war es erstaunlich, dass gerade sie am Ende ihrer Laufbahn als Moderatorin der Hauptausgabe der heute-Sendung im ZDF mit ihrer phonetischen Wiedergabe des Gendersternchens solch große Emotionen und Widerstände auslöste. Was man bei Claus Kleber relativ gelassen hinnahm, empörte bei Petra Gerster viele Zuschauerinnen und Zuschauer gewaltig. Dabei war für Petra Gerster Gleichberechtigung schon immer ihr Hauptthema, und sie arbeitet mit Nachdruck daran. Es ist nämlich keine Selbstverständlichkeit, dass eine Frau bis zum Rentenalter die Nachrichten präsentiert, dass in Nachrichten Frauen und Männer in ungefähr gleichen Anteilen vorkom-

men, dass nicht nur Experten sondern auch Expertinnen zu Wort kommen und ja, dass man in der Moderation gendert. Dass Petra Gerster schon lange nicht mehr nur das generische Maskulin benutzt hatte, sondern beide Geschlechter nannte, war kommentarlos akzeptiert worden.

Es bleibt mit Sicherheit – nicht nur in der Sprache – eine große Aufgabe, das Bewusstsein für die Gleichberechtigung von Männern und Frauen immer wieder zu sensibilisieren, Auswüchse zu verhindern, berechnete Anliegen zu unterstützen. Und vor allem neue Wege zuzulassen, Gewohntes zu hinterfragen, vorwärtsgewandt zu denken.

Sprachgestaltung – ein lebendiger Prozess

Das Buch „Vermintes Gelände. Wie der Krieg um Wörter unsere Gesellschaft verändert“, das Petra Gerster nach ihrer Zeit als Nachrichtenmoderatorin zusammen mit ihrem Ehemann, dem Journalisten Christian Nürnberger geschrieben hat, greift diese Problematik auf und geht doch viel weiter. Es ist ein Plädoyer für eine Sprache, die respektvoll und behutsam mit allen Menschen umgeht. Ein Plädoyer dafür, die Menschen in ihrer Vielfalt und ihren unterschiedlichen Facetten wahrzunehmen und dies auch sprachlich zum Ausdruck zu bringen. Die beiden argumentieren nicht dogmatisch und wagen auch keine Prognose, wohin unsere Sprache sich entwickeln wird, denn sie akzeptieren, dass Sprachgestaltung ein lebendiger Prozess ist, bei dem ggf. alte Hüllen abgestreift werden und Neues entstehen kann. Das war und ist nicht immer einfach.

Regina Sersch
regina.sersch@vrb-rlp.de
Fotos: Berneburg; Heyne-Verlag



VRB-Bezirke



KOBLENZ: Vorstandsarbeit ist Teamarbeit: Bengjamin Bajraktari erneut gewählt

NEUSTADT: Anliegen der Mitglieder sind Ausgangspunkt: Christoph Schneider neuer Vorsitzender

TRIER: Vertrauensvolle Zusammenarbeit: Christoph Krier wiedergewählt

NEUWAHL

Bengjamin Bajraktari als Bezirksvorsitzender wiedergewählt



Der frisch gewählte Vorstand im Bezirk Koblenz freut sich über die Wahlergebnisse und auf die Arbeit in der bevorstehenden Amtsperiode: Andreas Stegmann, Joanna Boehlke, Bengjamin Bajraktari, Gerhard Hein und Nicole Weiß-Urbach (v.li.)

Die Bezirksversammlung zur Wahl eines neuen Vorstandes fand im November 2021 in Koblenz statt, Nico Cordes und Jana Brachtendorf übernahmen dabei die Aufgaben des Tagungspräsidiums. Im Rahmen dieser Versammlung wurde nach den Wahlen noch eine iPad-Schulung durch Andreas Stegmann angeboten.

Grußwort des Landesvorsitzenden

Der Landesvorsitzende Timo Lichtenhäger, der nicht persönlich anwesend sein konnte, richtete in seiner Videobotschaft ein Grußwort an die Mitglieder. Besonders dankte er dem bisherigen Vorstand für die erfolgreiche Arbeit in der letzten Wahlperiode.

Er erinnerte auch an die Flutkatastrophe im Ahrtal und bedankte sich für die vielfältige Unterstützung der betroffenen Schulgemeinschaften. Unterschiedliche Spendenaktionen von Schulen im ganzen Land seien dankbar registriert worden.

Für die Verbandsarbeit umriss er die zentralen Forderungen der nächsten Jahre anhand der Megathemen „Unterrichtsqualität ausbauen“, „Lehramt stärken“, „Digitalisierung vorantreiben“, „Schule gestalten“ und „Gesundheit schützen“.

Rechenschaftsbericht

In seinem Rechenschaftsbericht stellte Bezirksvorsitzender Bengjamin Bajraktari die Vorstandsarbeit, die Personalratsarbeit, die Personalratswahlen und die Fortbildungen durch den Bezirksvorstand Koblenz heraus.

Vorstandsarbeit ist Teamarbeit

Im Rahmen seines Tätigkeitsberichts informierte der Vorsitzende über die mehr als 50 Bezirksvorstandssitzungen, die in Präsenz oder in Videokonferenzen abgehalten wurden. Diese Teambesprechungen seien für die Arbeit des Vorstandes unerlässlich. Die Zusammenarbeit im Bezirksvorstand zeichne sich durch ein familiäres, zuverlässiges und vertrauensvolles Miteinander aus. Der Bezirk Koblenz habe in den letzten fünf Jahren über 100 neue Mitglieder gewinnen können und damit sein Gewicht im Landeshauptvorstand verstärkt.

Schulungs- und Fortbildungsangebote

In seiner Rückschau benannte Bengjamin Bajraktari die größtenteils digital umgesetzten Fortbildungs- und Schulungsangebote, die sich sowohl an die Lehramtsanwärterinnen und –anwärter als auch an die neu gewählten örtlichen Personalräte richteten und bis zu 200 Teilnehmerinnen und Teilnehmer erreichten. Die gemeinsame ÖPR-Schulung der Bezirke Koblenz und Trier konnte im November analog durchgeführt werden. Sie habe großen Zuspruch gefunden und die Bedeutung eines direkten Austauschs in Präsenz verdeutlicht.

Die Arbeit mit den Studienseminaren beschrieb er als einen wichtigen Baustein der Verbandsarbeit. In Seminarbesuchen zeige der VRB den Lehramtsanwärterinnen und –anwärtern die Bedeutung der Verbandsarbeit auf und biete Unterstützung für den Berufsalltag an.

Erfolgreiche Personalratswahlen

Bengjamin Bajraktari blickte zurück auf die Personalratswahl im Mai, bei der der VRB im Bereich der Realschulen plus sowohl im Hauptpersonalrat (HPR) als auch im Bezirkspersonalrat (BPR) einen deutlichen Stimmenzuwachs erzielte. Trotz der Corona-Pandemie, der Phase des Lockdowns im Frühsommer und den damit verbundenen Schwierigkeiten, die Wahlen vor Ort an den Schulen durchzuführen, sei die Wahlbeteiligung sehr hoch gewesen. Mit dem größten Stimmenanteil in beiden Stufenvertretungen habe der Verband Reale Bildung je einen weiteren Sitz dazugewonnen. In beiden Gremien stelle der Verband den Vorsitz - im HPR (Michael Eich) und im BPR (Bengjamin Bajraktari). Das Wahlergebnis bestätige den Kurs und die Arbeit des Verbandes für die Realschulen plus. Mit seinen Forderungen und Zielen finde der Verband Reale Bildung Einfluss und Anerkennung in der Politik und in der Schulverwaltung.

Kassenbericht, Kassenprüfung und Entlastung

Nicole Weiß-Urbach gab in ihrer Funktion als Bezirksschatzmeisterin einen ausführlichen und detaillierten Bericht

über die Bezirkskasse. Sie dankte dem Landesvorstand für die finanzielle Unterstützung. Der Bezirk habe in der ablaufenden Amtsperiode kostenintensive Projekte umsetzen können.

Margit Lenarz stellte im Auftrag der beiden Kassenprüfer deren Ausführungen zur Kassenprüfung dar. Die Kassenprüfer lobten die vorbildliche Kassenführung.

Die Entlastung des Vorstandes erfolgte einstimmig.

Ergebnis der Neuwahlen

Bezirksvorsitzender Benjamin Bajraktari wurde in seinem Amt ebenso bestätigt wie sein erster Stellvertreter Gerhard Hein. Joanna Boehlke wurde zur zweiten Stellvertreterin gewählt. Nicole Weiß-Urbach wurde als Schatzmeisterin im Amt bestätigt. Zum

Schriftführer wurde Andreas Stegmann gewählt.

Als Kassenprüfer wurden Diana Schütze-Seitz und Frank Pohl einstimmig gewählt. Neu gewählt wurden auch die Vertreter des Bezirks im Landeshauptvorstand nämlich Gerhard Hein, Joanna Boehlke, Andreas Stegmann und Nico Cordes.

iPad-Schulung

Im Anschluss an die Wahlen führte Andreas Stegmann die interessierten Mitglieder durch eine praxisorientierte Schulung im Umgang mit iPads. Die Teilnehmenden hatten die Möglichkeit, vor Ort die ersten Schritte am iPad zu erproben und umsetzbare Kenntnisse im Umgang mit iPads im Klassenzimmer zu erwerben.



Benjamin Bajraktari verabschiedet Marion Bellinger aus dem Bezirksvorstand und bedankt sich für ihr langjähriges Engagement. Sie wird dem Verband im Bezirk Koblenz weiterhin als Delegiertenvertreterin und als Expertin für Fragen rund um das Studiensseminar erhalten bleiben.

Nicole Weiß-Urbach
nicole.weiss-urbach.de@vrb-rlp.de
Fotos: Nicolas Cordes



Gemeinsame Personalräte-Fortbildung der VRB-Bezirke Koblenz und Trier: Es war seit Langem die erste analoge Veranstaltung. Die Referentinnen und Referenten berichteten aus der Arbeit des Bezirkspersonalrates (Benjamin Bajraktari) und des Hauptpersonalrates (Christoph Krier) ...

PERSONALRÄTEFORTBILDUNG IN TREIS-KARDEN

Aufgaben und Beteiligungsrechte der Personalvertretungen

Im letzten November organisierten die Bezirke Trier und Koblenz in Treis-Karden eine gemeinsame Personalräteschulung. Diese Veranstaltung war die erste analoge seit Beginn der Pandemie. Die über 40 Teilnehmerinnen und Teilnehmer zeigten sich erfreut, endlich wieder bei „echten Begegnungen“ in den Austausch zu kommen. Dabei war die Beachtung der Hygienemaßnahmen für alle Anwesenden selbstverständlich.

Benjamin Bajraktari, stellvertretender Vorsitzender im Landesverband und Vorsitzender im Bezirk Koblenz, begrüßte die Vertreterinnen und Vertreter der örtlichen Personalvertretungen und beschrieb, welches Gefühl es sei, wieder vor und mit Kolleginnen und Kollegen sprechen zu dürfen. Die unmittelbaren Reaktionen der Zuhörerinnen und Zuhörer könne die Kamera einer Videoschleife nicht spiegeln. Dennoch glaube er, dass beide Angebotsformen perspektivisch sinnvoll seien.

Aufsichtspflicht und andere Beispiele aus der Arbeit des Bezirkspersonalrats

Benjamin Bajraktari, der den Vorsitz im Bezirkspersonalrat der Realschulen plus innehat, skizzierte zunächst das „Tagesgeschäft der BPR-Arbeit“ und verwies auf die gute Erreichbarkeit des Bezirkspersonalrates, auch in den Ferien.

Ein aktueller Arbeitsschwerpunkt des Gremiums sei die Begleitung der noch ca. 40 offenen Besetzungsverfahren für Didaktische bzw. Pädag-

gogische Koordinatorinnen und Koordinatoren in den beiden Bezirken. Bei diesen Verfahren überwache der BPR, ob für alle Bewerberinnen und Bewerber die gleichen Rahmenbedingungen eingehalten werden. Zudem sei er neben der Beteiligung des örtlichen Personalrates in der Mitbestimmung bei der anschließenden Stellenbesetzung.

Mit Fällen aus der aktuellen Rechtsprechung, beispielsweise zur Gewährleistung der Aufsichtspflicht bei Klassenmitführungen oder zu Fragen des Elternwillens bei Entscheidungen zur Schulwahl, beendete der Koblenzer Bezirksvorsitzende seinen Abriss der BPR-Arbeit.

Edoo.sys und weitere Themen aus der Arbeit des Hauptpersonalrates

Christoph Krier, der Vorsitzende des Bezirks Trier und ebenfalls stellvertretender Vorsitzender im Landesverband sowie Mitglied im Hauptpersonalrat der Realschulen plus, gab einen Einblick in dessen Arbeit.

Der HPR habe beispielsweise schon frühzeitig gewarnt, dass die Umstellung auf edoo.sys bei der Statistik zu massiven Problemen führen werde, da das Programm noch Optimierungsbedarf habe. Für die vorläufige Statistik im Frühjahr werde deshalb nochmals die bewährte Form einer EXCEL-Datei genutzt.

Die digitalen Endgeräte für Lehrerinnen und Lehrer sollen bis Frühjahr 2022 ausgeliefert sein. Hierzu merkte Krier an, dass die ausleihenden Lehrkräfte für das Gerät verantwortlich und bei grober Fahrlässigkeit auch regresspflichtig seien.

Zum Schluss verwies er auf die für alle Schularten neu entwickelten Lehrpläne für die Fächer Deutsch, Englisch, Französisch und Geschichte. Hier wurde mit dem Pädagogischen Landesinstitut vereinbart, dass es Fachberatungen für die Einführung und Umsetzung dieser Pläne geben werde.

Abordnung und Versetzung

Mit einer durch Beispiele aus dem Schulleben illustrierten Präsentation stellte Katharina Becker, sie ist Mitglied des Bezirksvorstands Trier und des Bezirkspersonalrates für Realschulen plus, die Themen Abordnung und Versetzung vor. Sie ging dabei auch ein auf die sozialen Aspekte, die der Dienstherr dabei im Blick haben müsse. Daneben verdeutlichte sie aber auch die Sachgründe, die einer gewünschten räumlich-beruflichen Veränderung entgegenstehen können. Schließlich zeigte sie anhand von Portalscreenshots, wie man einen Versetzungsantrag im Portal stellt.

Teilzeitbeschäftigung

Einen praxisnahen Einblick in das Thema „Teilzeitbeschäftigung“ gab Nicole Weiß-Urbach. Sie ist Mitglied im Bezirksvorstand Koblenz und im Bezirkspersonalrat Realschulen plus.

Laut Landesbeamtenengesetz ist das Arbeiten in Teilzeit möglich, sofern keine dienstlichen Belange diesem Anliegen entgegenstehen. Es sollten, so betonte sie mit Blick auf die entsprechende Verwaltungsvorschrift, für die Teilzeitbeschäftigten immer Möglichkeiten der Entlastung bei aufteilbaren Aufgaben gefunden werden, auch wenn dies im Schulalltag nicht immer einfach umzusetzen sei.

Mutterschutz und Elternzeit

Bei der Thematik Mutterschutz und Elternzeit stellte sie heraus, dass eine Schwangerschaft frühzeitig angezeigt werden solle, damit der Dienstherr seiner Fürsorgepflicht nachkommen und eine Gefährdungsbeurteilung der werdenden Mutter durch das Institut für Lehrergesundheit veranlassen könne.



... Darüber hinaus informierten sie über die Themen Mutterschutz, Elternzeit und Teilzeitbeschäftigung (Nicole Weiß-Urbach). BPR-Mitglied Katharina Becker (re.) beleuchtete anhand schulpraktischer Fallbeispiele die Themen Versetzung und Abordnung.

Es sei verständlich, so Weiß-Urbach, dass nach der Elternzeit eine Rückkehr an die vorherige Schule gewünscht werde, doch einen Anspruch darauf gebe es nur direkt im Anschluss an den Mutterschutz. Sie schloss mit dem Hinweis, dass spätestens drei Monate vor Ende der Elternzeit der Antrag auf das danach gewünschte Stundendeputat beim Dienstherrn vorliegen müsse, sonst gelte der Stundenumfang vor der Elternzeit.

Vertretungskonzept

Christoph Krier stellte ein an der Realschule plus in Kell am See alltagserprobtes Vertretungskonzept vor. Er betonte, wie wichtig es sei, dass bei Vertretungssituationen ein von der ganzen Schulgemeinschaft getragenes Konzept vorliege. Die dazu notwendige Transparenz könne nur durch eine enge Zusammenarbeit von ÖPR und Schulleitung, sowie durch die Erörterung und Abstimmung dieses Konzeptes in der Gesamtkonferenz geschaffen werden.

Neben diesen inhaltlichen Inputs waren es die persönlichen Gespräche am Rande, ob im Austausch mit den Referentinnen und Referenten oder mit Kolleginnen und Kollegen anderer Schulen, die diesen Tag geprägt haben.

Monika Antoni
monika.antoni@vrb-rlp.de
Fotos: Bengjamen Bajraktari





Fotos: Wolfgang Wünschel

NEUWAHL

Christoph Schneider neuer Bezirksvorsitzender

Im November wählte der VRB-Bezirk Neustadt im Rahmen einer ordentlichen Mitgliederversammlung in Bad Dürkheim einen neuen Bezirksvorstand. Christoph Schneider löste als neuer Bezirksvorsitzender Saskia Tittgen ab.

Vor zahlreichen Mitgliedern eröffnete die Bezirksvorsitzende Saskia Tittgen die Versammlung, die erstmals im Christophorushaus in Bad Dürkheim tagte. Sie lobte den Zusammenhalt im Bezirk und dankte den Vorstandsmitgliedern für ihre Unterstützung. Insbesondere die letzten Monate, in denen auch die Personalratswahlen im Mai stattgefunden hatten, seien eine große Herausforderung gewesen. In dieser Zeit hatte Bezirksschatzmeister Christoph Schneider die Leitung des Bezirks kommissarisch übernommen.

Bezirksversammlung in Präsenz

Nicht nur die Coronakrise, sondern auch die Flutkatastrophe im Juli wirkte sich stark auf die Verbandsarbeit aus. Landesvorsitzender Timo Lichtenthäler konnte als Schulleiter der

Der neue Bezirksvorstand (von links): Monika Antoni, Katharina Bitz, Christoph Schneider, Saskia Tittgen und Jochen Leonhardt

von der Flut stark getroffenen Boeselager-Realschule plus nicht persönlich zur Versammlung kommen und richtete seine Grußworte deshalb per Videobotschaft an die Teilnehmerinnen und Teilnehmer. Lichtenthäler dankte in seinem Rückblick dem Bezirksvorstand und insbesondere Saskia Tittgen für ihr besonderes Engagement und die geleistete Arbeit. Er würdigte ebenso die Leistungen der langjährigen Vorstandsmitglieder Martin Radigk und Regina Bollinger, die aus dem Vorstand ausschieden.

Saskia Tittgen zieht Bilanz

Bezirksvorsitzende Saskia Tittgen konnte in ihrem Tätigkeitsbericht über die Amtsperiode 2016 bis 2021 auf zahlreiche Aktivitäten und Veranstaltungen zurückblicken. In den jährlich stattfindenden Bezirksversammlungen erhielten immer auch verschiedene Fachreferentinnen und -referenten die Möglichkeit, über ihre spezifischen Themenfelder zu berichten. So konnte etwa der Schulpsychologe Manuel Lillig seine Arbeitsschwerpunkte beleuchten und dabei wertvolle Hinweise für die Zusammenarbeit von Schulen mit dem schulpsychologischen Dienst geben.

Die Logopädin Sabine Roth stellte die Stimme, das mitunter wichtigste Instrument der Lehrkraft, in den Mittelpunkt und informierte in diesem Zusammenhang nicht nur über Anatomie und Funktion, sondern zeigte außerdem wichtige Grundübungen zur Vorbeugung von Stimmproblemen im Unterrichtsalltag, welche die Teilnehmerinnen und Teilnehmer in Übungsphasen umsetzten.

Ein wichtiges Fundament der Bezirksarbeit sind die regelmäßigen Personalratesschulungen, die im Wesentlichen von Martin Radigk organisiert und geplant wurden. Pandemiebedingt fanden diese gegen Ende der Wahlperiode in digitaler Form statt.



In ihrem Tätigkeitsbericht blickte Saskia Tittgen auf zahlreiche Aktivitäten und Veranstaltungen in der zurückliegenden Amtszeit.

Saskia Tittgen betonte auch die Bedeutung der Delegiertenarbeit an den Schulen und ging dabei auf die Delegiertenversammlungen des Bezirks im Palatinum Mutterstadt ein.

Eine feste Institution der Bezirksarbeit sind ebenfalls die regelmäßig von Gudrun Deck organisierten kulturellen Veranstaltungen, die im vergangenen Jahr leider nur eingeschränkt möglich waren. Weithin bekannt und beliebt – sind die Ausstellungsbesuche in verschiedenen Museen der Region.

Entlastung und Neuwahl

Den Neuwahlen voraus gingen die Entlastung des Bezirksvorstands und die Wahl eines Versammlungsleiters. Die Entlastung des Vorstands beantragten die beiden Kassenprüferinnen Gisela Schmidt und Monika Weis-Müller, die dem Bezirksschatzmeister eine tadellose und übersichtliche Kassenführung bescheinigten. Wolfgang Häring wurde zum Versammlungsleiter gewählt.

Vertraute und neue Gesichter

Wolfgang Häring stellte die form- und fristgerechte Einladung fest und leitete in gewohnter Souveränität die Wahlen des Bezirksvorstands. Die Bezirksversammlung wählte Christoph Schneider (IGS Edigheim und Mitglied des Bezirkspersonalrats Integrierte Gesamtschulen) zum neuen Bezirksvorsitzenden, Monika Antoni (von Carlowitz Realschule plus, Weisenheim am Berg und Mitglied des Bezirkspersonalrats Realschule plus) und Katharina Bitz (IGS Grünstadt) als Stellvertreterinnen. Saskia Tittgen (Rochus Realschule plus mit FOS und Mitglied des Hauptpersonalrats Realschule plus) übernimmt das Amt der Schriftführerin von Regina Bollinger (IGS Deidesheim-Wachenheim). Jochen Leonhardt (Realschule plus Rockenhausen) wurde zum neuen Bezirksschatzmeister gewählt.

In ihrem Amt bestätigt wurden Gisela Schmidt und Monika Weis-Müller als Kassenprüferinnen. Als Bezirksdelegierte für den Landeshauptvorstand wurden Monika Antoni, Katharina Bitz, Jochen Leonhardt sowie Heidi Becker gewählt.

Neue Realitäten – Chancen nutzen

Bernd Karst (VRB-Ehrevorsitzender) wünschte dem neuen Vorstand ein gutes Gelingen und zeigte die Herausforderungen der Arbeit im Bezirksverband Neustadt auf. Unter anderem sei es entscheidend, sich der Größe des Bezirks bewusst zu sein und den Verbandsmitgliedern in den verschiedenen Regionen des Bezirks gerecht zu werden.

Christoph Schneider nahm in seiner Antrittsrede die Impulse von Bernd Karst auf und stellte die Zusammenarbeit mit den Mitgliedern in den Schulen als wesentliches Element des neuen Vorstandsteams heraus. Die Erfahrung und die Anliegen der Mitglieder müssten Ausgangspunkt der Verbandsarbeit sein.

Schneider ging auf die Inhalte des Koalitionsvertrags der rheinland-pfälzischen Landesregierung ein und lobte, dass dieser wichtige Handlungsfelder der Bildungspolitik aufgreife. Die weitreichenden Vorhaben der Landesregierung müssten sich in konkreten Maßnahmen und erkennbaren finanziellen Anstrengungen niederschlagen. Ein Verweisen auf Schulträger, den Bund, die Schulleitungen oder die einzelne Lehrkraft dürfe es nicht geben. Die angekündigte „Schule der Zukunft“ müsse moderne Lern- und Arbeitsbedingungen für die Schülerinnen und Schüler bzw. die Lehrerinnen und Lehrer bieten. Dazu gehöre auch, dass sich die Landesregierung endlich des unzeitgemäß hohen Regelstundenmaßes sowie der Attraktivität des Lehramts Realschule plus annehme.

Die Coronapandemie habe die Problemfelder des Systems Schule schonungslos offengelegt. Dies müsse als Chance genutzt werden, diese zu beseitigen. Als große Herausforderung stellte er die Digitalisierung dar. Durch diese dürften keine neuen Zusatzbelastungen geschaffen werden. Dafür sei eine Systemadministration, die schnell und ohne bürokratische Hürden erreichbar sei, unabdingbar.

Christoph Schneider bedankte sich am Ende bei allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Bezirksversammlung für die Unterstützung und Wertschätzung.



Christoph Schneider
christoph.schneider@vrb-rlp.de



Katharina Bitz
katharina.bitz@vrb-rlp.de

Saskia Tittgen wurde bei der Neuwahl des Landesvorstandes im Juni 2021 in das Amt der Schriftführerin gewählt. Bei der Wahl des Bezirksvorstandes im November 2021 verzichtete sie auf eine erneute Kandidatur als Bezirksvorsitzende. Den neuen Vorstand unterstützt sie weiterhin: Sie wurde zur Bezirksschriftführerin gewählt. Saskia Tittgen ist Mitglied des HPR Realschulen plus. Das Foto zeigt sie bei einer Fortbildungsveranstaltung für Personalräte.



Die Kassenprüferinnen Gisela Schmidt (li.) und Monika Weis-Müller ebneten mit ihrem Prüfbericht den Weg zur Entlastung des Vorstands. Beide wurden für eine weitere Amtszeit wiedergewählt.



In seiner Antrittsrede benannte Christoph Schneider die Erfahrung und die Anliegen der Mitglieder als Ausgangspunkt der Verbandsarbeit. Die Zusammenarbeit mit den Mitgliedern in den Schulen wird ein wesentliches Anliegen des neuen Vorstandsteams sein.



ÖPR-FORTBILDUNG

Schwerpunkte der schulischen Personalratsarbeit

„Endlich wieder Kolleginnen und Kollegen von anderen Schulen real treffen, ich habe es so vermisst“, dies war der Tenor vieler Gespräche während der Kaffeepause oder beim Mittagessen bei der Personalräte-Schulung des Bezirks Neustadt am 18. November 2021. Christoph Schneider, der neue Bezirksvorsitzende, konnte fast 30 Teilnehmerinnen und Teilnehmer im Christophorus-Haus in Bad Dürkheim begrüßen.

Neben dem Bericht über seine Arbeit im Bezirkspersonalrat der Integrierten Gesamtschulen stellte er die Jahresplanung als wichtige Basis für die Aufgaben der Personalvertretung vor. Dabei griff Christoph Schneider Fragen auf, die sich in der täglichen Arbeit der Personalvertreterinnen und -vertreter ergeben.

Versetzung und Abordnung

Katharina Becker, stellvertretende Vorsitzende im Bezirk Trier und Vertreterin im Bezirkspersonalrat der Realschulen Plus, stellte in ihrer Präsentation die Themen „Versetzungen und Abordnungen“ mit vielen praktischen Beispielen vor. In ihrem Vortrag erläuterte sie außerdem die konkreten Schritte, die bei der Einstellung eines Versetzungswunsches ins „Versetzungsportal“ beachtet werden sollten. Sie machte dabei aber deutlich, dass es keinen Anspruch auf Versetzung gibt.

Das Vierteljahresgespräch

Eine weitere Grundlage der ÖPR-Arbeit, das Vierteljahresgespräch, beschrieb Monika Antoni. Sie arbeitet zusammen mit Christoph Schneider im Vorstand des Bezirks Neustadt. Das Vierteljahresgespräch sollte aufgrund des Initiativrechtes der Personalvertretung regelmäßig mit der Schulleitung vereinbart und durchgeführt werden. In diesem Austausch sollten alle das Schulleben betreffende Themen und ihre Auswirkungen für die Lehrkräfte der Schule erörtert werden. Dadurch ließen sich die aktuell notwendigen Schwerpunkte der Arbeit der ÖPR-Vertreter stets fokussieren.

Aus ihrer Arbeit im Bezirkspersonalrat der Realschulen plus berichtete Frau Antoni von der Begleitung der zurzeit noch offenen Besetzungsverfahren für Didaktische bzw. Pädagogischen Koordinatoren. Sie beschrieb den regelmäßigen Austausch mit der Dienststelle, sowie den einzelnen Referentinnen und Referenten. Sie betonte, dass dafür die Rückmeldungen der Örtlichen Personalräte zu Personalmaßnahmen an ihrer jeweiligen Schule für den BPR wichtig seien.

Mehrarbeit in der Schule

Mit „Mentimeter“ (einer App für Feedback in Echtzeit) und „Kahoot“ (einer Lernplattform um bspw. ein Quiz ansprechend zu erstellen) schaffte es Michael Eich, der stellvertretende Landesvorsitzende und Vorsitzende des Hauptpersonalrates der Realschulen plus, die im Schulalltag immer wieder zu Missverständnissen führenden Inhalte der Verwaltungsvorschrift zur „Mehrarbeit im Schuldienst“, lebendig zu vermitteln. Er unterstrich, dass es für jede Schule empfehlenswert sei, ein transparentes Vertretungskonzept zwischen der Schulleitung und der Personalvertretung zu vereinbaren, das dann von den Lehrkräften der Schule mitgetragen werde.

Anschließend skizzierte er die Personalratsarbeit auf Landesebene. Dabei wurde deutlich, dass in Entscheidungen des Bildungsministeriums auch die Expertise des Hauptpersonalrates einfließt.

Individuelle Beratung

Neben den Inputs der vier Referentinnen und Referenten war auch Zeit für individuelle Gespräche. Diese wurden genutzt, um personelle oder strukturelle Themen der eigenen Schule mit den Referierenden zu erörtern, nach Lösungsmöglichkeiten zu suchen oder weitere Gespräche zu vereinbaren.



Monika Antoni
monika.antoni@vrb-rlp.de

GROSSE AUSSTELLUNG IN MANNHEIM

„Mutter!“ VRB-Rundgang in der Mannheimer Kunsthalle

Insbesondere die Pensionärinnen und Pensionäre im Bezirk Neustadt sind schon Stammgäste in der Mannheimer Kunsthalle. In der Ausstellung „Mutter!“ waren sie in zwei Gruppen unterwegs und zeigten sich beeindruckt.

Die veränderte Wahrnehmung von Mutterschaft in der Kunst wird in über 150 Kunstwerken erzählt. Dabei fanden die fein gearbeiteten prähistorischen Fruchtbarkeitsgöttinnen ebenso wie Marienbilder der Renaissance die besondere Aufmerksamkeit der Teilnehmerinnen und Teilnehmer. Die Gemälde der Moderne mit Werken u. a. von Pablo Picasso, René Magritte, Otto Dix, Paula Modersohn-Becker setzen sich kritisch mit der Mutterschaft auseinander, sprechen Probleme und Belastungen an.

Ein besonderer Schwerpunkt der Ausstellung liegt im 20. Jahrhundert. Insbesondere die feministischen Bewegungen und ihre Einflussnahme auf die Mutterrolle beeindruckten. Auch die Veränderungen durch Antibabypille, Abtreibung und künstliche Befruchtung werden in den Blick gerückt.

Große, im Raum verteilte Texttafeln ergänzten die Ausführungen der beiden Kunsthistorikerinnen.

Im Museumscafé hatten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer abschließend die Möglichkeit, das Gesehene zu reflektieren und sich auszutauschen.

Gudrun Deck
gudrun.deck@vrb-rlp.de



ANGEBOTE ZUM BERUFSEINSTIEG

VRB besucht das Studienseminar in Wallertheim

Zum 15. Januar und zum 1. August 2021 haben am Studienseminar in Wallertheim rund dreißig Lehramtsanwärterinnen und -anwärter ihre zweite Ausbildungsphase begonnen.

Andreas Stegmann und Nicole Weiß-Urbach, beide Vorstandsmitglieder im Bezirk Koblenz, sowie Monika Antoni aus dem Bezirk Neustadt, stellten bei einer Informationsveranstaltung im Seminar die Arbeit des VRB und seine Ziele, sowie ganz konkrete Angebote für die Berufseinstiegsphase vor.

In Einzelgesprächen wurden persönliche Fragen beantwortet und Hinweise für die Ausbildungszeit und die anschließende „erste Zeit“ in der Schule gegeben. Die angehenden Lehrkräfte erhielten den verbandseigenen „Wegweiser für die Ausbildung im Studienseminar“ und wurden darüber hinaus alle zur digitalen Veranstaltung „Fit für den Schuldienst“ eingeladen.

Fit für den Schuldienst

Die Online-Veranstaltung fand am 9. Dezember 2021 statt. Andreas Stegmann und Nicolas Cordes beschrieben Möglichkeiten und Wege, sich nach der Ausbildung für den Schuldienst zu bewerben.

Sie stellten zunächst das Bewerbungsportal für den Schuldienst in Rheinland-Pfalz für Planstellen und Vertretungsverträge vor. Dabei machten sie explizit darauf aufmerksam, welche Aspekte bei der Bewerbung bedacht werden sollten. Monika Antoni hob ergänzend hervor, dass bei aller Flexibilität für eine Planstelle, die damit gegebene Zusage tatsächlich zur eigenen Lebensplanung passen sollte.

Verfahren zur schulischen Personalgewinnung (VSP)

In einem zweiten Schritt wurde der Bewerbungsprozess des Verfahrens zur schulischen Personalgewinnung (VSP) vorgestellt. Nicole Weiß-Urbach benannte dazu relevante Inhalte und Abläufe für die in diesem Verfahren an den Schulen vorgesehenen Bewerbungsgespräche.

Nicolas Cordes, der die Auftritte des Verbandes in den sozialen Medien wie Instagram oder Facebook betreut, ergänzte diesen Bericht mit persönlichen Wahrnehmungen und ermutigte dazu, auch diese Beschäftigungschancen zu nutzen. Aufgrund eigener Erfahrungen warben die Referenten dafür, sich aktiv an Schulen für Vertretungsverträge zu bewerben. Dabei spielten sog. Soft Skills und zusätzliche berufliche oder private Qualifikation eine besondere Rolle. Nicole Weiß-Urbach



VRB-Mitglieder aus den Bezirken Koblenz und Neustadt stellten den Verband vor, verteilten Informationsmaterial, informierten über Bewerbungschancen und standen für individuelle Beratungsgespräche zur Verfügung.

empfohl, mit dem Bezirkspersonalrat am Ende der Ausbildungszeit Kontakt aufzunehmen, um sich genauer über Planstellenangebote zu informieren.

Weitere Angebote sollen folgen

Abschließend kündigte Andreas Stegmann an, dass es weitere Veranstaltungen exklusiv für Lehramtsanwärterinnen und -anwärter geben werde. Er unterstrich, dass ein mitgliederstarker VRB die Interessen der Lehrerinnen und Lehrer umso besser bei der ADD und dem Bildungsministerium vertreten kann.

Monika Antoni
monika.antoni@vrb-rlp.de
Fotos: Nicole Weiß-Urbach



Der VRB-Bezirksverband Neustadt lädt ein

Nach diesem zweiten Corona-Winter sehnen wir uns alle nach dem Frühling und freuen uns, dass wir wieder etwas unternehmen und erleben können.

Die Kunsthalle Mannheim bietet einen Präsentationsort für die **Biennale für aktuelle Fotografie: Contested Landscapes** vom 19.

März bis 22. Mai 2022. Die Ausstellung widmet sich den ökologischen Herausforderungen, vor denen die Welt heute steht.

Wir haben eine Führung für den 10. Mai um 15.00 Uhr organisiert und laden Sie dazu ein. Im Anschluss treffen wir uns im Café zu verbandsinternen Informationen und zum

Austausch. Wir freuen uns auf Ihre Anmeldung, möglichst bis 9. April 2022. Die dann geltenden Corona-Regeln werde ich den Teilnehmerinnen und Teilnehmern rechtzeitig mitteilen.

Gudrun Deck
gudrun.deck@vrb-rlp.de



Christoph Krier wiedergewählt



Ingrid Pazen und Peter Quint sorgten für einen reibungslosen Ablauf der Vorstandswahl.

Bezirksvorstand 2021–2025 (von links): der wiedergewählte Vorsitzende Christoph Krier, die beiden stellvertretenden Vorsitzenden Katharina Becker und Alexander Sonnen, Schriftführerin Martina Friderichs sowie Schatzmeister Holger Schwab

Der Vorsitzende Christoph Krier begrüßte die Teilnehmenden, die coronakonform in der Versammlung zugegen waren. In deren Mittelpunkt stand der Tätigkeitsbericht und die satzungsgemäße Neuwahl des Vorstandes.

Grußwort und Dank des Landesvorsitzenden

Der Landesvorsitzende Timo Lichenthäler übermittelte per Videobotschaft ein Grußwort. Er dankte den Mitgliedern des Bezirkes für die jahrelange Unterstützung: nicht nur für die Verbandsarbeit und Vorbereitung der Personalratswahlen, sondern besonders auch für den herzlichen Zuspruch und die große Hilfsbereitschaft nach der Hochwasserkatastrophe.

Christoph Krier zieht Bilanz

In der vergangenen Periode war die Verbandsarbeit im Bezirk geprägt von zahlreichen gewinnbringenden Veranstaltungen: Rechtsanwältin Antonia Dufeu informierte, wie eine transparente und begründete Notengebung rechtssicher umgesetzt werden kann.

Der Motivationstrainer Holger Jungandreas zeigte den Teilnehmenden unter dem Motto „Eigenmotivation 4.0“ wie man selbst in arbeitsintensiven Zeiten den eigenen Antrieb ankurbeln kann.

„Auf die Stimme kommt es an!“ und das besonders in der Lehrtätigkeit, erläuterte die Logopädin Nicole Schumacher. Lehrende müssten sich immer wieder dieses unersetzlichen Organs bewusst werden und mittels Stimmentraining eine Entlastung schaffen, um eine langfristige Schädigung der Stimme und der Gesundheit zu vermeiden.

Auch die Delegiertenarbeit wurde thematisiert. Beispielsweise wurden bei einem Delegiertentreffen das zunehmende Problem der Kindeswohlgefährdung und mögliche Unterstützungsangebote durch den Kinderschutzbund Trier e.V. (vertreten durch Anja Meine) thematisiert. Ebenso konnte zur Erleichterung der Delegiertenarbeit ein Leitfadentext erarbeitet werden.

Weiterhin stand die Vernetzung mit externen Partnern im Focus der Vorstandsarbeit. Neben Gesprächen mit der Abgeordneten Bettina Brück, einzelnen Landtagsparteien, Vertretern der Kreishandwerkerschaft und

der ehemaligen Referatsleiterin Anna-Maria Brüse waren auch die regelmäßigen Kontakte zum Studienseminar Trier, zur Universität Trier und zu den Schulen des Bezirkes ein großes Anliegen. In 37 analogen und vielen virtuellen Sitzungen tagte der Bezirksvorstand und trotzte den pandemiebedingten Einschränkungen.

Entlastung und Neuwahl

Gabriele Bernard und Christian Jäger hatten die Bezirkskasse geprüft und bescheinigten dem Schatzmeister eine einwandfreie und ordnungsgemäße Kassenführung. Dem Antrag auf Entlastung des Bezirksvorstandes der

Amtszeit von 2016 bis 2021 folgten die Anwesenden einstimmig.

Nach der Entlastung des Vorstandes wurde das Tagungspräsidium gewählt. Ingrid Pazen und Peter Quint führten die Neuwahlen des Vorstandes durch. Dem neu gewählten Bezirksvorstand gehören an: der wiedergewählte Vorsitzende Christoph Krier, die beiden stellvertretenden Vorsitzenden Katharina Becker und Alexander Sonnen, Holger Schwab als Schatzmeister sowie Martina Friderichs als Schriftführerin.

Des Weiteren wurden Wolfgang Seebach, Alexander Sonnen und Mirja Roden als Delegierte für die

Christoph Krier dankte Erwin Schneider, Wolfgang Seebach, Anna Becker (im Bild) und Marlies Kahn für jahrelanges ehrenamtliches Engagement im Bezirksvorstand.



Arbeit im Landeshauptvorstand gewählt. Für den Vertretungsfall wurden Peter Quint, Paul Martin und Anna Becker nominiert.

Christoph Krier dankte den bisherigen Kassenprüfern für die Wahrnehmung ihrer wertvollen und verantwortungsvollen Aufgabe. Als neue Kassenprüfer wählten die anwesenden Verbandsmitglieder Vera Eckert und Andreas Klein.

Dankesworte

Der neu gewählte Bezirksvorsitzende dankte dem Wahlvorstand für die reibungslose Durchführung der Wahlen.

Christoph Krier würdigte die jahrelange Mitarbeit der scheidenden Vorstandsmitglieder Erwin Schneider, Wolfgang Seebach, Anna Becker und Marlies Kahn und dankte ihnen für ihr großes Engagement in einem Ehrenamt.

Er dankte allen anwesenden Mitgliedern für ihre Teilnahme und ihr reges Interesse.

Sie können von allen gewählten Mitgliedern eine erfolgreiche und vertrauensvolle Zusammenarbeit erwarten und dürfen sich auf weitere gewinnbringende Veranstaltungen im Bezirk Trier freuen.

Schule der Zukunft

Abschließend informierte Holger Schwab, der neben seiner Tätigkeit in der Realschule plus Neumagen-Dhron auch das Medienzentrum Wittlich leitet, über die „Schule der Zukunft“. Dabei stellte er die Weiterentwicklung des Schulcampus vor und konnte mit seiner Expertise viele Fragen der Teilnehmenden beantworten. Wie die Digitalisierung unsere Lernumgebung bestimmen wird, bleibt weiter spannend und wird die Verbandsarbeit auch künftig begleiten. Wir halten Sie auf dem Laufenden.

Anna Becker
anna.becker@vrb-rlp.de
Fotos: Holger Schwab
und Anna Becker



Eine neue Gruppe ist in die Ausbildung am Trierer Studienseminar für Realschulen plus gestartet. Der VRB, unter anderem vertreten durch Jutta Okfen (2.v.re.) und Alexander Sonnen (3.v.re.) überbrachte Informationsmaterial und bot Unterstützung an.



INFORMATIONEN- UND UNTERSTÜTZUNGSANGEBOT IM STUDIENSEMINAR TRIER

Lehramtanwärterinnen und Lehramtanwärter starten in die Ausbildung

„Wir freuen uns, dass Sie Ihre Ausbildung hier am Studienseminar Trier in Präsenz beginnen können und wir Sie herzlich begrüßen dürfen.“ Mit diesen Worten hieß der Bezirksvorsitzende Christoph Krier die neuen Lehramtanwärterinnen und Lehramtanwärter herzlich willkommen.

Unterstützung finden...

Im Gespräch mit den neuen Kolleginnen und Kollegen zeigten Jutta Okfen, Alexander Sonnen und Christoph Krier auf, welche Bedeutung einer Interessenvertretung für den Lehrberuf zukommt und veranschaulichten dies an praktischen Beispielen aus dem Schulalltag. Alexander Sonnen (stv. Bezirksvorsitzender) erläuterte, wie er im Laufe der Ausbildungszeit zum VRB kam, welche gewinnbringenden Gespräche er mit VRB-Vertreterinnen und VRB-Vertretern führte und wie er dabei die Unterstützung fand, die er benötigte. „Die persönlichen Kontakte und die schnelle Hilfestellung bei wichtigen Fragen habe ich zu schätzen gelernt und profitiere auch heute noch als Vorsitzender des ÖPRs meiner Schule davon“, schilderte Sonnen.

„... wenn einmal der Schuh drückt ...“

Jutta Okfen blickte mit den jungen Lehrkräften auf ihre eigene Zeit als Anwärterin am Studienseminar zurück. Sie berichtete, welche wertvollen Tipps und Ratschläge sie von Mitgliedern des VRB erhielt. Als ehemalige Lehrbeauftragte für das Fach Geschichte am Studienseminar wisse sie, wo und wann „der Schuh einmal drücken“ könne. „Und dann“, fasste sie zusammen, „ist man dankbar, wenn man mal jemanden anrufen kann, um Luft abzulassen, und zugleich Bera-

tung und Unterstützung erfährt, um die Herausforderung meistern zu können.“

Fachliche Beratung für Lehrkräfte

Anhand konkreter Fallbeispiele zeigte Krier auf, wie der VRB als Interessenvertretung von Lehrkräften arbeitet. Dabei ging er ein auf die Struktur des Verbandes auf Bezirks- und Landesebene, die Bedeutung der Stufenvertretungen BPR und HPR im Bereich der Realschulen plus und Integrierten Gesamtschulen sowie das Agieren unter dem Dachverband des dbb und der dbb tarifunion.

Alexander Sonnen ergänzte: „Wir sind für Sie da. Während Ihrer Zeit am Studienseminar und auch darüber hinaus. Wir haben kompetente Berater für viele Bereiche, sei es zum Thema Mutterschutz oder Elternzeit, oder wenn Sie eine Rechtsberatung benötigen oder in anderen Angelegenheiten und Fragen. Als Mitglied profitieren Sie von unserem umfassenden Beratungsangebot.“

Info-Tipps

Abschließend verwies Christoph Krier auf die Broschüre „Wegweiser zur Ausbildung im Studienseminar“ und die umfassenden Informationen auf der VRB-Homepage. „Und wenn Sie Lust und Zeit haben, dann schauen Sie sich die Folge 77 von „Schule im Gespräch – Verband Reale Bildung“ an und erfahren mehr darüber, wie wir zur Realschule plus und zur IGS stehen, und was uns als Verband ausmacht.“

Christoph Krier
christoph.krier@vrb-rlp.de
Foto: Christoph Krier



BRIEFE

AN DIE REDAKTION

... Ich habe heute das neue Heft „Reale Bildung“ gelesen und auch den liebevoll verfassten Artikel über meinen Vater. Ich freue mich darüber sehr, da mein Vater bei den jüngeren Lehrkräften nicht mehr präsent ist.

Brigitte Forth, geb. Wittmann

Hoffen wir, dass auch unsere oberste Schulbehörde registriert, wieviel Gedanken sich die Lehrerinnen und Lehrer vor Ort machen, um Schule auch unter schwersten Bedingungen nicht nur am Laufen zu halten, sondern sie so positiv wie möglich zu gestalten. Übrigens: Etwas Gutes hat die augenblickliche Situation denn doch noch. Unsere Gesellschaft kann nicht länger umhin anzuerkennen, was Schule und Lehrkräfte leisten.

Erich Hermann, Landau

Am Freitag haben wir die ersten fünf Kinder aus der Ukraine bei uns in der Schule aufgenommen. Einige sind stark traumatisiert, da ihre Häuser zerbombt wurden und die Väter zurückbleiben mussten ...

Christoph Krier, Trier

VRB-Handbuch für Lehrkräfte

Vorschau 60. Ergänzung – Kurzübersicht

Aktualisiert werden die Adressen „Ministerium“ (1.11), „ADD“ (1.12), „Schulpsychologische Beratungszentren“ (1.13), „Schulbuchverlage“ (1.15) sowie die Beiträge „Rechtsquellen des Beamtenrechts“ (4.1), „Dienstliche Beurteilung von Lehrkräften“ (8.5) und „Bewerbungsverfahren“ (8.7). Neu aufgenommen bzw. neu bearbeitet werden folgende Beiträge:

„**Die Fürsorge- und Treuepflicht des Dienstherrn**“ gegenüber seinen Beamtinnen und Beamten gehört zu den hergebrachten Grundsätzen des Berufsbeamtentums und hat Verfassungsrang. In der Neufassung des Beitrags geht **Gerhard Peifer** vorrangig ein auf die Anhörungs- und Beratungspflicht, die Förderungspflicht, die Schadensabwendungspflicht sowie die Beistandspflicht bei Sonderbelastungen. (4.15)

In der Neufassung des Beitrages „**Längerfristige Beurlaubungen von Lehrkräften**“ nennt **Gerhard Peifer** die wichtigsten Regelungen für den Schulbereich und beschreibt auch Auswirkungen auf die Bezüge und die sonstige dienstrechtliche Stellung. (4.20)

In der Bearbeitung des Beitrags „**Steuerfragen: Aktuelle Informationen**“ beschreibt **Hartmut Ross** interessante Neuerungen auf den Ebenen „Gesetzgebung“, „Verwaltung“ und „Rechtsprechung“, z.B. Nutzungsdauer von Computerhardware und Software, Umzugskosten und Krankheitskosten bei einem Wegeunfall. (5.40.2)

Das „**ABC der Werbungskosten**“ wird von **Hartmut Ross** im Licht der aktuellen

Rechtsprechung überarbeitet. Aktualisiert werden die Buchstaben „C“, „E“ und „F“. Stichworte sind u.a. Computer und Peripheriegeräte, Ehrenamt, Elternzeit, Fahrgemeinschaften und Fortbildungskosten. (5.40.4)

In der Neufassung des Beitrags „**Grundrechte der Lehrerinnen und Lehrer**“ geht **Gerhard Peifer** der Frage nach, ob und ggf. wie sich der Umfang der Grundrechtsausübung durch eine Lehrkraft danach unterscheidet, ob sie als Privatperson oder in ihrem Amt ein Grundrecht für sich in Anspruch nimmt. (8.1)

Klaus Bundrück hat seinen Beitrag „**Nebentätigkeit von Lehrkräften**“ überarbeitet. Er passt ihn an die Rechtslage an

und bringt aktualisierte Informationsmaterialien und Musterbescheide der Schulbehörde bezüglich der Genehmigung von Nebentätigkeiten ein. (8.20)

In der Neubearbeitung seines Beitrags „**Die rheinland-pfälzische Ganztagschule in Angebotsform**“ beschreibt **Johannes Jung** u.a. die besonderen Bausteine des Ganztagschulkonzepts, gibt Hinweise zu Organisations- und Finanzfragen und geht auch auf Unterstützung und Förderung ein, die die Ganztagschule in der Corona-Pandemie bietet. (14.40)

In Kapitel 20 „**Verband Reale Bildung**“ werden u.a. die Übersichten über die Gremien und die Personalvertretungen aktualisiert. Die „VRB-Grundsätze und Zielsetzungen“ werden neu eingebracht.

Wü

Das VRB-Handbuch erscheint im Wingen-Verlag und ist die Sonderausgabe einer Loseblattsammlung, deren Grundwerk derzeit zum Preis von 32 Euro (zzgl. Versand und Porto) verkauft wird. Mit 1–2 Ergänzungslieferungen jährlich wird das Werk regelmäßig erweitert und auf aktuellem Stand gehalten.

VRB-Mitglieder erhalten das Grundwerk und die Ergänzungen zu einem ermäßigten Preis. Für Neumitglieder ist das zweibändige Grundwerk Begrüßungspräsent.



VRB-HANDBUCH



Achtung!
Sie bekommen keine
Post mehr vom VRB?
Bitte Mitgliedsdaten
aktualisieren!

Mitgliederverwaltung

Die Mitgliederverwaltung bittet darum, dass Adressänderung, Schulwechsel, Namensänderung wegen Heirat, Änderung der Bankverbindung, Änderung beim Beschäftigungsverhältnis (TV-L/Planstelle, Vollzeit/Teilzeit, Stundenzahl) an Wolfgang Seebach weitergegeben werden.



Wolfgang Seebach
mitgliederverwaltung@vrb-rlp.de
Tel: 0 26 7 / 85 49
Fax: 0 26 71 / 60 78 95
Unterstraße 19
56814 Faid

In der kommenden Ausgabe ...

- blicken wir auf den Social-Media-Fachkongress zurück und werten die Workshop-Ergebnisse aus,
- stellen wir den neuen Bundesvorsitzenden vor und fassen die Ergebnisse der VDR-Bundesversammlung zusammen,
- diskutieren wir mit der Ministerin aktuelle Themen der rheinland-pfälzischen Schul- und Bildungspolitik,
- schauen wir auf das Schicksal der Kinder in und aus der Ukraine,
- fragen wir, ob Schule und Lehrkräfte die Corona-Herausforderungen hinter sich lassen können,
- setzen wir die Schulrechts-Reihe mit Anwältin Antonia Dufeu zum Thema Urheberrecht fort,
- berichten wir über unsere Verhandlungen und Beratungen mit den Parteien, der Schulbehörde, der Schulverwaltung, Schulträgern und Verbänden,
- informieren wir über Angebote, Seminare und Veranstaltungen der VRB-Bezirksverbände.



Impressum

Herausgeber

VRB Verband Reale Bildung
Landesverband Rheinland-Pfalz e. V.

Landesvorsitzender

Timo Lichtenthäler
Felix-Blass-Straße 2
53474 Bad Neuenahr-Ahrweiler
Tel: 0 26 41/9 11 72 84
timo.lichtenthaeler@vrb-rlp.de

Mitgliederverwaltung

Wolfgang Seebach
Unterstraße 19
56814 Faid
Tel: 0 26 71 / 85 49
Fax: 0 26 71 / 60 78 95
mitgliederverwaltung@vrb-rlp.de

Schatzmeister

Erwin Schneider
Mühlenweg 24
54675 Roth
Tel: 0 65 66 / 9 33 19 19
Fax: 0 65 66 / 93 51 11
erwin.schneider@vrb-rlp.de

Redaktion

Wolfgang Wünschel
Am Schlossberg 20
76835 Hainfeld
Tel: 0 63 23 / 8 18 77
wolfgang.wuenschel@vrb-rlp.de

Redaktionsteam

Monika Antoni (MA), Michael Eich (Eic),
Wolfgang Häring (Hr), Bernd Karst (Ka),
Wilfried Rausch (Ra), Wolfgang Seebach (WS),
Regina Sersch (Ser), Nicole Weiß-Urbach (NWU)

Layout, Auflage und Druck

Daniela Boudgoust · www.bizzdesign.de
5.000 Exemplare, WIRmachenDRUCK GmbH



Zuschriften

Einsender von Manuskripten, Briefen u. Ä. erklären sich mit redaktioneller Bearbeitung einverstanden. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung des Herausgebers wieder.

Für unverlangt eingesandte Bücher, Schriften oder Arbeitsmittel wird keine Verpflichtung übernommen. Rücksendung erfolgt nur, wenn ausreichend Rückporto beiliegt. Beiträge, Zuschriften und Besprechungsstücke an die Redaktion erbeten. Nachdruck, auch auszugsweise gerne, aber nur mit Genehmigung.

Bildmaterial

Bitte senden Sie uns Ihr Bildmaterial ausschließlich in digitalisierter Form zu und achten Sie auf eine druckfähige Auflösung (300 dpi).

Anzeigenberatung und -preisliste

Bitte wenden Sie sich an Daniela Boudgoust (boudgoust@bizzdesign.de). Es gilt die Anzeigenpreisliste vom Mai 2014.



Der Unterricht in Rheinland-Pfalz wird digitaler

Die Corona-Krise mit den Homeschooling-Phasen hat dazu geführt, dass immer mehr Lehrerinnen und Lehrer die Vorteile digitalen Unterrichts erfahren und ihre digitalen Kompetenzen steigern konnten. Sie wollen auch zukünftig Teile ihres Unterrichts digital gestalten. Auch unsere Schülerinnen und Schülern wollen nicht in „analoge“ Zeiten zurückfallen. Es wird mehr Notebook- oder Tablet-Klassen und mehr „Bring your own device“ (Verwendung schülereigener mobiler Endgeräte) geben.

IT-Support für Schulen unzureichend

Das führt dazu, dass die Schulen über schnelles Internet und stabiles W-LAN verfügen müssen, und das beutet auch einen erheblichen Mehraufwand für den IT-Support. Zusammenbrechende Netze in Schulen gehören leider immer noch zum Alltag, sorgen für Frust und werden zurecht als unzeitgemäße Zumutung empfunden. Aktuell ist der IT-Support für die rheinland-pfälzischen Schulen unzureichend.

Folgeprobleme des Systemwechsels lösen

Der begrüßenswerte Systemwechsel von der Anwendungsbetreuung durch Lehrkräfte zur Übertragung der Verantwortung für den schulischen IT-Support an die Kommunen führt zu Folgeproblemen, die aus anderen Bereichen längst bekannt sind: Die rheinland-pfälzischen Kommunen sind in der Mehrheit finanziell kaum in der Lage, diese Aufgabe angemessen zu stemmen. Der Ausgleich, den Mainz den Kommunen für diese Aufgabe als Zuwendungen „gewährt“, wird dem tatsächlichen Aufwand nicht gerecht und ist einmal mehr mit viel Antragsbürokratie verbunden.

Es fehlt an IT-Fachkräften in den Kommunalverwaltungen

Es fehlt gerade in strukturschwachen Regionen an geeignetem Personal und an der erforderlichen Expertise, wie und mit welchem Aufwand die schulische IT-Struktur aufgebaut und gepflegt werden muss. Die Kommunen können mit der freien Wirtschaft nicht mithalten, wenn es um die Rekrutierung sehr begehrter IT-Expertinnen und -Experten geht. In der Folge sind häufig zu wenige kommunale IT-Fachkräfte, die meist insgesamt für den IT-Support der Kommune verantwortlich sind, oder aber Kleinst-IT-Firmen für zu viele Schulen verantwortlich. Schülerinnen und Schüler, Lehrkräfte und Schulleitung bleiben weiterhin frustriert, wenn morgens das W-LAN ausfällt und der IT-Support bisweilen erst Tage später das Problem beheben kann.

Verunsicherte Schulträger

Aus dem neuen „Setting“ des IT-Support sind zwischen Schulträgern und Schulen zahlreiche Konfliktfelder erwachsen. Der Hauptpersonalrat Realschulen plus hat diese beharrlich in Mainz problematisiert. Bei einer Veranstaltung des Bildungsministeriums im Dezember zeigte sich, dass seitens der Schulträger die Verunsicherung insgesamt groß ist. Fragen gab es zum Datenschutz, zur Sicherheit im Schulverwaltungsnetz, zum Mobile Device Management, zu Anwendungen und Cloudsystemen. Nicht geklärt sind eine Reihe von Fragen aus dem Schulalltag, ob Lehrkräften die Nutzung privat angeschaffter Endgeräte gestattet werden müsse, ob Schulleitungen Homeoffice untersagt bzw. ermöglicht werden könne.

cherung insgesamt groß ist. Fragen gab es zum Datenschutz, zur Sicherheit im Schulverwaltungsnetz, zum Mobile Device Management, zu Anwendungen und Cloudsystemen. Nicht geklärt sind eine Reihe von Fragen aus dem Schulalltag, ob Lehrkräften die Nutzung privat angeschaffter Endgeräte gestattet werden müsse, ob Schulleitungen Homeoffice untersagt bzw. ermöglicht werden könne.

Gemeinsame Lösungssuche angestrebt

Von allen Beteiligten wurden mehr Handlungssicherheit, Klarheit und Verbindlichkeit eingefordert. Gemeinsam sollen in Unterarbeitskreisen Lösungen erarbeitet werden. Inzwischen hat sich ein Arbeitskreis „AG Schule und DSGVO“ des Bildungsministeriums mit den Schulträgern konstituiert – der Hauptpersonalrat Realschulen plus konnte diesbezüglich eine Teilnahme der Personalvertretung erreichen.

KlarText: Das Land Rheinland-Pfalz setzt im § 1 Schulgesetz rechtliche Ansprüche zur Nutzung digitaler Lehr- und Lernsysteme und Netzwerke fest und hat deshalb Sorge dafür zu tragen, dass diese stabil genutzt werden können. Mit Fernwartung allein lässt sich der schulische IT-Support jedenfalls nicht bewältigen.

Konsequent und der Aufgabe angemessen wäre es, mindestens einen technischen Assistenten (First-Level-Support) für jeden Schulstandort einzustellen. Mainz lehnt technische Assistenten mit dem Verweis auf das Potenzial der Fernwartung ab.

Wir wollen unsere Schülerinnen und Schüler auf die – auch digitalen – Anforderungen der zukünftigen Arbeitswelt vorbereiten. Das muss uns ermöglicht werden. Lehrkräften und Schulleitungen darf zeitgemäßes und digitales Arbeiten nicht erschwert oder gar verweigert werden. Insgesamt muss ein am Schulalltag angelehnter Rechtsrahmen zur Nutzung digitaler Lehr- und Lernsysteme und Netzwerke zeitnah definiert werden.

Michael Eich
michael.eich@vrb-rlp.de



Beitrittserklärung

Verband Reale Bildung
Verband der Lehrkräfte in den Schulen in Rheinland-Pfalz
Mitgliederverwaltung Wolfgang Seebach
Unterstraße 19
56814 Faid

Tel.: 0 26 71 / 85 49
Fax: 0 26 71 / 60 78 95
E-Mail: mitgliederverwaltung@vrb-rlp.de

Name	Vorname	Geb.-Datum	E-Mail
Straße		PLZ und Wohnort	Telefon/Fax/Mobil-Nr.
Dienstbezeichnung	Schule	Prüfungsfächer	

- Ich erhalte Bezüge gemäß der Besoldungsgruppe A TV-L
- Ich bin vollbeschäftigt Ich bin teilzeitbeschäftigt mit Wochenstunden Ich bin Mitglied im ÖPR
- Ich bin Lehramtsanwärter/in am Studienseminar voraussichtlich bis zum
- Mein/e Ehepartner/in bzw. Lebenspartner/in ist bereits Mitglied im Verband.

Hiermit erkläre ich meinen Beitritt zum Verband Reale Bildung (VRB) Rheinland-Pfalz e. V.

Mein Eintritt soll zum nächstmöglichen Termin erfolgen. Mein Monatsbeitrag ergibt sich aus der gültigen Beitragsordnung. Gleichzeitig gebe ich dem Schatzmeister widerruflich die Abbuchungserlaubnis für meine Quartalsbeiträge zu Lasten meines u. g. Kontos. Ich bin damit einverstanden, dass meine Daten ausschließlich für VRB-interne Zwecke gespeichert und verarbeitet werden.

Bankleitzahl	Name der Bank	Kontonummer
IBAN		BIC
Ort	Datum	Unterschrift

Beitragsordnung vom 3. November 2009 (Auszug)

Der Monatsbeitrag orientiert sich an 0,55 % vom Bruttobetrag der Besoldung des Eingangsamtes und wird deshalb von Zeit zu Zeit angepasst. Die aktuelle Anpassung erfolgte am 1. Januar 2020.

Gehaltsstufe		Monatsbeitrag in €
A 16		20,50
A 15		19,50
A 14		17,-
A 13		16,-
A 12	oder darunter	15,-
A 13	Teilzeit 15-21 Wstd.	13,-
A 12	oder darunter Teilzeit 15-21 Wstd.	12,-
A 12/13	Teilzeit bis 14 Wstd.	11,-
TV-L	Vollbeschäftigung	13,-
TV-L	Teilzeit 15-21 Wstd.	11,-
TV-L	Teilzeit bis 14 Wstd.	10,-
Pensionäre		8,-
Lehramtsanwärter		3,-

Lehrkräfte mit einem Deputat

- ab 22 Wochenstunden zahlen den vollen Beitrag.
- von 15-21 Wochenstunden zahlen einen ermäßigten Satz des vollen Beitrages der entsprechenden Besoldungsgruppe.

Mitglieder in Alterszeit

- nach dem Blockmodell zahlen zunächst den normalen Beitrag, mit Beginn der Freistellungsphase den Pensionärsbeitrag.
- nach dem konventionellen Modell zahlen durchgehend den Teilzeitbetrag.

Beurlaubte, Pensionäre

zahlen die Hälfte des Regelbeitrages der Besoldungsgruppe A 13.

Ehegatten, Lebenspartner

Der Ehegatte/Lebenspartner in der geringeren Gehaltsstufe zahlt die Hälfte des Beitrags.

Lehramtsanwärter

zahlen einen ermäßigten Beitrag von 3,- €.

Die Zahlung der Monatsbeiträge erfolgt vierteljährlich. Bitte informieren Sie uns umgehend über relevante Änderungen Ihrer persönlicher Daten.



Social Media als Informationsquelle

Dienstag, 17. Mai 2022
Fridtjof-Nansen-Akademie
Neuer Markt 3
55218 Ingelheim

Die
Veranstaltung
findet unter
den dann geltenden
Corona-Hygiene-
auflagen
statt!



Programm

- | | | | |
|-----------|---|-----------|--|
| 8.30 Uhr | Stehkaffee | 13.00 Uhr | Mittagsimbiss |
| 9.15 Uhr | Begrüßung und Rückblick – 10 Jahre Fachkongress Ingelheim | 14.00 Uhr | Schule in der digital vernetzten Welt
Landesvorsitzender Timo Lichtenthäler |
| 9.30 Uhr | Grundlagen zum Nachrichten-
nutzungsverhalten Jugendlicher
Fachvortrag von Dr. Svenja Schäfer | 14.15 Uhr | Effekte veränderter Informations-
nutzung – Wo ist schulischer
Handlungsbedarf?
Fachvortrag von Dr. Svenja Schäfer |
| 10.15 Uhr | Vorstellung der Workshops in
einer Talkrunde der Referentinnen
und Referenten | 14.45 Uhr | Auswertung der Workshops durch
die Referentinnen und Referenten |
| 10.45 Uhr | Workshops | 15.15 Uhr | Podiumsdiskussion:
„Digitale Herausforderung: Ist die
Schule gewappnet?“ |
| | » Wissensillusion durch Social Media als
Nachrichtenquelle (Leitung: Dr. Svenja Schäfer) | 16.00 Uhr | Resümee und Schlusswort |
| | » Fake News, Verschwörungstheorie und Co.:
Falschmeldungen in sozialen Medien
(Leitung: Nora Denner, M.A.) | | |
| | » Inzivilitat im Netz: Hatespeech und
Cybermobbing (Leitung: Dr. Christine Meltzer) | | |
| | » Digital Campaigning (Leitung: Dr. Pablo Jost) | | |
| | » Nachrichtennutzung von Jugendlichen
(Leitung: Dr. Michael Sülflow) | | |

**Bis zum 3. Mai mit beiliegendem
Anmeldebogen anmelden!**

- **E-Mail** heidi.becker@vrb-rlp.de
- **Fax** 0 67 21 / 96 35 66